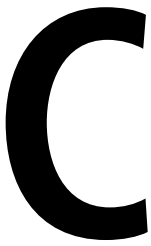


KONZERN- ABSCHLUSS

133 — 214

C




KONZERNABSCHLUSS

135	GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG	170	28 — Langfristige finanzielle Vermögenswerte
136	GESAMTERGEBNISRECHNUNG	171	29 — Sonstige langfristige Vermögenswerte
137	BILANZ	171	30 — Latente Steuern
138	KAPITALFLUSSRECHNUNG	171	31 — Vorräte
139	EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG	171	32 — Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte
140	ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POST AG	172	33 — Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
140	GRUNDLAGEN UND METHODEN	172	34 — Sonstige kurzfristige Vermögenswerte
140	1 — Grundlagen der Rechnungslegung	172	35 — Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen
140	2 — Konsolidierungskreis	172	36 — Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente
144	3 — Wesentliche Geschäftsvorfälle	172	37 — Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten
145	4 — Anpassungen von Vorjahreszahlen	173	38 — Gezeichnetes Kapital
146	5 — Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS	175	39 — Kapitalrücklage
149	6 — Währungsumrechnung	175	40 — Andere Rücklagen
149	7 — Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	176	41 — Gewinnrücklagen
156	8 — Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	176	42 — Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital
157	9 — Konsolidierungsmethoden	177	43 — Nicht beherrschende Anteile
158	SEGMENTBERICHTERSTATTUNG	177	44 — Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
158	10 — Segmentberichterstattung	184	45 — Sonstige Rückstellungen
161	ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN-UND-VERLUST- RECHNUNG	185	46 — Finanzschulden
161	11 — Umsatzerlöse	188	47 — Sonstige Verbindlichkeiten
161	12 — Sonstige betriebliche Erträge	188	48 — Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen
161	13 — Materialaufwand	189	ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG
162	14 — Personalaufwand/Mitarbeiter	189	49 — Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung
162	15 — Abschreibungen	191	SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN
163	16 — Sonstige betriebliche Aufwendungen	191	50 — Risiken und Finanzinstrumente des Konzerns
163	17 — Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	205	51 — Eventualverbindlichkeiten
163	18 — Sonstiges Finanzergebnis	205	52 — Sonstige finanzielle Verpflichtungen
164	19 — Ertragsteuern	206	53 — Rechtsverfahren
165	20 — Konzernjahresergebnis	207	54 — Aktienbasierte Vergütung
165	21 — Nicht beherrschende Anteile	208	55 — Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen
165	22 — Ergebnis je Aktie	211	56 — Honorare des Abschlussprüfers
165	23 — Dividende je Aktie	211	57 — Befreiungsvorschriften nach HGB und ausländischer lokaler Gesetzgebung
166	ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	212	58 — Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex
166	24 — Immaterielle Vermögenswerte	212	59 — Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
168	25 — Sachanlagen	213	VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER
169	26 — Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	214	BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS
170	27 — Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		

C.01 GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2012 angepasst ¹	2013
Umsatzerlöse	11	55.512	55.085
Sonstige betriebliche Erträge	12	2.168	1.961
Gesamte betriebliche Erträge		57.680	57.046
Materialaufwand	13	-31.863	-31.212
Personalaufwand	14	-17.770	-17.785
Abschreibungen	15	-1.339	-1.341
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16	-4.043	-3.847
Gesamte betriebliche Aufwendungen		-55.015	-54.185
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.665	2.861
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	17	2	2
Sonstige Finanzerträge		657	182
Sonstige Finanzaufwendungen		-1.078	-431
Fremdwährungsergebnis		-37	-42
Sonstiges Finanzergebnis	18	-458	-291
Finanzergebnis		-456	-289
Ergebnis vor Ertragsteuern		2.209	2.572
Ertragsteuern	19	-447	-361
Konzernjahresergebnis	20	1.762	2.211
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG		1.640	2.091
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile	21	122	120
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	22	1,36	1,73
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	22	1,30	1,66

¹  Anhang, Textziffer 4

C.02 GESAMTERGEBNISRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2012 angepasst ¹	2013
Konzernjahresergebnis		1.762	2.211
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden			
Veränderung durch Neubewertung der Nettopensionsrückstellungen		-1.198	-50
IFRS-3-Neubewertungsrücklage		-2	-1
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen		2	1
Ertragsteuern auf sonstiges Ergebnis		8	36
Anteil assoziierter Unternehmen am sonstigen Ergebnis (nach Steuern)		0	0
Gesamt (nach Steuern)		-1.190	-14
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden			
IAS-39-Neubewertungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		-12	77
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		0	0
IAS-39-Hedge-Rücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		-23	111
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		59	-49
Währungsumrechnungsrücklage			
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten		0	-463
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten		3	1
Ertragsteuern auf sonstiges Ergebnis	19	-7	-26
Anteil assoziierter Unternehmen am sonstigen Ergebnis (nach Steuern)		-37	0
Gesamt (nach Steuern)		-17	-349
Sonstiges Ergebnis (nach Steuern)		-1.207	-363
Gesamtergebnis		555	1.848
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG		435	1.738
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile		120	110

¹ Anhang, Textziffer 4

C.03 BILANZ

MIO €	Textziffer	1. Jan. 2012 angepasst ¹	31. Dez. 2012 angepasst ¹	31. Dez. 2013
AKTIVA				
Immaterielle Vermögenswerte	24	12.196	12.151	11.836
Sachanlagen	25	6.493	6.663	6.814
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	26	40	43	33
Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	27	44	46	48
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	28	729	1.039	1.124
Sonstige langfristige Vermögenswerte	29	280	298	184
Aktive latente Steuern	30	1.206	1.328	1.327
Langfristige Vermögenswerte		20.988	21.568	21.366
Vorräte	31	273	322	403
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	32	2.498	252	821
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	33	6.934	6.959	7.040
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	34	2.155	2.153	2.221
Ertragsteueransprüche	35	239	127	168
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	36	3.123	2.400	3.417
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	37	1.961	76	42
Kurzfristige Vermögenswerte		17.183	12.289	14.112
Summe AKTIVA		38.171	33.857	35.478
PASSIVA				
Gezeichnetes Kapital	38	1.209	1.209	1.209
Kapitalrücklage	39	2.170	2.254	2.269
Andere Rücklagen	40	-456	-475	-819
Gewinnrücklagen	41	6.366	6.031	7.198
Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	42	9.289	9.019	9.857
Nicht beherrschende Anteile	43	189	209	191
Eigenkapital		9.478	9.228	10.048
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	44	6.055	5.216	5.017
Passive latente Steuern	30	186	156	124
Sonstige langfristige Rückstellungen	45	2.117	1.943	1.574
Langfristige Rückstellungen		8.358	7.315	6.715
Langfristige Finanzschulden	46	1.366	4.413	4.612
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	47	347	276	227
Langfristige Verbindlichkeiten		1.713	4.689	4.839
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten		10.071	12.004	11.554
Kurzfristige Rückstellungen	45	2.134	1.663	1.745
Kurzfristige Finanzschulden	46	5.644	403	1.328
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	48	6.168	5.991	6.392
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	47	4.106	4.004	3.981
Ertragsteuerverpflichtungen	35	570	534	430
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten	37	0	30	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten		16.488	10.962	12.131
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten		18.622	12.625	13.876
Summe PASSIVA		38.171	33.857	35.478

¹ Anhang, Textziffer 4

C.04 KAPITALFLUSSRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Textziffer	2012 angepasst ¹	2013
Konzernjahresergebnis auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallend		1.640	2.091
Konzernjahresergebnis auf nicht beherrschende Anteile entfallend		122	120
Ertragsteuern		447	361
Sonstiges Finanzergebnis		458	291
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen		-2	-2
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)		2.665	2.861
Abschreibungen		1.339	1.341
Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten		-74	-22
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen		-97	16
Veränderung Rückstellungen		-3.034	-505
Veränderung sonstige langfristige Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		-53	-52
Ertragsteuerzahlungen		-527	-561
Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens		219	3.078
Veränderung von Posten der kurzfristigen Vermögenswerte und der Verbindlichkeiten			
Vorräte		-51	-104
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte		-221	-670
Verbindlichkeiten und sonstige Posten		-150	690
Mittelabfluss/-zufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	49.1	-203	2.994
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten		39	32
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		225	177
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte		35	32
Einzahlungen aus Abgängen von langfristigen Vermögenswerten		299	241
Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten		-57	-37
Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte		-1.639	-1.389
Sonstige langfristige finanzielle Vermögenswerte		-336	-68
Auszahlungen für Investitionen in langfristige Vermögenswerte		-2.032	-1.494
Erhaltene Zinsen		46	42
Erhaltene Dividende		0	14
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte		-10	-575
Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	49.2	-1.697	-1.772
Aufnahme langfristiger Finanzschulden		3.176	1.010
Tilgung langfristiger Finanzschulden		-773	-34
Veränderung kurzfristiger Finanzschulden		-50	35
Sonstige Finanzierungstätigkeit		31	39
Einzahlungen aus Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen und Partnerunternehmen		49	1
Auszahlungen für Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen		-62	-21
An Aktionäre der Deutsche Post AG gezahlte Dividende		-846	-846
An nicht beherrschende Anteilseigner gezahlte Dividende		-78	-109
Erwerb eigener Anteile		-26	-23
Einzahlungen aus der Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten		74	4
Zinszahlungen		-296	-166
Mittelzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	49.3	1.199	-110
Zahlungswirksame Veränderung der flüssigen Mittel		-701	1.112
Einfluss von Wechselkursänderungen auf flüssige Mittel		-15	-102
Zahlungsmittelveränderung im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten		-7	7
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung des Finanzmittelbestandes		0	0
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Anfang der Berichtsperiode		3.123	2.400
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende der Berichtsperiode	49.4	2.400	3.417

¹ Anhang, Textziffer 4

C.05 EIGENKAPITALVERÄNDERUNGSRECHNUNG

1. Januar bis 31. Dezember

MIO €	Andere Rücklagen						Gewinnrücklagen	Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	Nicht beherrschende Anteile	Eigenkapital gesamt
	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	IFRS-3-Neubewertungsrücklage	IAS-39-Neubewertungsrücklage	IAS-39-Hedge-Rücklage	Währungsumrechnungsrücklage				
Textziffer	38	39	40	40	40	40	41	42	43	
Stand 1. Januar 2012	1.209	2.170	5	90	-34	-517	8.086	11.009	190	11.199
Anpassung ¹	0	0	0	0	0	0	-1.720	-1.720	-1	-1.721
Stand 1. Januar 2012, angepasst	1.209	2.170	5	90	-34	-517	6.366	9.289	189	9.478
Kapitaltransaktionen mit dem Eigner										
Dividende	0	0	0	0	0	0	-846	-846	-79	-925
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	0	0	0	0	-2	61	59	-25	34
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung der nicht beherrschenden Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0	4	4
Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten	0	74	0	0	0	0	0	74	0	74
Erwerb eigener Anteile	-2	0	0	0	0	0	-24	-26	0	-26
Share Matching Scheme (Ausgabe)	0	34	0	0	0	0	0	34	0	34
Share Matching Scheme (Ausübung)	2	-24	0	0	0	0	22	0	0	0
								-705	-100	-805
Gesamtergebnis										
Konzernjahresergebnis	0	0	0	0	0	0	1.640	1.640	122	1.762
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0	49	0	49	-2	47
Veränderung durch Neubewertung der Nettopensionsrückstellungen	0	0	0	0	0	0	-1.190	-1.190	0	-1.190
Übrige Veränderungen	0	0	-2	-91	27	0	2	-64	0	-64
								435	120	555
Stand 31. Dezember 2012, angepasst¹	1.209	2.254	3	-1	-7	-470	6.031	9.019	209	9.228
Stand 1. Januar 2013	1.209	2.254	3	-1	-7	-470	6.031	9.019	209	9.228
Kapitaltransaktionen mit dem Eigner										
Dividende	0	0	0	0	0	0	-846	-846	-111	-957
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	0	0	0	0	0	-5	-61	-66	-19	-85
Konsolidierungskreisbedingte Veränderung der nicht beherrschenden Anteile	0	0	0	0	0	0	0	0	-3	-3
Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten	0	0	0	0	0	0	0	0	5	5
Erwerb eigener Anteile	-1	0	0	0	0	0	-22	-23	0	-23
Share Matching Scheme (Ausgabe)	0	35	0	0	0	0	0	35	0	35
Share Matching Scheme (Ausübung)	1	-20	0	0	0	0	19	0	0	0
								-900	-128	-1.028
Gesamtergebnis										
Konzernjahresergebnis	0	0	0	0	0	0	2.091	2.091	120	2.211
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0	0	0	0	-451	0	-451	-11	-462
Veränderung durch Neubewertung der Nettopensionsrückstellungen	0	0	0	0	0	0	-15	-15	1	-14
Übrige Veränderungen	0	0	-1	69	44	0	1	113	0	113
								1.738	110	1.848
Stand 31. Dezember 2013	1.209	2.269	2	68	37	-926	7.198	9.857	191	10.048

¹ Anhang, Textziffer 4

ANHANG ZUM KONZERNABSCHLUSS DER DEUTSCHE POST AG

GRUNDLAGEN UND METHODEN

Deutsche Post DHL ist ein weltweit tätiger Post- und Logistikkonzern. Die Konzernmarken Deutsche Post und DHL stehen für ein Portfolio rund um Logistik (DHL) und Kommunikation (Deutsche Post). Das Geschäftsjahr der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen entspricht dem Kalenderjahr. Die in das Handelsregister des Amtsgerichts Bonn eingetragene Deutsche Post AG hat ihren Sitz in Bonn, Deutschland.

1 Grundlagen der Rechnungslegung

Als börsennotiertes Unternehmen hat die Deutsche Post AG ihren Konzernabschluss nach den International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union (EU) anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315 a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt.

Die Anforderungen der angewandten Standards wurden vollständig erfüllt und vermitteln ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns.

Der Konzernabschluss umfasst die Gewinn- und Verlust-Rechnung und die Gesamtergebnisrechnung, die Bilanz, die Kapitalflussrechnung, die Eigenkapitalveränderungsrechnung sowie den Anhang (Notes). Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlust-Rechnung zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert ausgewiesen und erläutert. Die Gewinn- und Verlust-Rechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Bilanzierung und Bewertung sowie die Erläuterungen und Angaben zum IFRS-Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2013 basieren grundsätzlich auf denselben Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die auch dem Konzernabschluss 2012 zugrunde lagen. Ausnahmen bilden hier die unter [Textziffer 5](#) aufgeführten Änderungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS, die vom Konzern seit dem 1. Januar 2013 verpflichtend anzuwenden sind. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind unter [Textziffer 7](#) erläutert.

Der vorliegende Konzernabschluss wurde mit Beschluss des Vorstands der Deutsche Post AG vom 20. Februar 2014 zur Veröffentlichung freigegeben.

Der Konzernabschluss wird in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden, sofern nicht besonders darauf hingewiesen wird, in Millionen Euro (MIO €) angegeben.

2 Konsolidierungskreis

In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 sind neben der Deutsche Post AG grundsätzlich alle in- und ausländischen Unternehmen einbezogen, bei denen die Deutsche Post AG unmittelbar oder mittelbar über die Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschaft verfügt oder auf andere Weise auf die Tätigkeit beherrschenden Einfluss nehmen kann. Die Unternehmen werden beginnend mit dem Zeitpunkt in den Konzernabschluss einbezogen, ab dem der Konzern die Möglichkeit der Beherrschung erlangt.

Neben der Deutsche Post AG als Mutterunternehmen umfasst der Konsolidierungskreis die in unten stehender Tabelle aufgeführten Unternehmen.

Konsolidierungskreis

	2012	2013
Anzahl der vollkonsolidierten Unternehmen (Tochterunternehmen)		
Inländisch	85	88
Ausländisch	730	707
Anzahl der quotal einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen		
Inländisch	1	1
Ausländisch	3	3
Anzahl der at-Equity-bilanzierten Unternehmen (assoziierte Unternehmen)		
Inländisch	0	0
Ausländisch	8	8

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB ist auf der Internetseite www.dpdhl.com/de/investoren.html abrufbar.

Unternehmenserwerbe 2013

Bis zum 31. Dezember 2013 wurden von Deutsche Post DHL Unternehmen erworben, die sich weder einzeln noch in Summe wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ausgewirkt haben.

Unternehmenserwerbe 2013

Name	Land	Segment	Kapitalanteil %	Erwerbszeitpunkt
Compador Technologies GmbH, Berlin	Deutschland	BRIEF	49	15. Januar 2013
optivo GmbH, Berlin	Deutschland	BRIEF	100	28. Juni 2013
RISER ID Services GmbH, Berlin	Deutschland	BRIEF	100	31. Juli 2013

Im Januar 2013 hat Deutsche Post DHL 49 % der Anteile an der Compador Technologies GmbH, Berlin, erworben. Das Unternehmen ist spezialisiert auf die Entwicklung und Fertigung von Sortiermaschinen und Softwarelösungen, die das gesamte Spektrum der von Briefdienstleistern und Unternehmen zu verarbeitenden Postsendungen abdecken. Die Gesellschaft wird aufgrund bestehender potenzieller Stimmrechte vollkonsolidiert.

Weiterhin wurde im Juni 2013 die optivo GmbH, Berlin, erworben, ein technologischer E-Mail-Marketing-Dienstleister im deutschsprachigen Raum. Das Unternehmen bietet Software und Dienstleistungen zum Bestandskundendialog durch einen automatisierten Versand von Kampagnenmails an.

Ende Juli 2013 wurden über ein Tochterunternehmen, an dem Deutsche Post DHL 51 % der Anteile hält, 100 % der Anteile an der RISER ID Services GmbH, Berlin, erworben. Bei dem Unternehmen handelt es sich um einen Dienstleister für elektronische Adressauskünfte aus öffentlichen Melderegistern.

Im Geschäftsjahr 2012 hatte Deutsche Post DHL ihre bisher mit 33 % gehaltenen Anteile an dem Mobile-Commerce-Supermarkt All you need GmbH, Berlin, auf 82 % aufgestockt. Der sukzessive Erwerb der Gesellschaft erfolgte unter der Absicht der Wiederveräußerung, da sich Deutsche Post DHL auf die Übernahme und Weiterentwicklung der logistischen Infrastruktur konzentrieren wollte. Dementsprechend wurde die Gesellschaft gemäß IFRS 5 unter den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten ausgewiesen. Im dritten Quartal 2013 gab der Vorstand bekannt, die Weiterveräußerungsabsicht nicht länger verfolgen zu wollen. Aus der Erstkonsolidierung entstand ein Firmenwert in Höhe von 5 MIO €. Die bilanzielle Abbildung erfolgte im dritten Quartal 2013. Auf eine rückwirkende Anpassung der Darstellung in der Gewinn- und -Verlust-Rechnung wurde aufgrund von Unwesentlichkeit verzichtet. Im Laufe der Geschäftsjahre 2012 und 2013 wurden disquotale Kapitalerhöhungen durchgeführt, sodass sich der von Deutsche Post DHL gehaltene Kapitalanteil auf 99,03 % (Stand: 31. Dezember 2013) erhöhte. Die mit den disquotalen Kapitalerhöhungen in Höhe von 13 MIO € einhergehenden weiteren Anteilerwerbe minderten die Gewinnrücklagen um 1 MIO €.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe 2013

MIO €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
1. Januar bis 31. Dezember			
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte	2	–	2
Kurzfristige Vermögenswerte	8	–	8
Flüssige Mittel	2	–	2
	12	–	12
PASSIVA			
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	7	–	7
	7	–	7
Nettovermögen			5

Die Ermittlung des Firmenwerts zeigt die folgende Tabelle:

Firmenwert 2013

MIO €	Beizulegender Zeitwert
Vertragliche Gegenleistung	37
Zeitwert der bereits bestehenden Beteiligung	2
Anschaffungskosten	39
Abzüglich Nettovermögen	5
Abzüglich auf nicht beherrschende Anteile entfallende Anschaffungskosten	5
Unterschiedsbetrag	29
Zuzüglich nicht beherrschende Anteile ¹	2
Firmenwert	31

¹ Die nicht beherrschenden Anteile werden zum Buchwert angesetzt.

Seit dem Konsolidierungszeitpunkt trugen die Gesellschaften mit 8 MIO € zum Konzernumsatz und mit –2 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären die Gesellschaften schon zum 1. Januar 2013 erworben worden, hätten sie zusätzlich weitere 9 MIO € zum Konzernumsatz sowie 1 MIO € zum Konzern-EBIT beigetragen.

Die Transaktionskosten lagen unter 1 MIO € und sind im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten.

Für die im Geschäftsjahr 2013 erworbenen Gesellschaften wurden bisher 34 MIO €, für bereits in Vorjahren erworbene Gesellschaften wurden 5 MIO € gezahlt. Der Kaufpreis der erworbenen Gesellschaften wurde durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen.

Bedingte Gegenleistungen

Für die Unternehmenserwerbe des Geschäftsjahres 2013 sowie vorangegangener Geschäftsjahre wurden variable Kaufpreise vereinbart, die in der folgenden Tabelle dargestellt werden:

Bedingte Gegenleistungen

Grundlage	Zeitraum für Geschäftsjahre von bis	Bandbreite der Ergebnisse	Zeitwert der Gesamtverpflichtung	Restzahlungs- verpflichtung zum 31. Dez. 2012	Restzahlungs- verpflichtung zum 31. Dez. 2013
Umsatzerlöse und Rohertrag ¹	2011 bis 2013	0 bis 2 MIO €	1 MIO €	1 MIO €	0 MIO €
EBITDA	2011 bis 2012	unbegrenzt	1 MIO €	1 MIO €	0 MIO €
Umsatzerlöse und EBITDA ²	2011 bis 2013	0 bis 3 MIO €	1 MIO €	2 MIO €	1 MIO €
Umsatzerlöse und Vertriebsmarge	2012 bis 2014	0 bis 9 MIO €	3 MIO €	4 MIO €	1 MIO €

¹ Aufgrund geänderter Vereinbarungen sowie Ertragsprognosen haben sich sowohl Bandbreite als auch Zeitwert geändert.

² Veränderung des Zeitwerts der Gesamt- und Restzahlungsverpflichtung aufgrund Abweichung der Ist-Werte von den Schätzwerten

Unternehmenserwerbe 2012

Name	Land	Segment	Kapitalanteil %	Erwerbs- zeitpunkt
Tag Belgium SA, Brüssel (ehemals Dentsu Brussels SA)	Belgien	SUPPLY CHAIN	100	1. Februar 2012
intelliAd Media GmbH, München	Deutschland	BRIEF	100	9. Juli 2012
2 Sisters Food Group (2SFG), Heathrow	Großbritannien	SUPPLY CHAIN	Asset Deal	27. Juli 2012
All you need GmbH, Berlin	Deutschland	BRIEF	82	24. Oktober 2012 ^{1,2}
Exel Saudia LLC, Al Khobar	Saudi-Arabien	SUPPLY CHAIN	Geänderte vertragliche Bedingungen	16. Oktober 2012 ²
Luftfrachtsicher- heit-Service GmbH, Frankfurt am Main	Deutschland	GLOBAL FORWARDING, FREIGHT	50	27. August 2012

¹ Erworben mit bestehender Wiederveräußerungsabsicht (IFRS 5) in 2012, ■ Textziffer 37
Zur aktuellen Darstellung in 2013 ■ Textziffer 2, Unternehmenserwerbe 2013

² Sukzessiver Erwerb

UNWESENTLICHE UNTERNEHMENSERWERBE 2012

Bis zum 31. Dezember 2012 wurden von Deutsche Post DHL Unternehmen erworben, die sich weder einzeln noch in Summe wesentlich auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ausgewirkt haben.

Tag Belgium SA ist im Kommunikationsbereich tätig und spezialisiert auf Design, Produktion und Lokalisierung von Print-Medien. intelliAd Media GmbH ist ein Technologieanbieter für Bid-Management-Tools im Bereich Suchmaschinenwerbung.

Die Geschäftsaktivitäten der 2SFG erstrecken sich auf den Bereich Catering für Flugesellschaften.

Deutsche Post DHL hat ihre bisher mit 33 % gehaltenen Anteile an dem Mobile-Commerce-Supermarkt All you need GmbH auf 82 % erhöht. Darüber hinaus wurde über eine disquotale Kapitalerhöhung der Anteil auf 90,25 % aufgestockt. Die Anteile wurden mit Weiterveräußerungsabsicht erworben, da sich Deutsche Post DHL auf die Übernahme und Weiterentwicklung

der logistischen Infrastruktur konzentrieren möchte. Zur weiteren Entwicklung bzw. bilanziellen Darstellung im Geschäftsjahr 2013, siehe Angaben unter „Unternehmenserwerbe 2013“.

Das bisher quotenkonsolidierte Gemeinschaftsunternehmen Exel Saudia LLC, an dem Deutsche Post DHL unverändert 50 % der Anteile hält, wird aufgrund geänderter vertraglicher Vereinbarungen vollkonsolidiert. Im Rahmen der Übergangskonsolidierung wurde bei Abgang des Altanteils ein Firmenwert in Höhe von 6 MIO € ermittelt. Aus der Transaktion entstand ein Gewinn von 11 MIO €, der unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst wird.

An der Luftfrachtsicherheit-Service GmbH hat Deutsche Post DHL Anteile in Höhe von 50 % erworben. Aufgrund vertraglicher Regelungen wird die Gesellschaft vollkonsolidiert.

Unwesentliche Unternehmenserwerbe 2012

MIO €	Buchwert	Anpassung	Beizulegender Zeitwert
1. Januar bis 31. Dezember			
AKTIVA			
Langfristige Vermögenswerte	6	–	6
Kurzfristige Vermögenswerte	22	–	22
Flüssige Mittel	5	–	5
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	6		6
	39	–	39
PASSIVA			
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	3	–	3
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	11	–	11
Zur Veräußerung gehaltene Verbindlichkeiten	1	–	1
	15	–	15
Nettovermögen			24
davon nach IFRS 5			5

Die Ermittlung des Firmenwerts zeigt die folgende Tabelle:

Firmenwert 2012	
MIO €	Beizulegender Zeitwert
Vertragliche Gegenleistung	30
Zeitwert der bereits bestehenden Beteiligung ¹	25
Summe Anschaffungskosten	55
Abzüglich Nettovermögen	24
Unterschiedsbetrag	31
Abzüglich Unterschiedsbetrag nach IFRS 5	0
Zuzüglich negativer Firmenwert	2
Zuzüglich nicht beherrschende Anteile ²	6
Abzüglich eines zugeordneten Firmenwerts aus Übergangskonsolidierung	6
Firmenwert	33

¹ Gewinn aus Übergangskonsolidierung wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen erfasst.

² Die nicht beherrschenden Anteile werden zum Buchwert angesetzt.

Aus den Kaufpreisallokationen der Tag Belgium SA und Luftfrachtsicherheit-Service GmbH entstanden negative Firmenwerte in Höhe von 2 MIO €, die unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen werden. Die negativen Firmenwerte resultieren aus der Abdeckung möglicher Geschäftsrisiken.

Die Gesellschaften trugen in 2012 seit dem Erstkonsolidierungszeitpunkt mit 16 MIO € zum Konzernumsatz sowie mit 0 MIO € zum Konzern-EBIT bei. Wären diese Gesellschaften schon zum 1. Januar 2012 erworben worden, hätten sie zusätzlich mit 25 MIO € zum Konzernumsatz sowie mit 2 MIO € zum Konzern-EBIT beigetragen.

Die Transaktionskosten für die unwesentlichen Unternehmererwerbe lagen unter 1 MIO € und sind im sonstigen betrieblichen Aufwand enthalten.

Für die im Geschäftsjahr 2012 erworbenen Gesellschaften wurden 24 MIO € gezahlt. Für bereits in Vorjahren erworbene Gesellschaften wurden 38 MIO € gezahlt. Der Kaufpreis der erworbenen Gesellschaften wurde durch die Übertragung von Zahlungsmitteln beglichen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2013

Die Gewinne werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen, die Verluste unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

SEGMENT SUPPLY CHAIN

Deutsche Post DHL hat im April 2013 den Verkauf des Fashion-Logistikgeschäfts der DHL Fashion (France) SAS, Frankreich, vollzogen. Die Vermögenswerte und Schulden des betroffenen Bereichs waren im Geschäftsjahr 2012 gemäß IFRS 5 in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung führte im Jahr 2012 zu einer Wertminderung in Höhe von 1 MIO €, die in den Abschreibungen erfasst wurde.

Weiterhin wurde im Juni 2013 die ITG GmbH Internationale Spedition und Logistik, Deutschland, inklusive Tochtergesellschaften verkauft. Die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Gesellschaften waren zum ersten Quartal 2013 gemäß IFRS 5 in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung hat zu keiner Wertminderung geführt.

Der Verkauf der US-amerikanischen Gesellschaft Exel Direct Inc. einschließlich der kanadischen Niederlassung wurde im Mai 2013 vollzogen. Die Vermögenswerte und Schulden der Gesellschaft waren im ersten Quartal 2013 gemäß IFRS 5 in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung führte zu keiner Wertminderung.

Die US-amerikanische Gesellschaft Llano Logistics Inc., die im Bereich Warehousing tätig ist, wurde im Mai 2013 verkauft und entkonsolidiert. Da sämtliche Werte unter 1 MIO € lagen, wurde auf eine Darstellung in der unten stehenden Tabelle verzichtet.

SEGMENT EXPRESS

Im ersten Quartal 2013 wurde der Verkauf des rumänischen Inlandsexpressgeschäfts der Cargus International S.R.L. vollzogen. Zum 31. Dezember 2012 waren die Vermögenswerte und Schulden der betroffenen Gesellschaft gemäß IFRS 5 in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte vor Umgliederung hatte zu keiner Wertminderung geführt.

Ende Oktober 2013 wurde der Verkauf des Domestic-Same-Day-Geschäfts der DHL Express UK Limited, Großbritannien, vollzogen. Die betroffenen Vermögenswerte und Schulden waren gemäß IFRS 5 zuvor in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten umgegliedert worden. Die letztmalige Bewertung der Vermögenswerte und Schulden vor Umgliederung führte zu keiner Wertminderung.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2013

MIO €	Cargus International	DHL Fashion (France)	ITG-Gruppe	Exel Direct	DHL Express UK	Gesamt
1. Januar bis 31. Dezember						
Langfristige Vermögenswerte	6	0	14	6	1	27
Kurzfristige Vermögenswerte	3	12	30	14	0	59
Flüssige Mittel	2	23	4	1	0	30
AKTIVA	11	35	48	21	1	116
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	4	12	38	10	0	64
PASSIVA	4	12	38	10	0	64
Nettovermögen	7	23	10	11	1	52
Gesamte erhaltene Gegenleistung	19	0	18	24	1	62
Aufwendungen aus der Währungsumrechnungsrücklage	0	0	0	-2	0	-2
Entkonsolidierungsgewinn (+)/-verlust (-)	12	-23	8	11	0	8

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2012

SEGMENT EXPRESS

Ende Juni 2012 wurden die Verkäufe der Gemeinschaftsunternehmen Express Couriers Limited (ECL), Neuseeland, sowie der Parcel Direct Group Pty Limited (PDG), Australien, vollzogen. Käufer war das ehemalige Partnerunternehmen New Zealand Post.

SEGMENT GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Im ersten Quartal 2012 wurde die Gesellschaft DHL Global Forwarding & Co. LLC (DHL Oman), Oman, entkonsolidiert, da die Gründe zur Vollkonsolidierung weggefallen sind. Die Gesellschaft wird seit Februar 2012 als At-Equity-Unternehmen einbezogen.

Abgangs- und Entkonsolidierungseffekte 2012

MIO €	DHL Oman	ECL, PDG	Gesamt
1. Januar bis 31. Dezember			
Langfristige Vermögenswerte	0	38	38
Kurzfristige Vermögenswerte	8	19	27
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte ¹	0	0	0
Flüssige Mittel	1	9	10
AKTIVA	9	66	75
Langfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	0	24	24
Kurzfristige Verbindlichkeiten und Rückstellungen	6	41	47
Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten ¹	0	0	0
PASSIVA	6	65	71
Nettovermögen	3	1	4
Gesamte erhaltene Gegenleistung	1 ²	49	50
Aufwendungen (-) aus der Währungsumrechnungsrücklage	0	-4	-4
Nicht beherrschende Anteile	2	0	2
Entkonsolidierungsgewinn (+)	0	44	44

¹ Daten vor Entkonsolidierung

² Zeitwert der bestehenden Beteiligung

Die Gewinne werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen, die Verluste unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

Gemeinschaftsunternehmen

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlust-Rechnung, die den Gemeinschaftsunternehmen zuzurechnen sind:

Zum 31. Dezember

MIO €	2012 ¹	2013 ¹
BILANZ		
Immaterielle Vermögenswerte	0	0
Sachanlagen	14	13
Forderungen und sonstige Vermögenswerte	68	77
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	9	8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, sonstige Verbindlichkeiten	40	38
Rückstellungen	32	44
Finanzschulden	2	2
GEWINN-UND-VERLUST-RECHNUNG		
Umsatzerlöse ²	120	118
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	9	8

¹ Quotierte Einzelabschlussdaten

² Umsatzerlöse ohne Konzerninnenumsätze

Bei den einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen handelt es sich um AeroLogic GmbH, Deutschland, EV Logistics, Kanada, Bahwan Exel LLC, Oman, sowie Danzas DV LLC, Russland.

Weitere Angaben zur Höhe des Anteilsbesitzes finden sich in der Anteilsbesitzliste, die auf der Internetseite abrufbar ist www.dpdhl.com/de/investoren.html.

3 Wesentliche Geschäftsvorfälle

Emission von Anleihen

Deutsche Post DHL hat die günstigen Marktbedingungen genutzt und zwei klassische Anleihen mit einem Gesamtvolumen von 1 MRD € bei nationalen und internationalen Investoren platziert. Ausgabetermin war der 9. Oktober 2013. Das eingeworbene Kapital soll zur Tilgung einer im Januar 2014 fälligen zehnjährigen Anleihe genutzt werden. Die erste Anleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren hat ein Volumen von 500 MIO € und wird jährlich mit 1,5 % verzinst. Die zweite Anleihe in Höhe von 500 MIO € hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird jährlich mit 2,75 % verzinst. [Textziffer 46](#).

Ende September 2013 wurde die mit einem Konsortium aus nationalen und internationalen Banken im Jahr 2010 vereinbarte fünfjährige Kreditlinie in Höhe von 2 MRD € frühzeitig und zu verbesserten Konditionen bis 2018 erneuert. Zudem wurden zwei Verlängerungsoptionen von jeweils einem Jahr vereinbart.

Erträge aus Wechsel von Altersversorgungsplänen

Im vierten Quartal 2013 fand in Großbritannien ein Wechsel von leistungsorientierten zu beitragsorientierten Altersversorgungsplänen statt. Dies führte zu einem Ertrag in Höhe von 55 MIO €, der unter dem Personalaufwand ausgewiesen wird. Weitere Erläuterungen finden sich unter [Textziffer 44](#).

4 Anpassungen von Vorjahreszahlen

— Folgende Anpassungen erfolgten für das Geschäftsjahr 2012:

ANPASSUNG 1

Zur Erhöhung der Transparenz wurde der Bilanzposten „Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte“ in die separaten Bilanzposten „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ sowie „Sonstige kurzfristige Vermögenswerte“ aufgeteilt. Dadurch wurde die Darstellung der Lieferungs- und Leistungsverpflichtungen auf der Aktiv- und Passivseite angeglichen. Die in dem Bilanzposten „Andere Rücklagen“ enthaltene Kapitalrücklage wird in der Bilanz nunmehr gesondert gezeigt. Auswirkungen auf die Bilanzsumme ergaben sich nicht. Die Vorjahreszahlen wurden entsprechend angepasst.

ANPASSUNG 2

Mit der Änderung des IAS 19 haben sich zum 31. Dezember 2012 die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen um 2.774 MIO € (zum 1. Januar 2012: um 1.610 MIO €) erhöht sowie die Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit um 29 MIO € (zum 1. Januar 2012: um 57 MIO €) verringert, bei gleichzeitiger Reduzierung der Gewinnrücklagen um 2.925 MIO € (zum 1. Januar 2012: um 1.720 MIO €). Die in den anderen Rücklagen enthaltene Währungsumrechnungsrücklage verringerte sich um 7 MIO €. Die sonstigen langfristigen Vermögenswerte reduzierten sich aufgrund der Anpassung des Pensionsvermögens um 335 MIO € (zum 1. Januar 2012: um 290 MIO €). Die aktiven latenten Steuern erhöhten sich um 71 MIO € (zum 1. Januar 2012: um 53 MIO €), die passiven latenten Steuern verringerten sich um 73 MIO € (zum 1. Januar 2012: um 69 MIO €). Der geringe Gesamtsteuereffekt in Höhe von aktivisch 144 MIO € (zum 1. Januar 2012: 122 MIO €) ergibt sich im Wesentlichen daraus, dass in Deutschland nicht alle aktiven latenten Steuern ansetzbar sind, [Textziffer 30](#).

Der Personalaufwand des Jahres 2012 veränderte sich nicht, da sich die Effekte aus Nettopensionsrückstellungen und Rückstellungen für Altersteilzeit ausgeglichen haben, jedoch reduzierte sich das sonstige Finanzergebnis um 29 MIO €.

Anpassungen Bilanz zum 1. Januar 2012 und 31. Dezember 2012

MIO €	Anpassung Nr.	1. Jan. 2012	Anpassung	1. Jan. 2012 angepasst	31. Dez. 2012	Anpassung	31. Dez. 2012 angepasst
AKTIVA							
Sonstige langfristige Vermögenswerte	2	570	-290	280	633	-335	298
Aktive latente Steuern	2	1.153	53	1.206	1.257	71	1.328
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	1	9.089	-9.089	0	9.112	-9.112	0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1	-	6.934	6.934	-	6.959	6.959
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	1	-	2.155	2.155	-	2.153	2.153
PASSIVA							
Kapitalrücklage	1	-	2.170	2.170	-	2.254	2.254
Andere Rücklagen	1, 2	1.714	-2.170	-456	1.786	-2.261	-475
Gewinnrücklagen	2	8.086	-1.720	6.366	8.956	-2.925	6.031
Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital	2	11.009	-1.720	9.289	11.951	-2.932	9.019
Nicht beherrschende Anteile	2	190	-1	189	213	-4	209
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2	4.445	1.610	6.055	2.442	2.774	5.216
Passive latente Steuern	2	255	-69	186	229	-73	156
Sonstige langfristige Rückstellungen	2	2.174	-57	2.117	1.972	-29	1.943

Gewinn- und Verlust-Rechnung 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

MIO €	2012	Anpassung	2012 angepasst
Sonstiges Finanzergebnis	-429	-29	-458
Ergebnis vor Ertragsteuern	2.238	-29	2.209
Ertragsteuern	-458	11	-447
Konzernjahresergebnis	1.780	-18	1.762
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG	1.658	-18	1.640
Unverwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,37	-0,01	1,36
Verwässertes Ergebnis je Aktie (€)	1,32	-0,02	1,30

Gesamtergebnisrechnung 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

MIO €	2012	Anpassung	2012 angepasst
Konzernjahresergebnis	1.780	-18	1.762
Posten, die nicht in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden			
Veränderung durch Neubewertung der Nettopensionsrückstellungen	0	-1.198	-1.198
Ertragsteuern auf sonstiges Ergebnis	0	8	8
Posten, die anschließend möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden			
Währungsumrechnungsrücklage (Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten)	7	-7	0
Sonstiges Ergebnis (nach Steuern)	-10	-1.197	-1.207
Gesamtergebnis	1.770	-1.215	555
davon entfielen auf Aktionäre der Deutsche Post AG	1.650	-1.215	435
davon entfielen auf nicht beherrschende Anteile	120	0	120

5 Neuerungen in der internationalen Rechnungslegung nach IFRS

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind verpflichtend ab bzw. nach dem 1. Januar 2013 anzuwenden:

	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
Änderungen zu IAS 1 „Darstellung des Abschlusses – Darstellung der Posten des sonstigen Ergebnisses“	1. Januar 2013	Die im sonstigen Ergebnis ausgewiesenen Posten werden gesondert nach Posten unterteilt, die in Folgeperioden möglicherweise in den Gewinn oder Verlust umgegliedert werden (sogenanntes Recycling), und solche, die nicht „recycled“ werden. Die Darstellung wurde angepasst, IFRS 1 Gesamtergebnisrechnung. Weitere Auswirkungen ergaben sich nicht.
Änderungen zu IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“	1. Januar 2013	Wesentliche Auswirkungen haben sich auf die Erfassung und Bewertung des Aufwands für leistungsorientierte Altersversorgungspläne und Leistungen aus Anlass der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses ergeben. Darüber hinaus sind entsprechende Auswirkungen auf die Bilanz und teilweise geänderte Angabepflichten zu berücksichtigen. Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen sind insbesondere die sofortige Erfassung der versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste im sonstigen Ergebnis – Gewinnrücklagen – sowie die einheitliche Verzinsung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen mit dem Abzinsungssatz von Bedeutung. Des Weiteren sind insbesondere detailliertere Vorschriften zur Erfassung der Verwaltungskosten zu nennen. Im Zusammenhang mit Altersteilzeitverpflichtungen ergibt sich eine geänderte Einordnung. Angaben zu den Anpassungen finden sich unter IFRS 1 Textziffer 4. Pro-forma-Angaben: Wären die Änderungen nicht angewandt worden, hätte sich das EBIT im Geschäftsjahr 2013 um ca. 115 Mio € verschlechtert und das sonstige Finanzergebnis um 50 Mio € verbessert. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen hätten sich um ca. 2.740 Mio € reduziert, bei gleichzeitig sofortiger Erhöhung der Gewinnrücklagen um ca. 3.150 Mio €, während sich das Pensionsvermögen um ca. 320 Mio € sowie die Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit um ca. 10 Mio € erhöht hätten. Unter Berücksichtigung der Steuerquote des aktuellen Geschäftsjahres hätten sich die Ertragsteuern um ca. 9 Mio € verringert. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie hätte ca. 1,68 €, das verwässerte Ergebnis je Aktie ca. 1,62 € betragen.
Änderungen zu IAS 12 „Ertragsteuern: Latente Steuern-Realisierung zugrunde liegender Vermögenswerte“	1. Januar 2013	Die Änderung beinhaltet die Einführung einer verpflichtenden Ausnahmegvorschrift bezüglich der Behandlung temporärer steuerlicher Differenzen bei als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien im Zusammenhang mit der Anwendung des Zeitwertmodells nach IAS 40. Die Änderung hatte keine Auswirkung auf den Konzernabschluss.
Änderungen zu IFRS 7 „Finanzinstrumente: Angaben – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“	1. Januar 2013	Mit der Ergänzung des IAS 32 zur Darstellung der Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten erfolgen mit den in diesem Zusammenhang stehenden Ergänzungen des IFRS 7 umfangreiche Anhangangaben bezüglich der Aufrechnungsansprüche, insbesondere auch jener, die nach IFRS nicht zu einer Saldierung führen. Die Änderung führt zu weiteren Anhangangaben, IFRS 7 Textziffer 50.
IFRS 13 „Bewertung zum beizulegenden Zeitwert“	1. Januar 2013	Es werden standardübergreifende einheitliche Bewertungsmaßstäbe für die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert vorgegeben. Gefordert ist eine konkrete Darstellung der Verfahren, die für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts angewandt werden. Die Anwendung führt zu weiteren Anhangangaben, IFRS 13 Textziffern 26, 37 und 50.
Annual Improvements to IFRSs 2009–2011 Cycle	1. Januar 2013	Im März 2013 wurden die „Annual Improvements to IFRSs 2009–2011 Cycle“ durch die EU anerkannt. Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“, IAS 1 „Darstellung des Abschlusses“, IAS 16 „Sachanlagen“, IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung“ sowie IAS 34 „Zwischenberichterstattung“. Die Änderungen haben keinen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses.
Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:		
Änderungen zu IFRS 1 „Schwerwiegende Hochinflation und Beseitigung fixer Daten für erstmalige Anwender“		
IFRIC 20 „Kosten der Abraumbeseitigung während des Abbaubetriebs im Tagebau“		
Änderungen zu IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der IFRS: Darlehen der öffentlichen Hand“		

Neue Rechnungslegungsvorschriften, die durch die EU anerkannt wurden, deren verpflichtende Anwendung in der Zukunft liegt

Folgende Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen sind bereits durch die EU anerkannt worden. Eine verpflichtende Anwendung ist jedoch erst für die Zukunft vorgesehen.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
Änderungen zu IAS 32 „Finanzinstrumente: Darstellung – Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“ (16. Dezember 2011)	1. Januar 2014	Es erfolgt eine Klarstellung der Voraussetzungen für die Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in der Bilanz. Ein Saldierungsanspruch muss für alle beteiligten Vertragsparteien sowohl im gewöhnlichen Geschäftsverlauf als auch bei Insolvenz rechtlich durchsetzbar sein und am Abschlussstichtag bereits bestehen. Es wird festgelegt, welche Systeme mit Bruttoausgleich als Nettoausgleich im Sinne des Standards angesehen werden können. Die Änderung wird keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses haben. Im Einzelfall kann es zu erweiterten Anhangangaben kommen.
IFRS 10 „Konzernabschlüsse“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Einführung einer einheitlichen Definition für den Beherrschungsbegriff für sämtliche Unternehmen, die in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Zur Bestimmung eines Beherrschungsverhältnisses enthält der Standard ebenfalls umfassende Vorgaben. IFRS 10 ersetzt IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ sowie SIC-12 „Konsolidierung – Zweckgesellschaften“. Zweckgesellschaften, die bisher auf Grundlage des SIC-12 konsolidiert wurden, unterliegen nun IFRS 10. Mit Inkrafttreten des IFRS 10 im Geschäftsjahr 2014 wird es aufgrund der Neuordnung bezüglich der Einbeziehungsart zu Änderungen kommen, die jedoch nicht wesentlich für den Abschluss sind. Pro-forma-Angabe: Wäre der Standard schon im Geschäftsjahr 2013 angewandt worden, hätten sich die Umsatzerlöse um ca. 63 Mio € und das EBIT hätte sich um 1 Mio € verringert. Das Konzernjahresergebnis wäre um 1 Mio € gesunken.
IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	IFRS 11 ersetzt IAS 31 „Anteile an Gemeinschaftsunternehmen“. Das Wahlrecht der Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen wird abgeschafft. Mit IFRS 11 werden jedoch nicht zwingend alle gegenwärtig anteilsmäßig einbezogenen Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren sein. IFRS 11 definiert einheitlich den Begriff „gemeinsame Vereinbarungen“ und differenziert diesen nach gemeinschaftlichen Tätigkeiten und Gemeinschaftsunternehmen. Der Anteil an einer gemeinschaftlichen Tätigkeit wird auf der Grundlage der direkten Rechte und Pflichten erfasst, während der Anteil am Ergebnis eines Gemeinschaftsunternehmens nach der Equity-Methode zu bilanzieren ist. Die zwingende Anwendung der Equity-Methode auf Gemeinschaftsunternehmen erfolgt künftig gemäß den Vorschriften des überarbeiteten IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen“. Auf Grundlage der vorgenannten Regelungen sind AeroLogic GmbH, Deutschland, und Ev Logistics, Kanada, zukünftig nicht nach der Equity-Methode zu bilanzieren, sondern werden als Unternehmen mit gemeinschaftlicher Tätigkeit eingestuft und den Vertragsbestimmungen entsprechend anteilig bilanziert. D. h. mit Inkrafttreten des IFRS 11 im Geschäftsjahr 2014 wird es zu Änderungen im Konzernabschluss kommen, die jedoch keinen wesentlichen Einfluss haben werden. Pro-forma-Angabe: Wäre der Standard schon im Geschäftsjahr 2013 angewandt worden, hätten sich die Umsatzerlöse um ca. 103 Mio € verringert, die EBIT-Effekte wären kleiner als 1 Mio € gewesen, das Finanzergebnis hätte sich um 1 Mio € verbessert und die Ertragsteuern wären um 1 Mio € gestiegen. Das Konzernjahresergebnis hätte sich nicht verändert.
IFRS 12 „Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Zusammenführung der Angabepflichten zu sämtlichen Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten Zweckgesellschaften in einem Standard. Es müssen quantitative und qualitative Angaben zu der Art der Risiken und finanziellen Auswirkungen gemacht werden, die mit dem Engagement des Unternehmens bei seinen Beteiligungsunternehmen verbunden sind. Mit IFRS 12 kommt es zu einer Ausweitung der Anhangangaben.
Änderungen zu IFRS 10, IFRS 11, IFRS 12: Übergangsbestimmungen (28. Juni 2012)	1. Januar 2014 ¹	Die Änderungen betreffen die Übergangsbestimmungen im Zusammenhang mit der erstmaligen Anwendung der Standards. Die Änderungen sind entsprechend dem Anwendungszeitpunkt von IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 anzuwenden.
IAS 27 „Einzelabschlüsse (revised 2011)“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Einhergehend mit den neuen Standards IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wurde der bisherige Standard IAS 27 „Konzern- und Einzelabschlüsse“ überarbeitet und in IAS 27 „Einzelabschlüsse (revised 2011)“ umbenannt. Er enthält nur noch die Vorschriften, die auf separate Einzelabschlüsse anzuwenden sind. Die Änderung wird keinen Einfluss auf den Abschluss haben.
IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (revised 2011)“ (12. Mai 2011)	1. Januar 2014 ¹	Einhergehend mit den neuen Standards IFRS 10, IFRS 11 und IFRS 12 wurde der bisherige Standard IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen“ überarbeitet und in „Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen (revised 2011)“ umbenannt. Der Anwendungsbereich wird auf die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen nach der Equity-Methode ausgeweitet. Die bisherigen Regelungen des SIC-13 „Gemeinschaftlich geführte Unternehmen – nichtmonetäre Einlagen durch Partnerunternehmen“ werden in den IAS 28 integriert. Die Änderung wird keinen wesentlichen Einfluss auf den Abschluss haben.
Änderungen an IAS 36 „Wertminderung von Vermögenswerten – Angaben zum erzielbaren Betrag bei nichtfinanziellen Vermögenswerten“ (29. Mai 2013)	1. Januar 2014	Mit diesen Änderungen wird klargestellt, dass Angaben über den erzielbaren Betrag, der auf Grundlage des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten ermittelt wurde, nur für die nichtfinanziellen Vermögenswerte zu machen sind, für die in der laufenden Berichtsperiode eine Wertminderung oder eine Wertaufholung erfasst wurde. Zusätzlich wurden die Anhangangaben angepasst, die zu machen sind, wenn der erzielbare Betrag auf Basis des beizulegenden Zeitwerts abzüglich Veräußerungskosten bestimmt wurde. Die Änderungen sind rückwirkend anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen; eine frühere Anwendung ist zulässig, da IFRS 13 bereits angewendet wird. Der Standard wurde vorzeitig angewandt.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:

Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12, IAS 27 „Investmentgesellschaften“, veröffentlicht am 31. Oktober 2012, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

¹ Die Standards wurden mit einem von den Originalstandards abweichenden Erstanwendungszeitpunkt in europäisches Recht übernommen.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
Änderungen an IAS 39 „Novation von Derivaten und Fortsetzung der Bilanzierung von Sicherungsgeschäften“ (27. Juni 2013)	1. Januar 2014	Durch die Änderung wird erreicht, dass ein Wechsel der Vertragspartei eines Sicherungsinstruments zu einer zentralen Gegenpartei infolge von rechtlichen oder regulatorischen Anforderungen unter bestimmten Voraussetzungen keine Beendigung einer Sicherungsbeziehung auslöst. Die Änderungen sind rückwirkend anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen; eine frühere Anwendung ist zulässig. Der Konzern geht derzeit davon aus, dass die Änderungen keinen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung des Abschlusses haben werden.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss haben:

Änderungen zu IFRS 10, IFRS 12, IAS 27 „Investmentgesellschaften“, veröffentlicht am 31. Oktober 2012, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2014 beginnen.

¹ Die Standards wurden mit einem von den Originalstandards abweichenden Erstanwendungszeitpunkt in europäisches Recht übernommen.

Neue Rechnungslegungsvorschriften, bei denen die Anerkennung durch die EU noch aussteht (Endorsement-Verfahren)

Der IASB und das IFRIC haben im Geschäftsjahr 2013 sowie in den Vorjahren weitere Standards, Änderungen zu Standards und Interpretationen verabschiedet, die für das Geschäftsjahr 2013 noch nicht verpflichtend anzuwenden sind. Die Anwendung dieser IFRS setzt voraus, dass die noch ausstehende Anerkennung durch die EU erfolgt.

Standard (veröffentlicht am)	Anzuwenden für Geschäftsjahre, die am oder nach beginnen	Inhalt und Bedeutung
IFRS 9 „Finanzinstrumente“ (12. November 2009), Änderungen an IFRS 9 und IFRS 7 „Verpflichtender Anwendungszeitpunkt und Anhangangaben bei Über- gang“ (16. Dezember 2011) sowie Änderungen an IFRS 9, IFRS 7, IAS 39 „Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen“ (19. November 2013) und Erstanwendungszeitpunkt (20. Februar 2014)	1. Januar 2018	Im Rahmen des Projekts zur Ablösung von IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ wurde 2009 IFRS 9 „Finanzinstrumente“ veröffentlicht. Der neue Standard ändert grundlegend die bisherigen Vorschriften zur Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten. Im Jahr 2010 erfolgte die Ergänzung zur Klassifizierung und Bewertung finanzieller Verbindlichkeiten. Mit den im Dezember 2011 veröffentlichten Änderungen zu IFRS 9 und IFRS 7 wurde der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt auf den 1. Januar 2015 verschoben. Zusätzlich wurden weitere Konkretisierungen zu den Übergangsvorschriften erlassen. Die von IFRS 9 geforderten Anhangangaben wurden als Änderung an IFRS 7 hinzugefügt. Die weiteren Angabepflichten sollen es ermöglichen, die Effekte zu beurteilen, die die Erstanwendung von IFRS 9 auf den Ansatz und die Bewertung von Finanzinstrumenten hat. Der IASB hat im November 2013 im Rahmen der dritten Phase zur Ablösung des IAS 39 durch IFRS 9 eine aktuelle Version des Standards zur Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen herausgebracht. Im Februar 2014 wurde der verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt auf den 1. Januar 2018 festgelegt. Der Zeitpunkt der Übernahme des Standards durch die EU ist noch offen. Der Konzern prüft, welche Auswirkungen die Erstanwendung des Standards haben wird, sofern der Standard von der EU in dieser Form übernommen wird.
IFRIC 21, Abgaben (20. Mai 2013)	1. Januar 2014	Die Interpretation klärt, wann eine Verbindlichkeit für eine öffentliche Abgabe anzusetzen ist. Sie deckt die Bilanzierung von Abgaben ab, die im Rahmen von Gesetzen und Vorschriften auferlegt wurden. Steuern, Strafzahlungen und andere Abflüsse, die unter den Anwendungsbereich anderer Standards fallen, werden nicht behandelt. Der Konzern prüft zurzeit die Auswirkungen auf den Konzernabschluss.
Änderungen an IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer – leistungsorientierte Pläne: Arbeitnehmerbeiträge“ (21. November 2013)	1. Juli 2014	Die Änderungen betreffen die Berücksichtigung von Arbeitnehmerbeiträgen im Rahmen leistungsorientierter Altersversorgungszusagen. Sie sehen eine Vereinfachungsregelung für Arbeitnehmerbeiträge vor, die nicht an die Anzahl der Dienstjahre gekoppelt sind. In diesem Fall kann der Dienstzeitaufwand der Periode reduziert werden, in der die korrespondierende Arbeitsleistung erbracht wird. Die neuen Regelungen sind verpflichtend retrospektiv anzuwenden. Die Anwendung wird zu keinen wesentlichen Änderungen führen.
Annual Improvements to IFRSs 2010–2012 Cycle (12. Dezember 2013)	1. Juli 2014	Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 2, IFRS 3, IFRS 8, IFRS 13, IAS 16, IAS 38, IAS 24. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Die Änderungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben.
Annual Improvements to IFRSs 2011–2013 Cycle (12. Dezember 2013)	1. Juli 2014	Der jährliche Verbesserungsprozess betrifft folgende Standards: IFRS 1, IFRS 3, IFRS 13, IAS 40. Die neuen Regelungen sind verpflichtend für Berichtsperioden anzuwenden, die am oder nach dem 1. Juli 2014 beginnen. Die Änderungen werden keinen wesentlichen Einfluss auf den Konzernabschluss haben.

Keine Relevanz für den Konzernabschluss hat:

IFRS 14 „Regulatorische Abgrenzungsposten“, veröffentlicht am 31. Januar 2014, anzuwenden auf Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2016 beginnen.

6 Währungsumrechnung

Die in ausländischer Währung aufgestellten Jahresabschlüsse der einbezogenen Gesellschaften werden gemäß IAS 21 nach dem Konzept der funktionalen Währungen in Euro umgerechnet. Die funktionale Währung ausländischer Gesellschaften wird durch das primäre Wirtschaftsumfeld bestimmt, in dem sie hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaften und verwenden. Innerhalb des Konzerns entspricht die funktionale Währung im Wesentlichen der lokalen Währung. Entsprechend werden im Konzernabschluss die Vermögenswerte und Schulden mit den Stichtagskursen, die periodischen Aufwendungen und Erträge grundsätzlich mit den monatlichen Stichtagskursen umgerechnet. Die hieraus entstehenden Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgsneutral im Eigenkapital erfasst. Im Geschäftsjahr 2013 wurden –451 MIO € (Vorjahr angepasst: 49 MIO €) im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital ausgewiesen. Siehe hierzu die Gesamtergebnis- und Eigenkapitalveränderungsrechnung.

Durch Unternehmenszusammenschlüsse nach dem 1. Januar 2005 entstandene Geschäfts- oder Firmenwerte werden als Vermögenswerte des erworbenen Unternehmens behandelt und entsprechend in der funktionalen Währung des erworbenen Unternehmens geführt.

Die Kurse der für den Konzern wesentlichen Währungen stellen sich wie folgt dar:

Währung	Land	Stichtagskurse		Durchschnittskurse	
		2012 1 EUR =	2013 1 EUR =	2012 1 EUR =	2013 1 EUR =
AUD	Australien	1,2719	1,5408	1,2445	1,3769
CNY	China	8,2180	8,3411	8,1458	8,1670
GBP	Großbritannien	0,8156	0,8332	0,8116	0,8492
JPY	Japan	113,6625	144,607	103,4778	129,6521
SEK	Schweden	8,5912	8,8682	8,6853	8,6511
CHF	Schweiz	1,2075	1,2269	1,2043	1,2308
USD	USA	1,3191	1,3778	1,2928	1,3284

Bei konsolidierten Unternehmen, die ihre Geschäfte in hochinflationären Volkswirtschaften betreiben, werden die bilanziellen Wertansätze der nichtmonetären Vermögenswerte grundsätzlich gemäß IAS 29 indiziert und spiegeln damit die aktuelle Kaufkraft am Bilanzstichtag wider.

In den in lokaler Währung aufgestellten Abschlüssen der konsolidierten Gesellschaften werden Forderungen und Verbindlichkeiten gemäß IAS 21 zum Bilanzstichtagskurs umgerechnet. Währungsumrechnungsdifferenzen werden erfolgswirksam in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen erfasst. Im Geschäftsjahr 2013 ergaben sich in Höhe von 155 MIO € Erträge (Vorjahr: 178 MIO €) und 156 MIO € Aufwendungen (Vorjahr: 181 MIO €) aus Währungsumrechnungsdifferenzen. Abweichend davon werden Währungsumrechnungsdifferenzen, die auf Nettoinvestitionen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb beruhen, im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital erfasst.

7 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Den Jahresabschlüssen der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen liegen einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze zugrunde. Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgt nach dem Grundsatz historischer Anschaffungs- und Herstellungskosten, mit Ausnahme bestimmter Posten, die mit ihrem beizulegenden Zeitwert auszuweisen sind.

Ertrags- und Aufwandsrealisierung

Die gewöhnliche Geschäftstätigkeit von Deutsche Post DHL liegt in der Erbringung von logistischen Dienstleistungen. Alle Erträge, die im Zusammenhang mit der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stehen, werden als Umsatzerlöse in der Gewinn- und Verlust-Rechnung dargestellt. Alle anderen Erträge werden als sonstige betriebliche Erträge gezeigt. Der Ansatz von Umsatzerlösen und sonstigen betrieblichen Erträgen erfolgt grundsätzlich dann, wenn die Leistung erbracht, die Höhe der Erträge zuverlässig ermittelbar ist und der wirtschaftliche Nutzen dem Konzern wahrscheinlich zufließen wird. Betriebliche Aufwendungen werden mit Inanspruchnahme der Leistung bzw. zum Zeitpunkt ihrer Verursachung ergebniswirksam.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Unter den immateriellen Vermögenswerten werden originäre und erworbene immaterielle Vermögenswerte und erworbene Firmenwerte ausgewiesen.

Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte werden mit ihren Herstellungskosten aktiviert, wenn durch die Herstellung der Zufluss eines wirtschaftlichen Nutzens wahrscheinlich ist und Kosten zuverlässig ermittelt werden können. Im Konzern betrifft dies selbst entwickelte Software. Sind die Aktivierungskriterien nicht erfüllt, werden die Aufwendungen im Jahr der Entstehung sofort ergebniswirksam erfasst. Die Herstellungskosten der selbst entwickelten Software enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zurechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Gegebenenfalls anfallende Fremdkapitalkosten sind bei qualifizierten Vermögenswerten Bestandteil der Herstellungskosten. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung von immateriellen Vermögenswerten anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Aktivierte Software wird entsprechend ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben.

Die immateriellen Vermögenswerte werden ihrer Nutzungsdauer entsprechend linear abgeschrieben. Außerplanmäßige Abschreibungen/Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen. Die Nutzungsdauern der wesentlichen immateriellen Vermögenswerte können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Nutzungsdauern

	Jahre ¹
Selbst erstellte Software	bis 5
Erworbene Software	bis 5
Lizenzen	Vertragslaufzeit
Kundenbeziehungen	bis 20

¹ Es handelt sich hierbei um die vom Konzern vorgegebenen Maximalwerte. Die tatsächlichen Nutzungsdauern können aufgrund bestimmter Faktoren, wie vertraglicher Regelungen, regionaler und zeitlicher Begebenheiten, unterhalb dieser Vorgaben liegen.

Immaterielle Vermögenswerte, für die keine rechtlichen, wirtschaftlichen, vertraglichen oder sonstigen Faktoren vorliegen, die eine Nutzungsdauer beschränken könnten, haben eine unbestimmte Nutzungsdauer. Sie werden nicht planmäßig abgeschrieben, sondern jährlich sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung auf Wertminderungsbedarf geprüft. Hierunter fallen z. B. grundsätzlich Markennamen aus Unternehmenszusammenschlüssen. Der Werthaltigkeitstest unterliegt den Grundsätzen, die unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschrieben werden.

Sachanlagen

Die Bilanzierung von Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um die kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen. Die Herstellungskosten enthalten neben den Einzelkosten angemessene Anteile der zu-rechenbaren Fertigungsgemeinkosten. Fremdkapitalkosten, die direkt dem Erwerb, Bau oder der Herstellung zugeordnet werden können, werden aktiviert. Die im Zusammenhang mit der Anschaffung oder Herstellung der Sachanlagegegenstände anfallenden Umsatzsteuern gehen insoweit in die Anschaffungs- und Herstellungskosten ein, wie sie nicht als Vorsteuer in Abzug gebracht werden können. Die planmäßige Abschreibung erfolgt nach der linearen Methode. Die Nutzungsdauern der wesentlichen Anlageklassen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Nutzungsdauern

	Jahre ¹
Gebäude	20 bis 50
Technische Anlagen und Maschinen	10 bis 20
Flugzeuge	15 bis 20
IT-Ausstattung	4 bis 5
Transportausstattung und Fuhrpark	4 bis 18
Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	8 bis 10

¹ Es handelt sich hierbei um die vom Konzern vorgegebenen Werte. Die tatsächlichen Nutzungsdauern können aufgrund bestimmter Faktoren, wie vertraglicher Regelungen, regionaler und zeitlicher Begebenheiten, unterhalb dieser Vorgaben liegen.

Liegen Anhaltspunkte für eine Wertminderung vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen, siehe Punkt „Wertminderungen“.

Wertminderungen

Zu jedem Bilanzstichtag werden die Buchwerte der immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien daraufhin geprüft, ob Anhaltspunkte für eine Wertminderung vorliegen. Liegen solche Hinweise vor, ist ein Werthaltigkeitstest durchzuführen. Hierbei wird der erzielbare Betrag des betreffenden Vermögenswerts ermittelt und dem entsprechenden Buchwert gegenübergestellt.

Nach IAS 36 entspricht der erzielbare Betrag dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten oder dem Nutzungswert. Maßgeblich ist der höhere Wert. Der Nutzungswert entspricht dem Barwert der erwarteten Free Cashflows vor Steuern. Als Diskontierungszinssatz wird ein den Marktbedingungen entsprechender Zinssatz vor Steuern verwendet. Sofern kein erzielbarer Betrag für einen einzelnen Vermögenswert ermittelt werden kann, wird der erzielbare Betrag für die Cash Generating Unit (CGU) bestimmt, der der betreffende Vermögenswert zugeordnet werden kann und die unabhängige Cashflows generiert. Ist der erzielbare Betrag eines Vermögenswerts niedriger als der Buchwert, erfolgt eine sofortige ergebniswirksame Wertminderung des Vermögenswerts. Ergibt sich nach einer vorgenommenen Wertminderung zu einem späteren Zeitpunkt ein höherer erzielbarer Betrag des Vermögenswerts oder der CGU, erfolgt eine Wertaufholung bis maximal zur Höhe des erzielbaren Betrags. Die Wertaufholung ist begrenzt auf den fortgeführten Buchwert, der sich ohne die Wertminderung in der Vergangenheit ergeben hätte. Die vorzunehmende Zuschreibung erfolgt ergebniswirksam. Wertaufholungen von vorgenommenen Wertminderungen auf Firmenwerte sind nicht zulässig.

Seit Januar 2005 werden Firmenwerte gemäß IFRS 3 nach dem sogenannten Impairment-only Approach bilanziert. Dieser legt fest, dass ein Firmenwert im Rahmen der Folgebewertung grundsätzlich zu Anschaffungskosten abzüglich ggf. kumulierter Korrekturen aus außerplanmäßigen Wertminderungen zu bewerten ist. Damit darf ein erworbener Firmenwert nicht mehr planmäßig abgeschrieben werden, sondern muss, ebenso wie immaterielle Vermögenswerte mit unbegrenzter Nutzungsdauer, unabhängig vom Vorliegen von Indikatoren für eine mögliche Wertminderung jährlich einer Werthaltigkeitsprüfung nach IAS 36 unterzogen werden. Daneben bleibt die Verpflichtung zu einer Werthaltigkeitsprüfung bei Vorliegen von Anzeichen für eine Wertminderung bestehen. Aus Unternehmenserwerben resultierende Firmenwerte werden den CGU bzw. Gruppen von CGU zugeordnet, die aus den Synergien des Erwerbs Nutzen ziehen sollen. Solche Gruppen stellen die niedrigste Berichtsebene dar, auf der das Management den Firmenwert für interne Steuerungszwecke kontrolliert. Der Buchwert einer CGU, die einen Firmenwert enthält, wird jährlich auf Werthaltigkeit überprüft und zusätzlich, wenn zu anderen Zeitpunkten Hinweise für eine mögliche Wertminderung vorliegen. Im Falle von Wertberichtigungen im Zusammenhang mit CGU, die einen Firmenwert enthalten, werden zunächst bestehende Firmenwerte reduziert. Übersteigt der Wertminderungsbedarf den Buchwert des Firmenwerts, wird die Differenz auf die verbleibenden langfristigen Vermögenswerte der CGU verteilt.

Finance Lease

Ein Leasingverhältnis ist eine Vereinbarung, in der der Leasinggeber dem Leasingnehmer gegen eine Zahlung oder eine Reihe von Zahlungen das Recht an der Nutzung eines Vermögenswerts für einen bestimmten Zeitraum überträgt. Das wirtschaftliche Eigentum an Leasinggegenständen wird gemäß IAS 17 dann dem Leasingnehmer zugerechnet, wenn dieser die wesentlichen mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand trägt. Sofern das wirtschaftliche Eigentum dem Konzern als Leasingnehmer zuzurechnen ist, erfolgt die Aktivierung zum Zeitpunkt des Nutzungsbeginns entweder zum beizulegenden Zeitwert oder zum Barwert der Mindestleasingzahlungen, sofern dieser den Zeitwert unterschreitet. In gleicher Höhe wird eine Leasingverbindlichkeit unter den langfristigen Verbindlichkeiten passiviert. Die Folgebewertung erfolgt unter Anwendung der Effektivzinsmethode mit den fortgeführten Anschaffungskosten. Die Abschreibungsmethoden und Nutzungsdauern entsprechen denen vergleichbarer erworbener Vermögenswerte.

Operating Lease

Als Leasinggeber bei einem Operating Lease weist der Konzern das Leasingobjekt als Vermögenswert zu fortgeführten Anschaffungskosten in den Sachanlagen aus. Die in der Periode vereinnahmten Leasingraten werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen gezeigt. Als Leasingnehmer werden die geleisteten Leasingraten als Mietaufwendungen im Materialaufwand ausgewiesen. Die Erfassung der Mietaufwendungen und Mieterträge erfolgt auf linearer Basis.

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen werden gemäß IAS 28 („Anteile an assoziierten Unternehmen“) nach der Equity-Methode bewertet. Ausgehend von den Anschaffungskosten zum Zeitpunkt des Erwerbs der Anteile wird der jeweilige Beteiligungsbuchwert jährlich um die anteiligen Ergebnisse, ausgeschüttete Dividenden und sonstige Veränderungen im Eigenkapital der assoziierten Gesellschaften erhöht bzw. vermindert, soweit diese auf die Anteile der Deutsche Post AG bzw. auf deren einbezogene Tochterunternehmen entfallen. Die Behandlung der in den Beteiligungsbuchwerten enthaltenen Firmenwerte erfolgt gemäß IFRS 3. Nach der Equity-Methode bilanzierte Unternehmen werden außerplanmäßig abgeschrieben, wenn der erzielbare Betrag den Buchwert unterschreitet.

Finanzinstrumente

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Unternehmen zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswerts und bei einem anderen Unternehmen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt. Zu den finanziellen Vermögenswerten zählen insbesondere Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, ausgereichte Kredite und Forderungen sowie zu Handelszwecken gehaltene derivative finanzielle Vermögenswerte. Finanzielle Verbindlichkeiten umfassen eine vertragliche Verpflichtung, Zahlungsmittel oder einen anderen finanziellen Vermögenswert an ein anderes Unternehmen abzugeben.

Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, Verbindlichkeiten aus Anleihen und Finanzierungsleasing sowie derivative Finanzverbindlichkeiten.

Wahlrecht der Bewertung zum beizulegenden Zeitwert

Mit der Fair Value Option können finanzielle Vermögenswerte bzw. finanzielle Verbindlichkeiten beim erstmaligen Ansatz erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet werden, wenn dies Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz (Accounting Mismatch) beseitigt oder erheblich verringert. Von dem Wahlrecht macht der Konzern zur Vermeidung von Accounting Mismatches Gebrauch.

Finanzielle Vermögenswerte

Finanzielle Vermögenswerte werden nach den Regelungen des IAS 39 bilanziert, dabei werden vier Kategorien für Finanzinstrumente unterschieden.

KATEGORIE „ZUR VERÄUSSERUNG VERFÜGBARE FINANZIELLE VERMÖGENSWERTE“

Diese Finanzinstrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte und werden, soweit verlässlich bestimmbar, mit ihrem Zeitwert angesetzt. Ist ein Zeitwert nicht ermittelbar, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten. Wertschwankungen zwischen den Bilanzstichtagen werden grundsätzlich erfolgsneutral in das sonstige Ergebnis (Neubewertungsrücklage) eingestellt. Die Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei nachhaltigem Absinken des Zeitwerts unter die Anschaffungskosten erfolgswirksam. Ergibt sich zu einem späteren Bilanzstichtag die Tatsache, dass der beizulegende Wert eines Schuldinstruments infolge von Ereignissen, die nach dem Zeitpunkt der Erfassung der Wertminderung eingetreten sind, objektiv gestiegen ist, sind die Wertminderungen in entsprechender Höhe zurückzunehmen. Wertminderungen von Eigenkapitalinstrumenten dürfen nicht erfolgswirksam rückgängig gemacht werden. Werden die Eigenkapitalinstrumente zum beizulegenden Zeitwert angesetzt, darf eine Wertaufholung nur erfolgsneutral erfolgen. Für Eigenkapitalinstrumente, die zu Anschaffungskosten bilanziert sind, ist eine Wertaufholung ausgeschlossen. „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“ sind den langfristigen Vermögenswerten zuzuordnen, sofern nicht die Absicht besteht, sie innerhalb von zwölf Monaten nach Bilanzstichtag zu veräußern. In dieser Kategorie werden insbesondere Anteile an nicht einbezogenen verbundenen Unternehmen, Wertpapiere und sonstige Beteiligungen ausgewiesen.

KATEGORIE „BIS ZUR ENDFÄLLIGKEIT ZU HALTENDE VERMÖGENSWERTE“

Finanzinvestitionen sind dieser Kategorie zuzurechnen, wenn die Absicht besteht, das Instrument bis zur Endfälligkeit zu halten, und die wirtschaftlichen Voraussetzungen darauf schließen lassen. Diese Instrumente sind nicht derivative finanzielle Vermögenswerte, die unter Anwendung der Effektivzinsmethode zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

KATEGORIE „AUSLEIHUNGEN UND FORDERUNGEN“

Es handelt sich um nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit fixen bzw. bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Sie werden, sofern sie nicht zu Handelszwecken gehalten werden, am Bilanzstichtag zu Anschaffungskosten bzw. zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Die Buchwerte der Geldmarktforderungen entsprechen aufgrund ihrer kurzen Laufzeit annähernd den Zeitwerten. „Ausleihungen und Forderungen“ zählen zu den kurzfristigen Vermögenswerten, soweit deren Fälligkeit nicht zwölf Monate nach dem Bilanzstichtag übersteigt, ansonsten werden sie als langfristige Vermögenswerte ausgewiesen. Bestehen an der Einbringbarkeit von Forderungen Zweifel, werden diese zu fortgeführten Anschaffungskosten abzüglich angemessener Einzelwertberichtigungen oder pauschalierter Einzelwertberichtigung angesetzt. Eine Wertminderung bei Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wird dann erfasst, wenn objektive Hinweise vorliegen, dass die fälligen Forderungsbeträge nicht vollständig einbringlich sind. Die Wertminderung wird über ein Wertberichtigungskonto und erfolgswirksam in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

KATEGORIE „ERFOLGSWIRKSAM ZUM BEIZULEGENDEN ZEITWERT BEWERTETE VERMÖGENSWERTE“

Alle zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente sowie Derivate, die nicht im Hedge Accounting stehen, sind dieser Kategorie zuzuordnen. Sie werden grundsätzlich zum Marktwert (Fair Value) bewertet. Sämtliche Marktwertänderungen werden ergebniswirksam erfasst. Die Bilanzierung aller Finanzinstrumente dieser Kategorie erfolgt zum Handelstag. Vermögenswerte dieser Kategorie werden als kurzfristige Vermögenswerte ausgewiesen, wenn sie entweder zu Handelszwecken gehalten oder voraussichtlich innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag realisiert werden.

Um Ergebnisschwankungen aus Marktwertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten zu vermeiden, wird – soweit möglich und wirtschaftlich sinnvoll – Hedge Accounting angewandt. Gewinne und Verluste aus Grundgeschäft und Derivat werden zeitgleich im Ergebnis erfasst. Nach Art des Grundgeschäfts und des zu sichernden Risikos werden im Konzern Fair Value und Cashflow Hedges designiert.

Zu jedem Abschlussstichtag sowie bei Vorliegen von Anhaltspunkten für eine Wertminderung werden die Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Wert zu bewerten sind, auf ihre Werthaltigkeit untersucht. Ein Wertminderungsaufwand ergibt sich im Vergleich zwischen Buchwert und beizulegendem Zeitwert. Liegt ein objektiver Hinweis auf eine Wertminderung vor, ist ein Wertminderungsaufwand erfolgswirksam im sonstigen betrieblichen Aufwand bzw. im Finanzergebnis zu erfassen. Wertminderungen sind zurückzunehmen, soweit sich nach dem Bilanzstichtag objektive Sachverhalte ergeben, die für eine Wertaufholung sprechen. Die Zuschreibung kann nur bis zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten, die sich ergeben hätten, wenn die Wertminderung nicht erfasst worden wäre, vorgenommen werden. Im Konzern werden Wertminderungen vorgenommen, wenn der Schuldner erhebliche finanzielle Schwierigkeiten hat, gegen ihn mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Insolvenzverfahren eröffnet wird, wenn sich das technologische,

ökonomische bzw. rechtliche Umfeld sowie das Marktumfeld des Emittenten wesentlich verändert oder der Fair Value eines Finanzinstruments andauernd unter die fortgeführten Anschaffungskosten sinkt.

Ein Fair Value Hedge sichert den beizulegenden Zeitwert von bilanzierten Vermögenswerten und Schulden. Die Änderung des Zeitwerts der Derivate sowie die Marktwertänderung des Grundgeschäfts, die auf dem abgesicherten Risiko basiert, werden zeitgleich ergebniswirksam erfasst.

Ein Cashflow Hedge sichert die Schwankungen zukünftiger Zahlungsströme aus bilanzierten Vermögenswerten und Schulden (im Fall von Zinsrisiken), geplante und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretende künftige Transaktionen und fest kontrahierte, bilanzunwirksame Verpflichtungen, aus denen ein Währungsrisiko resultiert. Der effektive Teil eines Cashflow Hedge ist in der Hedge-Rücklage im Eigenkapital zu erfassen. Ineffektivitäten aus der Wertänderung des Sicherungsinstruments sind erfolgswirksam zu buchen. Die mit den Sicherungsmaßnahmen verbundenen Gewinne und Verluste bleiben zunächst im Eigenkapital stehen und sind später in der Periode erfolgswirksam zu erfassen, in der der finanzielle Vermögenswert oder die finanzielle Verbindlichkeit das Periodenergebnis beeinflusst. Resultiert eine Absicherung einer fest kontrahierten Transaktion später im Ansatz eines nicht-finanziellen Vermögenswerts, sind die im Eigenkapital erfassten Gewinne und Verluste dem Vermögenswert bei Zugang zuzurechnen (Basis-Adjustment).

Absicherungen von Nettoinvestitionen (Net Investment Hedges) in ausländische Gesellschaften werden wie Cashflow Hedges behandelt. Der Gewinn oder Verlust aus dem effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts wird im sonstigen Ergebnis im Eigenkapital erfasst; der Gewinn oder Verlust des ineffektiven Teils ist unmittelbar in der Gewinn- und Verlust-Rechnung zu erfassen. Die erfolgsneutral erfassten Gewinne oder Verluste verbleiben bis zum Abgang oder Teilabgang der Nettoinvestition im Eigenkapital. Ausführliche Angaben zu den Sicherungsgeschäften finden sich unter [Textziffer 50.2](#).

Die Erfassung von finanziellen Vermögenswerten im Rahmen von marktüblichen Käufen und Verkäufen erfolgt zum Erfüllungstag, ausgenommen hiervon sind Held-for-Trading-Instrumente, insbesondere Derivate. Ein finanzieller Vermögenswert wird ausgebucht, wenn die Rechte auf den Erhalt der Cashflows aus dem Vermögenswert ausgelaufen sind. Bei Übertragung eines finanziellen Vermögenswerts wird nach den Abgangsregelungen nach IAS 39 überprüft, ob eine Ausbuchung erfolgt. Mit dem Abgang entsteht ein Veräußerungsgewinn/-verlust. Die in den Vorperioden erfolgsneutral erfassten Wertänderungen sind zum Veräußerungszeitpunkt zwingend aufzulösen. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die Zahlungsverpflichtungen daraus ausgelaufen sind.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (Investment Properties) sind gemäß IAS 40 solche Immobilien, die zur Erzielung von Mieteinnahmen und/oder zur Wertsteigerung gehalten werden und nicht zur Erbringung von Dienstleistungen oder für Verwaltungszwecke bzw. zum Verkauf im Rahmen der gewöhnlichen

Geschäftstätigkeit des Unternehmens genutzt werden. Die Bewertung erfolgt nach dem Anschaffungskostenprinzip. Die abnutzbaren Investment Properties werden über eine Laufzeit von 20 bis 50 Jahren linear abgeschrieben. Der beizulegende Zeitwert wird anhand von Gutachten ermittelt. Die Wertminderungen folgen den unter dem Punkt „Wertminderungen“ beschriebenen Grundsätzen.

Vorräte

Vorräte sind diejenigen Vermögenswerte, die zum Verkauf im normalen Geschäftsgang gehalten werden, die sich in der Herstellung befinden oder die im Zuge der Herstellung von Produkten bzw. der Erbringung von Dienstleistungen verbraucht werden. Sie sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zum niedrigeren Nettoveräußerungswert bewertet. Wertberichtigungen werden für veraltete Vorräte sowie Bestände mit geringer Umschlagshäufigkeit vorgenommen.

Zuwendungen der öffentlichen Hand

Zuwendungen der öffentlichen Hand werden gemäß IAS 20 zu ihrem beizulegenden Zeitwert nur dann erfasst, wenn eine angemessene Sicherheit dafür besteht, dass die damit verbundenen Bedingungen erfüllt und die Zuwendungen gewährt werden. Die Zuwendungen werden erfolgswirksam behandelt und grundsätzlich in den Perioden verrechnet, in denen die Aufwendungen, die sie kompensieren sollen, anfallen. Erfolgen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten, werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sowie Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

Bei den zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten handelt es sich um Vermögenswerte, die in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und deren Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Die Veräußerung muss erwartungsgemäß innerhalb von einem Jahr ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung als abgeschlossener Verkauf in Betracht kommen. Dabei kann es sich um einzelne langfristige Vermögenswerte, um Gruppen von Vermögenswerten (Veräußerungsgruppen), um Unternehmensbestandteile bzw. um ein ausschließlich mit Weiterveräußerungsabsicht erworbenes Tochterunternehmen handeln (aufgegebene Geschäftsbereiche). Verbindlichkeiten, die zusammen mit Vermögenswerten in einer Transaktion abgegeben werden sollen, sind Bestandteil einer Veräußerungsgruppe oder eines aufgegebenen Geschäftsbereichs und werden als „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ ebenfalls gesondert ausgewiesen. Zur Veräußerung bestimmte Vermögenswerte werden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger ist als der Buchwert. Ergebnisse aus der Bewertung einzelner zur Veräußerung stehender Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen werden bis zur endgültigen Veräußerung im Ergebnis aus fortgeführten Geschäftsbereichen ausgewiesen. Gewinne und Verluste aus der Bewertung von zur Veräußerung bestimmten Geschäftsbereichen

mit dem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten werden als Ergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen ausgewiesen. Dies gilt auch für Ergebnisse aus der Geschäftstätigkeit bzw. aus der Veräußerung dieser Unternehmensbereiche.

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Bargeld, Sichteinlagen sowie andere kurzfristige liquide finanzielle Vermögenswerte mit einer ursprünglichen Laufzeit von maximal drei Monaten und sind zum Nennwert angesetzt. Ausgenutzte Kontokorrentkredite werden in der Bilanz als Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gezeigt.

Nicht beherrschende Anteile

Die nicht beherrschenden Anteile stellen die proportionalen Minderheitsanteile am Eigenkapital der Tochterunternehmen dar und werden zum Buchwert angesetzt. Werden Anteile von anderen Gesellschaftern erworben bzw. veräußert, ohne Auswirkung auf das bestehende Beherrschungsverhältnis zu haben, wird dies als Eigenkapitaltransaktion dargestellt. Die Differenz zwischen dem erworbenen bzw. veräußerten anteiligen Nettovermögen von bzw. an andere(n) Gesellschafter(n) und dem Kaufpreis wird direkt mit dem Eigenkapital verrechnet. Bei der Erhöhung der nicht beherrschenden Anteile um das anteilige Nettovermögen wird diesem kein Anteil am Firmenwert zugeordnet.

Aktienbasierte Vergütung für Führungskräfte

Aktienbasierte Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente werden im Zeitpunkt der Gewährung mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Der beizulegende Zeitwert der Verpflichtung wird über den Erdienungszeitraum als Personalaufwand erfasst. Der beizulegende Zeitwert wird bei aktienbasierten Vergütungstransaktionen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente mit international anerkannten Bewertungsverfahren ermittelt.

Die Bewertung der aktienbasierten Vergütung mit Barausgleich (Stock Appreciation Rights, SAR) erfolgt gemäß IFRS 2 auf Basis eines finanzmathematischen Optionspreismodells. Die SAR werden zu jedem Berichtsstichtag und am Erfüllungstag bewertet. Der ermittelte Wert der voraussichtlich ausübbar werdenden SAR wird als Personalaufwand entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung zeiträtterlich erfolgswirksam erfasst. In gleichem Umfang werden Rückstellungen gebildet.

Altersversorgungspläne

In vielen Ländern bestehen Vereinbarungen, nach denen der Konzern seinen Arbeitnehmern Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses gewährt. Dies umfasst Renten (pensions), Kapitalzahlungen bei Renteneintritt und sonstige Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Diese werden im Folgenden Altersversorgung, Pensionen und ähnliche Leistungen oder Pensionen genannt. Es sind leistungsorientierte (defined benefit) und beitragsorientierte (defined contribution) Pläne zu unterscheiden.

LEISTUNGSORIENTIERTE ALTERSVERSORGUNGSPÄNE DES KONZERNS

Die Bewertung der leistungsorientierten Verpflichtungen erfolgt nach der in IAS 19 vorgeschriebenen versicherungsmathematischen Methode der laufenden Einmalprämien (projected unit credit method). Hierbei sind bestimmte versicherungsmathematische Annahmen zu treffen. Die Finanzierung erfolgt in der Mehrzahl der Fälle zumindest teilweise über externe Planvermögen. Verbleibende Nettoschulden werden über Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen finanziert, anzusetzende Nettovermögenswerte gesondert als Pensionsvermögen gezeigt. Beim Ansatz eines Pensionsvermögens ist gegebenenfalls eine Vermögensobergrenze zu beachten. Von den Kostenkomponenten fließt bzw. fließen der Dienstzeitaufwand in den Personalaufwand, der Nettozinsaufwand in das sonstige Finanzergebnis und die Neubewertungen außerhalb der Gewinn- und Verlust-Rechnung in das sonstige Ergebnis.

BEITRAGSORIENTIERTE ALTERSVERSORGUNGSPÄNE FÜR BEAMTE IN DEUTSCHLAND

Die Deutsche Post AG leistet für Beamte in Deutschland aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Beiträge an beitragsorientierte Altersversorgungspläne. Diese werden im Personalaufwand erfasst.

Nach den Vorschriften des Gesetzes zum Personalrecht der Beschäftigten der früheren Deutschen Bundespost (PostPersRG), eingeführt als Art. 4 des Gesetzes zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (PTNeuOG), erbringt die Deutsche Post AG über eine seit Anfang 2001 gemeinsame Postbeamtenversorgungskasse der Postnachfolgeunternehmen, den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (BPS-PT), Versorgungs- und Beihilfeleistungen an im Ruhestand befindliche Mitarbeiter und deren Hinterbliebene, denen aus einem Beamtenverhältnis Versorgungsleistungen zustehen. Anfang 2013 ist die Bundesanstalt für Post und Telekommunikation (BAnstPT) in die Rechte und Pflichten des BPS-PT eingetreten und nimmt seither die Aufgaben der Postbeamtenversorgungskasse wahr. Die Höhe der Zahlungsverpflichtungen der Deutsche Post AG ist in § 16 PostPersRG geregelt. Die Deutsche Post AG ist danach verpflichtet, seit dem Jahr 2000 einen jährlichen Beitrag in Höhe von 33 % der Bruttobezüge ihrer aktiven Beamten und der fiktiven Bruttobezüge der ruhegehaltfähig beurlaubten Beamten an die Postbeamtenversorgungskasse zu zahlen.

Nach § 16 PostPersRG gleicht der Bund Unterschiedsbeträge zwischen laufenden Zahlungsverpflichtungen der Postbeamtenversorgungskasse einerseits und laufenden Zuwendungen der Trägerunternehmen oder anderweitigen Vermögenserträgen andererseits aus und gewährleistet, dass die Postbeamtenversorgungskasse jederzeit in der Lage ist, die gegenüber ihren Trägerunternehmen übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen. Soweit der Bund danach Zahlungen an die Postbeamtenversorgungskasse erbringt, kann er von der Deutsche Post AG keine Erstattung verlangen.

BEITRAGSORIENTIERTE ALTERSVERSORGUNGSPÄNE FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE DES KONZERNS

Die Beiträge an beitragsorientierte Altersversorgungspläne für Arbeiter und Angestellte des Konzerns werden ebenfalls im Personalaufwand erfasst.

Dies beinhaltet auch Beiträge an gemeinschaftliche Altersversorgungspläne mehrerer Arbeitgeber (multi-employer plans), die grundsätzlich als leistungsorientierte Altersversorgungspläne zu charakterisieren sind, insbesondere in den USA und den Niederlanden. Hier stellen die Einrichtungen den teilnehmenden Unternehmen allerdings keine ausreichenden Informationen zur Verfügung, um diese Pläne wie leistungsorientierte Pläne bilanzieren zu können. Aus diesem Grund werden diese Pläne entsprechend den Vorschriften für beitragsorientierte Altersversorgungspläne berücksichtigt.

Hinsichtlich dieser gemeinschaftlichen Altersversorgungspläne in den USA werden Beiträge entrichtet, die auf tariflichen Vereinbarungen zwischen dem Arbeitgeber und der lokalen Gewerkschaft beruhen. Es gibt keine arbeitgeberseitige Verpflichtung gegenüber einem dieser Pläne, die über die normalen vereinbarten Beitragssätze hinausgeht, außer im Falle eines Ausscheidens nach bestimmten Kriterien. Zum Ende des Jahres 2013 gab es mit keinem der gemeinschaftlichen Pläne Vereinbarungen, die über die tariflichen Vereinbarungen zur Festlegung der Beitragssätze hinausgehen. Die erwarteten Arbeitgeberbeiträge an die Versorgungseinrichtungen für das Folgejahr 2014 betragen 23 Mio € (tatsächliche Arbeitgeberbeiträge im Geschäftsjahr 2013 zum Vergleich: 23 Mio €). Einige der Pläne, an denen Deutsche Post DHL beteiligt ist, sind gemäß den Informationen, die die Versorgungseinrichtungen zur Verfügung stellen, unterkapitalisiert. Seitens der Pläne gibt es keine Informationen, die auf eine Änderung der Beitragssätze, die in den tariflichen Vereinbarungen im Berichtsjahr 2013 vereinbart wurden, hinweisen würden. Derzeit entfällt auf Deutsche Post DHL kein wesentlicher Anteil an den Beiträgen an eine der Versorgungseinrichtungen, mit Ausnahme eines Plans, bei dem Deutsche Post DHL den größten Beitragszahler darstellt.

Hinsichtlich eines gemeinschaftlichen Altersversorgungsplans in den Niederlanden werden vom Leitungsorgan der Versorgungseinrichtung mit Beteiligung der niederländischen Zentralbank jährlich kostendeckungsbasierte Beitragssätze festgelegt. Diese Sätze sind für alle beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleich. Es gibt keine arbeitgeberseitige Verpflichtung gegenüber der Versorgungseinrichtung, die über die Entrichtung der festgelegten Beiträge hinausgeht, auch nicht im Falle des Ausscheidens. Eine anschließende Unterkapitalisierung führt letztendlich zur Kürzung der Ansprüche der Begünstigten und/oder zum Ausbleiben von Erhöhungen ihrer Ansprüche. Die erwarteten Arbeitgeberbeiträge an die Versorgungseinrichtung für das Folgejahr 2014 betragen 21 Mio € (tatsächliche Arbeitgeberbeiträge im Berichtsjahr 2013 zum Vergleich: 21 Mio €). Derzeit ist der Plan gemäß den Informationen, die die Versorgungseinrichtung zur Verfügung stellt, nicht unterkapitalisiert. Auf Deutsche Post DHL entfällt kein wesentlicher Anteil an den Beiträgen an die Versorgungseinrichtung.

Sonstige Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen werden für sämtliche am Bilanzstichtag gegenüber Dritten bestehenden rechtlichen oder faktischen Verpflichtungen gebildet, die auf vergangenen Ereignissen beruhen, die zukünftig wahrscheinlich zu einem Abfluss von Ressourcen führen und deren Höhe verlässlich geschätzt werden kann. Sie stellen ungewisse Verpflichtungen dar, die mit dem nach bestmöglicher Schätzung (Best Estimate) ermittelten Betrag angesetzt werden. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden mit Marktzinssätzen, die der Region und dem Zeitraum bis zur Erfüllung entsprechen, abgezinst. Die Zinssätze lagen im Geschäftsjahr zwischen 0,25 % und 11 % (Vorjahr: 0,25 % bis 9,25 %). Effekte aus der Veränderung von Zinssätzen werden im Finanzergebnis ausgewiesen.

Rückstellungen für Restrukturierungsmaßnahmen werden unter Berücksichtigung der oben genannten allgemeinen Ansatzkriterien gebildet, wenn ein detaillierter formaler Restrukturierungsplan erstellt und dieser den betroffenen Parteien mitgeteilt worden ist.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen. Bei den Rückstellungen für bekannte Schäden handelt es sich um geschätzte Beträge für Verpflichtungen aus bekannten Schadenfällen bzw. bekannten Vorfällen, die voraussichtlich zu Schadenfällen werden. Diese bekannten oder voraussichtlichen Schadenfälle sind dem Unternehmen mitgeteilt, jedoch noch nicht vollständig abgewickelt und zur Zahlung vorgelegt worden. Die Rückstellungen für bekannte Schäden basieren auf individuellen Bewertungen von Schadenfällen, die vom Unternehmen oder von dessen Erstversicherern durchgeführt werden. Die Spätschadenrückstellungen basieren auf geschätzten Beträgen für Verpflichtungen aus Vorfällen, die am oder vor dem Bilanzstichtag eintreten und dem Unternehmen bisher nicht mitgeteilt wurden. Diese Rückstellungen beinhalten auch Rückstellungen für mögliche Fehler bei der Erfüllung von Verpflichtungen aus bekannten Schäden. Das Unternehmen führt die Beurteilung künftig zahlbarer Verluste anhand versicherungsmathematischer Methoden selbst durch und gibt darüber hinaus jedes Jahr eine unabhängige versicherungsmathematische Prüfung dieser Beurteilung in Auftrag, um die Angemessenheit seiner Schätzungen zu verifizieren.

Finanzschulden

Finanzschulden werden bei ihrem erstmaligen Ansatz zum beizulegenden Zeitwert, nach Abzug von Transaktionskosten, angesetzt. Als Zeitwert wird der auf einem preiseffizienten und liquiden Markt festgestellte Preis oder ein mittels des im Konzern eingesetzten Treasury-Risk-Management-Systems ermittelter Zeitwert eingesetzt. In den Folgeperioden werden die Finanzschulden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Jede Differenz zwischen Auszahlungsbetrag und Rückzahlungsbetrag wird über die Laufzeit der Ausleihe unter Anwendung der Effektivzinsmethode in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

WANDELANLEIHE AUF AKTIEN DER DEUTSCHE POST AG

Die Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wird aufgrund der vertraglichen Ausgestaltung in eine Eigenkapital- und eine Fremdkapitalkomponente unterteilt. Die Fremdkapitalkomponente wird unter den Finanzschulden (Anleihen) als Verbindlichkeit abzüglich der Emissionskosten passiviert und über die Laufzeit mittels der Effektivzinsmethode auf den Ausgabebetrag aufgezinnt. Der Wert der Call-Option, die der Deutsche Post AG eingeräumt worden ist, um die Anleihe vorzeitig bei Erreichen eines bestimmten Kurses zu kündigen, wird gemäß IFRS 32.31 der Fremdkapitalkomponente zugerechnet. Das Wandlungsrecht ist als Eigenkapitalderivat zu klassifizieren. Es wird in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Bei der Ermittlung des Buchwerts wird dem Wandlungsrecht der Restwert zugewiesen, der sich nach Abzug des getrennt für die Fremdkapitalkomponente ermittelten Betrags vom beizulegenden Zeitwert des gesamten Instruments ergibt. Die anteiligen Transaktionskosten werden in Abzug gebracht.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die übrigen Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Der beizulegende Zeitwert der Verbindlichkeiten entspricht näherungsweise dem Buchwert.

Latente Steuern

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 für temporäre Bewertungsunterschiede zwischen der IFRS-Bilanz und den Steuerbilanzen der Einzelgesellschaften gebildet. Die aktiven latenten Steuern umfassen auch Steuerminderungsansprüche, die sich aus der erwarteten künftigen Nutzung bestehender steuerlicher Verlustvorträge ergeben und deren Realisierung wahrscheinlich ist. Auf die temporären Differenzen zwischen Wertansätzen in der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG wurden unter Beachtung des IAS 12.24 (b) bzw. IAS 12.15 (b) nur insoweit aktive bzw. passive latente Steuern gebildet, wie die Differenzen nach dem 1. Januar 1995 entstanden sind. Auf Wertdifferenzen, die aus der Erstverbuchung in der steuerlichen Eröffnungsbilanz der Deutsche Post AG zum 1. Januar 1995 resultieren, werden keine latenten Steuern gebildet. Weitere Angaben zu den latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge finden sich unter [Textziffer 30](#).

Die latenten Steuern werden gemäß IAS 12 auf Basis der Steuersätze ermittelt, die in den einzelnen Ländern zum Bilanzstichtag gelten oder für den Zeitpunkt angekündigt sind, in dem die latenten Steueransprüche und -schulden realisiert werden. Der für deutsche Konzernunternehmen wie im Vorjahr angewandte Steuersatz in Höhe von 29,8 % setzt sich aus dem Körperschaftsteuersatz zuzüglich des Solidaritätszuschlags sowie einem Gewerbesteuersatz, der als Durchschnitt aus den unterschiedlichen Gewerbesteuersätzen ermittelt wurde, zusammen. Die ausländischen Konzerngesellschaften verwenden bei der Berechnung der latenten Steuerposten ihren individuellen Ertragsteuersatz. Die angewandten Ertragsteuersätze für ausländische Gesellschaften betragen bis zu 38 % (Vorjahr: 41 %).

Ertragsteuern

Die Bewertung der Ertragsteueransprüche bzw. -verpflichtungen erfolgt mit dem Betrag, in dessen Höhe eine Erstattung von der bzw. eine Zahlung an die Steuerbehörde erwartet wird.

Eventualverbindlichkeiten

Eventualverbindlichkeiten stellen zum einen mögliche Verpflichtungen dar, deren tatsächliche Existenz aber erst noch durch das Eintreten eines oder mehrerer ungewisser zukünftiger Ereignisse, die nicht vollständig beeinflusst werden können, bestätigt werden muss. Zum anderen sind darunter bestehende Verpflichtungen zu verstehen, die aber wahrscheinlich zu keinem Vermögensabfluss führen oder deren Vermögensabfluss sich nicht zuverlässig quantifizieren lässt. Die Eventualverbindlichkeiten sind gemäß IAS 37 nicht in der Bilanz zu erfassen, [Textziffer 51](#).

8 Ermessensentscheidungen bei der Anwendung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Aufstellung eines im Einklang mit den IFRS stehenden Konzernabschlusses erfordert Ermessensentscheidungen. Sämtliche Ermessensentscheidungen werden fortlaufend neu bewertet und basieren auf historischen Erfahrungen und Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen. Dies gilt z. B. für Vermögenswerte, die veräußert werden sollen. Hier ist zu bestimmen, ob sie in ihrem gegenwärtigen Zustand veräußert werden können und ihre Veräußerung sehr wahrscheinlich ist. Ist das der Fall, sind die Vermögenswerte und die zugehörigen Schulden als „Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte“ bzw. „Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten“ auszuweisen und zu bewerten.

Schätzungen und Beurteilungen des Managements

Die Aufstellung des Konzernabschlusses nach IFRS erfordert vom Management, in einem bestimmten Umfang Annahmen zu treffen und Schätzungen vorzunehmen, die sich auf den Wertansatz der bilanzierten Vermögenswerte und Schulden, der Erträge und Aufwendungen sowie die Angaben der Eventualverbindlichkeiten auswirken können. Hauptanwendungsbereiche für Annahmen, Schätzungen und Ausübungen von Ermessensspielräumen finden sich z. B. bei der Bildung von Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen, bei der Ermittlung abgezinster Cashflows im Rahmen von Werthaltigkeitstests und Kaufpreisallokationen, Steuern und Rechtsverfahren.

Angaben zu den Annahmen im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Pensionsplänen des Konzerns finden sich unter [Textziffer 44](#).

Der Konzern ist weltweit tätig und unterliegt den örtlichen Steuergesetzen. Das Management hat zur Berechnung tatsächlicher und latenter Steuern in den jeweiligen Ländern einen Beurteilungsspielraum. Obwohl das Management davon ausgeht, eine vernünftige

Einschätzung steuerlicher Unwägbarkeiten getroffen zu haben, kann nicht zugesichert werden, dass sich der tatsächliche Ausgang solcher steuerlicher Unwägbarkeiten mit der ursprünglichen Einschätzung deckt. Eine Abweichung der tatsächlichen Ergebnisse von dieser Einschätzung könnte in der jeweiligen Periode, in der die Angelegenheit endgültig entschieden wird, Auswirkungen auf die Steuerverbindlichkeiten und die latenten Steuern haben. Die angesetzten aktiven latenten Steuern könnten sich verringern, falls die Einschätzungen der geplanten steuerlichen Einkommen oder der durch Steuerstrategien zur Verfügung stehenden erzielbaren Steuervorteile gesenkt werden oder falls Änderungen der aktuellen Steuergesetzgebung den Umfang der Realisierbarkeit künftiger Steuervorteile beschränken.

Als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen entstehen regelmäßig Firmenwerte in der Bilanz des Konzerns. Bei der Erstkonsolidierung eines Erwerbs sind alle identifizierbaren Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten zu beizulegenden Zeitwerten zum Erwerbsstichtag anzusetzen. Eine der wesentlichsten Schätzungen bezieht sich dabei auf die Bestimmung der zum Erwerbsstichtag beizulegenden Zeitwerte dieser Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung werden in der Regel durch unabhängige Gutachter bewertet, während marktgängige Wertpapiere zum Börsenpreis angesetzt werden. Falls immaterielle Vermögenswerte identifiziert werden, kann in Abhängigkeit von der Art des immateriellen Vermögenswerts und der Komplexität der Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts auf das Gutachten eines unabhängigen externen Bewertungsgutachters zurückgegriffen werden, der den beizulegenden Zeitwert unter Verwendung einer angemessenen Bewertungsmethodik ermittelt, deren Basis üblicherweise die künftig erwarteten Cashflows sind. Diese Bewertungen sind außer von den Annahmen über die Entwicklung künftiger Cashflows auch wesentlich beeinflusst von den verwendeten Diskontierungszinssätzen.

Der Werthaltigkeitstest für Firmenwerte basiert auf zukunftsbezogenen Annahmen. Der Konzern führt diese Tests jährlich durch und zusätzlich bei Anlässen, bei denen ein Anhaltspunkt dafür vorliegt, dass eine Wertminderung der Firmenwerte eingetreten ist. Dann ist der erzielbare Betrag der CGU zu ermitteln. Dieser entspricht dem höheren Wert von beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten und Nutzungswert. Die Bestimmung des Nutzungswerts beinhaltet die Vornahme von Anpassungen und Schätzungen bezüglich der Prognose und Diskontierung der künftigen Cashflows. Obwohl das Management davon ausgeht, dass die zur Berechnung des erzielbaren Betrags verwendeten Annahmen angemessen sind, könnten etwaige unvorhersehbare Veränderungen dieser Annahmen – z. B. Verringerung der EBIT-Marge, Anstieg der Kapitalkosten oder Rückgang der langfristigen Wachstumsrate – zu einem Wertminderungsaufwand führen, der die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nachteilig beeinflussen könnte.

Unter **Textziffer 53** werden anhängige Rechtsverfahren des Konzerns ausgewiesen, deren Ausgang einen wesentlichen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten. Das Management analysiert regelmäßig die aktuellen Informationen zu diesen Fällen und bildet Rückstellungen für wahrscheinliche Verpflichtungen einschließlich der geschätzten Rechtskosten. Für die Beurteilung werden interne und externe Rechtsanwälte hinzugezogen. Im Rahmen der Entscheidung über die Notwendigkeit einer Rückstellung berücksichtigt das Management die Wahrscheinlichkeit eines ungünstigen Ausgangs und die Möglichkeit, die Höhe der Verpflichtung ausreichend verlässlich zu schätzen. Die Erhebung einer Klage oder die formale Geltendmachung eines Anspruchs gegen den Konzern oder die Angabe eines Rechtsstreits im Anhang bedeuten nicht automatisch, dass eine Rückstellung für das betreffende Risiko gebildet wurde.

Sämtliche Annahmen und Schätzungen basieren auf den Verhältnissen und Beurteilungen am Bilanzstichtag. Bei der Einschätzung der künftigen Geschäftsentwicklung wurde außerdem das zu diesem Zeitpunkt als realistisch unterstellte künftige wirtschaftliche Umfeld in den Branchen und Regionen, in denen der Konzern tätig ist, berücksichtigt. Durch die Entwicklungen dieser Rahmenbedingungen, die von den Annahmen abweichen, können sich die tatsächlichen Beträge von den Schätzwerten unterscheiden. In solchen Fällen werden die Annahmen und, falls erforderlich, die Buchwerte der betroffenen Vermögenswerte und Schulden entsprechend angepasst.

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Konzernabschlusses ist nicht von einer wesentlichen Änderung der zugrunde gelegten Annahmen und Schätzungen auszugehen, sodass aus gegenwärtiger Sicht keine wesentliche Anpassung der angesetzten Vermögenswerte und Schulden im Geschäftsjahr 2014 zu erwarten ist.

9 Konsolidierungsmethoden

Grundlage für den Konzernabschluss sind die nach einheitlichen Regeln zum 31. Dezember 2013 erstellten IFRS-Abschlüsse der Deutsche Post AG und ihrer einbezogenen Tochterunternehmen, Gemeinschaftsunternehmen sowie assoziierten Unternehmen.

Für in den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen wird die Kapitalkonsolidierung nach der Erwerbsmethode durchgeführt. Die Anschaffungskosten des Erwerbs entsprechen dem beizulegenden Zeitwert der hingegebenen Vermögenswerte, der ausgegebenen Eigenkapitalinstrumente und der übernommenen Schulden zum Transaktionszeitpunkt. Anschaffungsnebenkosten werden aufwandswirksam erfasst. Bedingte Kaufpreisbestandteile (Contingent Considerations) werden zum Erstkonsolidierungszeitpunkt zum beizulegenden Zeitwert erfasst.

Gemeinschaftsunternehmen werden gemäß IAS 31 auf quotaler Basis einbezogen. Die Vermögenswerte und Schulden sowie Erträge und Aufwendungen der gemeinschaftlich geführten Unternehmen gehen entsprechend der Anteilsquote an diesen Unternehmen in den Konzernabschluss ein. Die quotale Kapitalkonsolidierung und die Behandlung von Firmenwerten erfolgen analog der Vorgehensweise bei der Einbeziehung von Tochterunternehmen.

Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen), werden nach der Equity-Methode in Form der Buchwertmethode bewertet. Vorhandene Firmenwerte sind Bestandteile des Beteiligungsansatzes.

Bei einem sukzessiven Erwerb wird der zuvor gehaltene Eigenkapitalanteil zu dem zum Erwerbszeitpunkt geltenden Zeitwert neu bestimmt und der daraus resultierende Gewinn oder Verlust in der Gewinn- und Verlust-Rechnung erfasst.

Die Umsätze, die sonstigen betrieblichen Erträge und die Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten bzw. Rückstellungen zwischen den voll- bzw. quotall konsolidierten Unternehmen werden eliminiert. Zwischenergebnisse aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen, die nicht durch Veräußerung an Dritte realisiert sind, werden herausgerechnet. Unrealisierte Gewinne und Verluste aus Geschäftsvorfällen mit assoziierten Unternehmen werden anteilig eliminiert.

SEGMENTBERICHTERSTATTUNG


10 Segmentberichterstattung

Segmente nach Unternehmensbereichen

MIO €	BRIEF		EXPRESS		GLOBAL FORWARDING, FREIGHT		SUPPLY CHAIN		Corporate Center/ Anderes		Konsolidierung		Konzern	
	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013
1. Jan. bis 31. Dez.	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013
Außenumsatz	13.874	14.344	12.378	12.332	14.980	14.151	14.229	14.187	51	71	0	0	55.512	55.085
Innenumsatz	98	108	400	380	686	687	111	90	1.152	1.180	-2.447	-2.445	0	0
Umsatzerlöse gesamt	13.972	14.452	12.778	12.712	15.666	14.838	14.340	14.277	1.203	1.251	-2.447	-2.445	55.512	55.085
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	1.048	1.226	1.110	1.133	514	483	419	441	-423	-421	-3	-1	2.665	2.861
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	0	0	0	0	2	2	0	0	0	0	0	0	2	2
Segmentvermögen	4.433	4.670	8.684	8.721	7.951	7.659	6.264	5.974	1.322	1.491	-215	-105	28.439	28.410
Anteile an assoziierten Unternehmen	0	0	28	28	18	20	0	0	0	0	0	0	46	48
Segment- verbindlichkeiten ²	2.505	2.492	2.547	2.915	2.950	2.929	2.825	2.908	797	845	-120	-112	11.504	11.977
Capex	332	434	597	508	150	129	300	277	318	407	0	0	1.697	1.755
Planmäßige Abschreibungen	333	346	382	386	111	92	286	270	199	209	0	0	1.311	1.303
Wertminderungen	1	12	18	22	0	0	2	0	7	4	0	0	28	38
Abschreibungen gesamt	334	358	400	408	111	92	288	270	206	213	0	0	1.339	1.341
Sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen	306	273	277	256	77	87	126	107	57	115	1	0	844	838
Mitarbeiter ³	146.923	149.692	84.623	84.986	43.590	44.174	140.193	143.761	12.958	12.907	0	0	428.287	435.520

Informationen über geografische Regionen

MIO €	Deutschland		Europa (ohne Deutschland)		Amerikas		Asien-Pazifik		Übrige Regionen		Konzern	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
1. Jan. bis 31. Dez.	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Außenumsatz	16.825	17.074	17.840	17.628	9.819	9.563	8.619	8.526	2.409	2.294	55.512	55.085
Langfristige Vermögenswerte	4.759	5.125	7.228	7.015	3.408	3.244	3.227	3.025	332	332	18.954	18.741
Capex	979	1.128	259	227	259	180	160	165	40	55	1.697	1.755

¹ Angepasste Vorjahreszahlen,  Textziffer 4

² Inklusive unverzinslicher Rückstellungen

³ Im Durchschnitt (Teilzeitkräfte auf Vollzeitkräfte umgerechnet)

10.1 Erläuterungen zur Segmentberichterstattung

Deutsche Post DHL berichtet über vier operative Segmente, die entsprechend der Art der angebotenen Produkte und Dienstleistungen, Marken, Vertriebswege und Kundenprofile eigenständig von segmentverantwortlichen Gremien geführt werden. Die Bestimmung von Unternehmensbestandteilen als Geschäftssegment basiert auf der Existenz von ergebnisverantwortlichen Segmentmanagern, die direkt an das oberste Führungsgremium von Deutsche Post DHL berichten.

Der Außenumsatz repräsentiert den Umsatz der Unternehmensbereiche mit Konzernexternen. Der Innenumsatz zeigt die Umsätze mit anderen Unternehmensbereichen. Existieren für intern angebotene Dienstleistungen oder Produkte vergleichbare externe Marktpreise, werden diese Marktpreise oder marktorientierte Preise als interner Verrechnungspreis herangezogen (At-Arms-Length-Prinzip). Den Verrechnungspreisen für nicht marktfähige Leistungen liegen grundsätzlich inkrementelle Kosten zugrunde.

Die Aufwendungen für die in den IT-Service-Centern erbrachten IT-Dienstleistungen werden verursachungsgemäß den Unternehmensbereichen belastet. Zusätzliche Aufwendungen, die aus der Universaldienstleistungsverpflichtung für Postdienstleistungen der Deutsche Post AG (flächendeckendes Filialnetz, werktägliche Zustellung) und der Übernahme der Vergütungsstruktur als Rechtsnachfolgerin der Deutschen Bundespost resultieren, werden im Unternehmensbereich BRIEF berücksichtigt.

Im Rahmen des zentralen Managements von Währungsrisiken werden die Währungsschwankungen zwischen Plan- und Ist-Kursen zentral von Corporate Treasury auf Grundlage unternehmensbereichsspezifischer Vereinbarungen ganz oder teilweise übernommen.

In Übereinstimmung mit der internen Berichterstattung wird die Capital Expenditure (Capex) ausgewiesen. Hierbei werden die Zugänge zu den immateriellen Vermögenswerten (ohne Firmenwerte) und Sachanlagen ausgewiesen. Die Abschreibungen betreffen das den einzelnen Unternehmensbereichen zugeordnete Segmentvermögen. Zu den sonstigen nicht zahlungswirksamen Aufwendungen zählen im Wesentlichen die Aufwendungen aus der Bildung von Rückstellungen.

Die Profitabilität der Geschäftsbereiche des Konzerns wird mit dem Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT) gemessen.

Der dominierenden Organisationsstruktur des Konzerns entsprechend, orientiert sich die primäre Berichterstattung an den Unternehmensbereichen. Folgende Unternehmensbereiche werden im Konzern unterschieden:

10.2 Segmente nach Unternehmensbereichen

BRIEF

Neben dem Transport und der Zustellung schriftlicher Kommunikation versteht sich der Unternehmensbereich BRIEF als umfassender Dienstleister für das Management schriftlicher Mitteilungen. Er ist in folgende Geschäftsfelder aufgeteilt: Brief Kommunikation, Dialog Marketing, Presse Services, Paket Deutschland, Global Mail, Filialen und Renten-Service.

EXPRESS

Der Unternehmensbereich EXPRESS bietet Geschäfts- und Privatkunden internationale und nationale Kurier- und Expressdienstleistungen an. Er ist in die Geschäftsfelder Express Europe, Express Americas, Express Asia Pacific und Express MEA (Middle East and Africa) eingeteilt.

GLOBAL FORWARDING, FREIGHT

Der Unternehmensbereich GLOBAL FORWARDING, FREIGHT beinhaltet den Schienen-, Straßen-, Luft- und Seetransport von Gütern. Die Geschäftsfelder heißen Global Forwarding und Freight.

SUPPLY CHAIN

Der Unternehmensbereich ist spezialisiert auf Kontraktlogistik und bietet Lager- und Transportdienstleistungen sowie Mehrwertleistungen entlang der gesamten Lieferkette verschiedener Sektoren. Weiterhin werden Gesamtlösungen für das Informations- und Kommunikationsmanagement in Unternehmen angeboten. Die Geschäftsfelder umfassen Supply Chain sowie Williams Lea.

Zusätzlich zu den oben genannten berichtspflichtigen Segmenten werden in der Segmentberichterstattung noch folgende Kategorien dargestellt:

Corporate Center/Anderes

Dieser Bereich umfasst die Global Business Services (GBS), das Corporate Center, Tätigkeiten aus dem nicht operativen Bereich sowie andere Geschäftstätigkeiten. Das Ergebnis von GBS wird auf die operativen Segmente verteilt, Vermögen und Verbindlichkeiten verbleiben bei GBS (asymmetrische Verteilung).

Konsolidierung

Die Daten zu den Unternehmensbereichen werden nach Konsolidierung der Beziehungen innerhalb der Unternehmensbereiche dargestellt. Die Beziehungen zwischen den Unternehmensbereichen werden in der Spalte Konsolidierung eliminiert.

10.3 Informationen über geografische Bereiche

Die wesentlichen geografischen Regionen, in denen der Konzern tätig ist, sind Deutschland, Europa, Amerikas, Asien-Pazifik und übrige Regionen. Für diese Regionen werden Außenumsätze, langfristige Vermögenswerte sowie die Capex dargestellt. Die Zuordnung der Umsätze, der Vermögenswerte sowie der Capex zu den einzelnen Regionen erfolgt nach dem Sitz der berichtenden Gesellschaft. Die langfristigen Vermögenswerte umfassen im Wesentlichen die immateriellen Vermögenswerte, Sachanlagen sowie sonstige langfristige Vermögenswerte.

10.4 Überleitung der Segmentzahlen

Überleitung der Segment- auf Konzernzahlen

Überleitung

MIO €	Summe der berichtspflichtigen Segmente		Corporate Center/Anderes		Überleitung zum Konzern/ Konsolidierung		Konzernwert	
	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013	2012 ¹	2013
Außenumsatz	55.461	55.014	51	71	0	0	55.512	55.085
Innenumsatz	1.295	1.265	1.152	1.180	-2.447	-2.445	0	0
Umsatzerlöse gesamt	56.756	56.279	1.203	1.251	-2.447	-2.445	55.512	55.085
Sonstige betriebliche Erträge	1.966	1.822	1.420	1.358	-1.218	-1.219	2.168	1.961
Materialaufwand	-33.161	-32.492	-1.294	-1.308	2.592	2.588	-31.863	-31.212
Personalaufwand	-16.845	-16.812	-944	-983	19	10	-17.770	-17.785
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-4.492	-4.386	-602	-526	1.051	1.065	-4.043	-3.847
Abschreibungen	-1.133	-1.128	-206	-213	0	0	-1.339	-1.341
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (EBIT)	3.091	3.283	-423	-421	-3	-1	2.665	2.861
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	2	0	0	0	0	2	2
Sonstiges Finanzergebnis	-	-	-	-	-	-	-458	-291
Ergebnis vor Ertragsteuern	-	-	-	-	-	-	2.209	2.572
Ertragsteuern	-	-	-	-	-	-	-447	-361
Konzernjahresergebnis	-	-	-	-	-	-	1.762	2.211
davon entfielen auf								
Aktionäre der Deutsche Post AG	-	-	-	-	-	-	1.640	2.091
Nicht beherrschende Anteile	-	-	-	-	-	-	122	120

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung des Gesamtvermögens von Deutsche Post DHL auf das Segmentvermögen. Dabei werden die finanziellen Vermögenswerte, die Ertragsteueransprüche, die latenten Steuern, die flüssigen Mittel und Zahlungsmitteläquivalente sowie weitere verzinsliche Bestandteile der Vermögenswerte in Abzug gebracht.

Überleitung Segmentvermögen

MIO €	2012 ¹	2013
Bilanzsumme	33.857	35.478
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	-43	-33
Langfristige finanzielle Vermögenswerte inkl. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	-1.085	-1.172
Sonstige langfristige Vermögenswerte	-200	-125
Aktive latente Steuern	-1.328	-1.327
Ertragsteueransprüche	-127	-168
Forderungen und sonstige kurzfristige Vermögenswerte	-10	-7
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-225	-819
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	-2.400	-3.417
Segmentvermögen	28.439	28.410
davon Corporate Center/Anderes	1.322	1.491
Summe der berichtspflichtigen Segmente	27.332	27.024
Konsolidierung	-215	-105

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4

Die folgende Tabelle zeigt die Überleitung der Gesamtverbindlichkeiten von Deutsche Post DHL auf die Segmentverbindlichkeiten. Dabei werden die verzinslichen Bestandteile der Rückstellungen und Verbindlichkeiten sowie die Ertragsteuerpflichtungen und latenten Steuern in Abzug gebracht.

Überleitung Segmentverbindlichkeiten

MIO €	2012 ¹	2013
Bilanzsumme	33.857	35.478
Eigenkapital	-9.228	-10.048
Konzernschulden	24.629	25.430
Langfristige Rückstellungen	-7.315	-6.715
Langfristige Verbindlichkeiten	-4.689	-4.839
Kurzfristige Rückstellungen	-182	-143
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-939	-1.756
Segmentverbindlichkeiten	11.504	11.977
davon Corporate Center/Anderes	797	845
Summe der berichtspflichtigen Segmente	10.827	11.244
Konsolidierung	-120	-112

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND-VERLUST-RECHNUNG

11 Umsatzerlöse

MIO €	2012	2013
Umsatzerlöse	55.512	55.085

Die Umsatzerlöse sind gegenüber dem Vorjahr um 427 MIO € bzw. 0,8 % auf 55.085 MIO € gesunken. Die Verringerung resultiert aus folgenden Faktoren:

Faktoren der Umsatzveränderung

MIO €	2013
Organisches Wachstum	1.548
Portfolioänderungen ¹	-287
Währungseffekte	-1.738
Sonstige Faktoren ²	50
Gesamt	-427

¹ Erläuterungen, [Textziffer 2](#)

² [Textziffer 45.1](#), Entwicklung Postwertzeichenrückstellung

Im Geschäftsjahr 2013, wie auch im Vorjahr, entstanden keine Umsatzerlöse, denen ein Tauschgeschäft zugrunde lag.

Die weitere Aufteilung der Umsatzerlöse nach Unternehmensbereichen sowie die Zuordnung der Umsatzerlöse zu geografischen Regionen ist der Segmentberichterstattung zu entnehmen.

12 Sonstige betriebliche Erträge

MIO €	2012	2013
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	396	206
Versicherungserträge	172	191
Erträge aus Währungsumrechnungsdifferenzen	178	155
Erlöse aus Leasing, Verpachtung und Vermietung	144	136
Erträge aus Vergütungen und Erstattungen	145	133
Abgangserträge aus dem Anlagevermögen	127	112
Provisionserträge	119	105
Erträge aus der Neubewertung von Verbindlichkeiten	193	101
Erträge aus aktivierten Eigenleistungen	105	88
Erträge aus der Neubewertung von Vermögenswerten und Forderungen	92	85
Erträge aus periodenfremden Abrechnungen	44	71
Erträge aus Derivaten	11	66
Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten	20	31
Erträge aus Schadenersatz	24	25
Erträge aus Zahlungseingängen auf abgeschriebene Forderungen	13	17
Zuschüsse	9	8
Erträge aus handelsbezogenen Versicherungsrabatten	6	6
Übrige Erträge	370	425
Sonstige betriebliche Erträge	2.168	1.961

Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Erträge beruht zum großen Teil auf den gesunkenen Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen. Im Vorjahr waren die Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Wesentlichen durch geänderte Einschätzungen für im Rahmen der Restrukturierungsmaßnahmen in den USA übernommene Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen beeinflusst.

Die Abgangserträge aus dem Anlagevermögen enthalten mit 31 MIO € die Entkonsolidierungsgewinne aus den Verkäufen von Tochtergesellschaften, [Textziffer 2](#).

Die im Vorjahr höheren Erträge aus der Neubewertung von Verbindlichkeiten betrafen im Wesentlichen die Auflösung von nicht mehr benötigten abgegrenzten Verbindlichkeiten.

Die Zuschüsse betreffen die Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögenswerten. Dabei werden die Zuwendungen passivisch abgegrenzt und über die Nutzungsdauer der Vermögenswerte als Ertrag erfasst.

In den übrigen Erträgen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

13 Materialaufwand

MIO €	2012	2013
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		
Bezogene Handelswaren	1.779	1.829
Flugzeugtreibstoffe	1.364	1.312
Heiz- und Kraftstoffe	871	848
Packmaterial	351	364
Ersatzteile und Reparaturmaterialien	80	88
Büromaterialien	60	65
Sonstige Aufwendungen	123	121
	4.628	4.627
Aufwendungen für bezogene Leistungen		
Transportkosten	18.835	18.268
Leistungen für Fremdarbeitskräfte	2.015	2.005
Aufwendungen aus unkündbaren Mietverträgen	1.730	1.696
Aufwendungen für Instandhaltungen	965	969
IT-Leistungen	611	603
Aufwendungen aus kündbaren Mietverträgen	545	551
Aufwendungen für Provisionen	456	467
Aufwendungen aus Nutzung der Postbank-Filialen	430	409
Andere Aufwendungen aus Mietverträgen (Nebenkosten)	254	261
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.394	1.356
	27.235	26.585
Materialaufwand	31.863	31.212

Die Verringerung des Materialaufwands beruht im Wesentlichen auf den gesunkenen Transportkosten infolge von Wechselkurseffekten.

In den sonstigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

14 Personalaufwand/Mitarbeiter

MIO €	2012	2013
Entgelte ¹	14.209	14.307
davon Aufwendungen aus Share Matching Scheme	91	82
davon Aufwendungen aus SAR-Plan 2006/LTIP	143	202
Soziale Abgaben	2.094	2.111
Aufwendungen für Altersversorgung ¹	954	883
Aufwendungen für sonstige Leistungen an Arbeitnehmer	336	357
Aufwendungen für Abfindungen	177	127
Personalaufwand	17.770	17.785

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4

Der Anstieg der Entgeltzahlungen aufgrund gestiegener Mitarbeiterzahlen sowie höherer Personalkosten wurde durch Währungskurseffekte kompensiert.

Von den Aufwendungen aus dem Share Matching Scheme entfallen 62 MIO € (Vorjahr: 72 MIO €) auf aktienbasierte Vergütung mit Barausgleich. Dieser Betrag entspricht der Verpflichtung zum Bilanzstichtag. Darüber hinaus entfallen 20 MIO € (Vorjahr: 19 MIO €) auf Vergütung mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente.

Den überwiegenden Teil der Aufwendungen für Personal stellen die Entgelte dar, die die Löhne, Gehälter, Bezüge und alle sonstigen Vergütungen für im Geschäftsjahr geleistete Arbeiten der Mitarbeiter des Konzerns umfassen. Unter den sozialen Abgaben werden die vom Unternehmen zu tragenden gesetzlichen Pflichtabgaben, insbesondere die Beiträge zur Sozialversicherung, ausgewiesen.

Die Aufwendungen für Altersversorgung umfassen zum einen den Dienstzeitaufwand im Zusammenhang mit leistungsorientierten Altersversorgungsplänen. Nähere Angaben hierzu finden sich unter Textziffer 44. Zum anderen sind Aufwendungen durch Beiträge für beitragsorientierte Altersversorgungspläne enthalten, und zwar für Beamte in Deutschland in Höhe von 538 MIO € (Vorjahr: 542 MIO €) sowie für Arbeiter und Angestellte des Konzerns – insbesondere in Großbritannien, den USA und den Niederlanden – in Höhe von 286 MIO € (Vorjahr: 238 MIO €).

Im Berichtsjahr waren im Konzern nach Personengruppen differenziert durchschnittlich beschäftigt:

Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt		
Kopfzahl	2012	2013
Arbeitnehmer	424.950	433.956
Beamte	42.461	40.321
Auszubildende	4.910	4.935
Mitarbeiter	472.321	479.212

Für Gesellschaften, die während des Geschäftsjahres hinzugekommen oder abgegangen sind, wurde das Personal zeitanteilig einbezogen. Auf Vollzeitkräfte umgerechnet betrug die Zahl der Be-

schäftigten zum 31. Dezember 2013 435.285 Personen (31. Dezember 2012: 428.129 Personen). Die Mitarbeiterzahl der einbezogenen Gemeinschaftsunternehmen betrug quotiert 163 (Vorjahr: 169).

15 Abschreibungen

MIO €	2012	2013
Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte ohne Wertminderungen Firmenwerte	295	290
Abschreibungen auf Sachanlagen		
Grundstücke und Bauten (inklusive Mietereinbauten)	180	174
Technische Anlagen und Maschinen	242	252
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Fuhrpark	420	409
Flugzeuge	202	215
	1.044	1.050
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	1
	1.339	1.341
Wertminderungen Firmenwerte	0	0
Abschreibungen	1.339	1.341

Die Abschreibungen sind gegenüber dem Vorjahr um 2 MIO € auf 1.341 MIO € gestiegen. Darin sind 38 MIO € (Vorjahr: 28 MIO €) Wertminderungen enthalten. Auf Segmentebene stellen sie sich wie folgt dar:

Wertminderungen des langfristigen Vermögens

MIO €	2012	2013
BRIEF	1	12
Immaterielle Vermögenswerte	0	12
Sachanlagen	1	0
EXPRESS	18	22
Sachanlagen	18	22
davon technische Anlagen und Maschinen	0	3
davon Flugzeuge	18	19
SUPPLY CHAIN	2	0
Immaterielle Vermögenswerte	1	0
Sachanlagen	1	0
davon technische Anlagen und Maschinen	1	0
Corporate Center/Anderes	7	4
Immaterielle Vermögenswerte	0	3
Sachanlagen	7	0
davon Grundstücke und Bauten	7	0
Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	0	1
Wertminderungen	28	38

Der größte Teil der Wertminderungen entfällt wie im Vorjahr im Wesentlichen auf Flugzeuge, die nicht mehr genutzt werden.

16 Sonstige betriebliche Aufwendungen

MIO €	2012	2013
Aufwendungen für Werbung und Public Relations	341	341
Fremdleistungen für Reinigung und Überwachung	315	321
Reise- und Bildungskosten	344	315
Sonstige betriebliche Steuern	550	301
Aufwendungen aus Versicherungen	240	271
Garantieleistungen und Entschädigungen	237	259
Wertberichtigungen kurzfristiges Vermögen	198	226
Aufwendungen für Telekommunikation	227	220
Büromaterial	172	180
Beratungskosten	206	177
Aufwendungen aus Währungsumrechnungsdifferenzen	181	156
Repräsentations- und Bewirtungskosten	144	147
Abrechnung mit der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation	87	93
Verluste aus Abgängen von Vermögenswerten	59	87
Freiwillige soziale Leistungen	78	80
Beiträge und Gebühren	69	75
Aufwendungen für Provisionsleistungen	68	70
Rechtsberatungskosten	66	61
Kosten des Geldverkehrs	38	40
Prüfungskosten	32	33
Aufwendungen aus periodenfremden Abrechnungen	28	29
Aufwendungen aus Derivaten	56	20
Spenden	19	20
Übrige Aufwendungen	288	325
Sonstige betriebliche Aufwendungen	4.043	3.847

Die Verringerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen beruht im Wesentlichen auf den gesunkenen betrieblichen Steuern. Im Vorjahr enthielten diese die Umsatzsteuernachzahlung für steuerrechtliche Sachverhalte des Zeitraums 1998 bis 30. Juni 2010.

In den Abgangsverlusten von Vermögenswerten ist mit 23 MIO € der Entkonsolidierungsverlust aus dem Verkauf des Fashion-Logistikgeschäfts der DHL Fashion France SAS enthalten, [Textziffer 2](#).

In den übrigen Aufwendungen ist eine Vielzahl von kleineren Einzelsachverhalten enthalten.

Andere Steuern als die von Einkommen und Ertrag werden entweder unter den zugehörigen Aufwandsposten oder, soweit eine individuelle Zuordnung nicht möglich ist, unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen.

17 Ergebnis aus assoziierten Unternehmen

MIO €	2012	2013
Ergebnis aus assoziierten Unternehmen	2	2

Aus den Beteiligungen an Unternehmen, auf die ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann und die nach der Equity-Methode zu konsolidieren sind, resultiert ein Beitrag zum Finanzergebnis in Höhe von 2 MIO € (Vorjahr: 2 MIO €). Wie im Vorjahr handelt es sich hierbei im Wesentlichen um den Ergebnisbeitrag der Danzas AEI Emirates LLC, Vereinigte Arabische Emirate.

18 Sonstiges Finanzergebnis

MIO €	2012	2013
Sonstige Finanzerträge		
Zinserträge	48	92
Erträge aus sonstigen Beteiligungen und finanziellen Vermögenswerten	6	14
Erträge aus dem Abgang von assoziierten Unternehmen	541	0
Sonstige Finanzerträge	62	76
	657	182
Sonstige Finanzaufwendungen		
Zinsaufwendungen ¹	-671	-365
davon aus der Aufzinsung von Nettopensionsrückstellungen und sonstigen Rückstellungen ¹	-381	-187
Abschreibungen auf finanzielle Vermögenswerte	-35	-26
Sonstige Finanzaufwendungen	-372	-40
	-1.078	-431
Fremdwährungsergebnis	-37	-42
Sonstiges Finanzergebnis	-458	-291

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, [Textziffer 4](#)

Das sonstige Finanzergebnis verbesserte sich um 167 MIO € auf -291 MIO €. Die Veränderung der Finanzerträge beruht auf dem im Vorjahreszeitraum enthaltenen Abgangseffekt der Deutsche Postbank AG in Höhe von 541 MIO €. Erhöhend wirkten sich im Geschäftsjahr die Zinserträge aus der Auflösung einer Rückstellung für Zinsen auf Steuerverbindlichkeiten aus.


Die gesunkenen Finanzaufwendungen enthielten im Vorjahr die Zinsaufwendungen aus der Umsatzsteuernachzahlung. Weiterhin konnten im Geschäftsjahr 2013 die geringeren Zinsaufwendungen für Pensionen und sonstigen Rückstellungen insbesondere aufgrund niedrigerer Zinssätze zur Verbesserung des Finanzergebnisses beitragen.

Im Finanzergebnis sind Zinserträge in Höhe von 92 MIO € (Vorjahr: 48 MIO €) sowie Zinsaufwendungen in Höhe von 365 MIO € (Vorjahr angepasst: 671 MIO €) enthalten. Sie resultieren aus finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertet wurden.

Weitere Informationen zur Aufzinsung der Nettopensionsrückstellungen finden sich unter [Textziffer 44.5](#).

19 Ertragsteuern


MIO €	2012	2013
Laufende Ertragsteueraufwendungen	-591	-604
Laufende Ertragsteuererstattungen	4	198
	-587	-406
Latenter Steueraufwand aus temporären Wertdifferenzen ¹	-47	-87
Latenter Steuerertrag aus steuerlichen Verlustvorträgen	187	132
	140	45
Ertragsteuern	-447	-361

¹ Angepasste Vorjahreszahlen,  Textziffer 4

Ausgehend vom Konzernjahresergebnis vor Ertragsteuern und der rechnerischen Ertragsteuer gestaltet sich die Überleitung auf den tatsächlichen Ertragsteueraufwand wie folgt:

Überleitungsrechnung

MIO €	2012	2013
Ergebnis vor Ertragsteuern ¹	2.209	2.572
Rechnerische Ertragsteuer	-658	-766
Auf Initial Differences nicht gebildete aktive latente Steuern	6	20
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern inländischer Konzerngesellschaften	105	242
Auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildete aktive latente Steuern ausländischer Konzerngesellschaften	141	51
Effekt für laufende Steuern aus Vorjahren	-70	113
Steuerfreie Erträge und nicht abziehbare Ausgaben	-42	-87
Steuersatzdifferenzen ausländischer Unternehmen	71	66
Ertragsteuern	-447	-361

¹ Angepasste Vorjahreszahlen,  Textziffer 4

Der Unterschied aus auf Initial Differences nicht gebildeten aktiven latenten Steuern gründet auf temporären Differenzen zwischen der IFRS- und der Steuerbilanz der Deutsche Post AG, die aus abweichenden Wertansätzen in der steuerlichen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 1995 resultieren (Initial Differences). Gemäß IAS 12.15 (b) und IAS 12.24 (b) hat der Konzern keine aktiven latenten Steuern auf diese temporären Differenzen, die im Wesentlichen das Sachanlagevermögen, die Pensionsrückstellungen und ähnliche Verpflichtungen betrafen, gebildet. Die verbleibenden temporären Differenzen zwischen den IFRS-Bilanzansätzen und den Wertansätzen, basierend auf der steuerlichen Eröffnungsbilanz, belaufen sich zum 31. Dezember 2013 noch auf 366 MIO € (Vorjahr: 434 MIO €).

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern inländischer Konzerngesellschaften betreffen im Wesentlichen die Deutsche Post AG und deren Organgesellschaften. Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern ausländischer Gesellschaften resultieren überwiegend aus der Region Amerikas.

Die Effekte aus auf steuerliche Verlustvorträge und temporäre Differenzen nicht gebildeten aktiven latenten Steuern beinhalten in Höhe von 106 MIO € (Vorjahr: 85 MIO €) die Minderung des tatsächlichen Ertragsteueraufwands aufgrund der Nutzung von bisher nicht mit aktiven latenten Steuern belegten steuerlichen Verlustvorträgen und temporären Differenzen. Des Weiteren minderte sich der latente Steueraufwand aufgrund des Ansatzes bisher nicht aktivierter latenter Steuern auf steuerliche Verlustvorträge und abzugsfähiger temporärer Differenz einer früheren Periode um 208 MIO € (Vorjahr: 207 MIO €). Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern entfallen in Höhe von 10 MIO € (Vorjahr: 79 MIO € Abwertung) auf die Wertberichtigung eines latenten Steueranspruchs. Die übrigen Effekte aus nicht gebildeten aktiven latenten Steuern betreffen im Wesentlichen Verlustvorträge, auf die keine latenten Steuern angesetzt wurden.

Für Gesellschaften, die im Vorjahr oder in der laufenden Periode ein negatives Ergebnis gezeigt haben, wurde ein latenter Steueranspruch in Höhe von 7 MIO € (Vorjahr: 979 MIO €) aktiviert, da die Realisierung des Steueranspruchs aufgrund der steuerlichen Ergebnisplanung insoweit wahrscheinlich ist.

Im Geschäftsjahr 2013 ergab sich wie im Vorjahr bei inländischen Konzerngesellschaften kein Effekt aus einer Steuersatzänderung. Die Steuersatzänderung in einigen ausländischen Steuerjurisdiktionen führte nicht zu wesentlichen Effekten.

Im tatsächlichen Steueraufwand sind periodenfremde Steueraufwendungen von in- und ausländischen Unternehmen in Höhe von 113 MIO € Ertrag (Vorjahr: 70 MIO € Aufwand) enthalten.

Die folgende Tabelle stellt die steuerlichen Effekte auf die Bestandteile des sonstigen Ergebnisses (Other Comprehensive Income) dar:

Sonstiges Ergebnis

MIO €	Vor Steuern	Ertragsteuern	Nach Steuern
2013			
Veränderung durch Neubewertung der Nettopensionsrückstellungen	-50	36	-14
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	-1	0	-1
IAS-39-Neubewertungsrücklage	77	-8	69
IAS-39-Hedge-Rücklage	62	-18	44
Währungsumrechnungsrücklage	-462	0	-462
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen	1	0	1
Anteile assoziierter Unternehmen	0	0	0
Sonstiges Ergebnis	-373	10	-363
2012			
Veränderung durch Neubewertung der Nettopensionsrückstellungen ¹	-1.198	8	-1.190
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	-2	0	-2
IAS-39-Neubewertungsrücklage	-12	2	-10
IAS-39-Hedge-Rücklage	36	-9	27
Währungsumrechnungsrücklage	3	0	3
Sonstige Veränderungen in Gewinnrücklagen ¹	2	0	2
Anteile assoziierter Unternehmen	-37	0	-37
Sonstiges Ergebnis¹	-1.208	1	-1.207

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4**20 Konzernjahresergebnis**

Im Geschäftsjahr 2013 erwirtschaftete der Konzern ein Konzernjahresergebnis in Höhe von 2.211 MIO € (Vorjahr angepasst: 1.762 MIO €). Davon entfielen auf die Aktionäre der Deutsche Post AG 2.091 MIO € (Vorjahr angepasst: 1.640 MIO €).

21 Nicht beherrschende Anteile

Das den nicht beherrschenden Anteilseignern zustehende Ergebnis hat sich um 2 MIO € auf 120 MIO € verringert.

22 Ergebnis je Aktie

Das unverwässerte Ergebnis je Aktie (Basic Earnings per Share) wird nach IAS 33 (Earnings per Share) mittels Division des Konzerngewinns durch die durchschnittliche Anzahl der Aktien ermittelt. Das unverwässerte Ergebnis je Aktie liegt für das Geschäftsjahr 2013 bei 1,73 € (Vorjahr angepasst: 1,36 €).

Unverwässertes Ergebnis je Aktie

		2012 angepasst	2013
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis ¹	MIO €	1.640	2.091
Durchschnittliche gewichtete Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	1.208.890.874	1.208.910.457
Unverwässertes Ergebnis je Aktie¹	€	1,36	1,73

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4

Für die Berechnung des verwässerten Ergebnisses je Aktie wird die durchschnittliche Anzahl der ausgegebenen Aktien um die Anzahl aller potenziell verwässernden Aktien berichtigt. Hierbei werden sowohl die den Führungskräften aus dem Share Matching Scheme zustehenden Rechte an Aktien (zum 31. Dezember 2013: 5.992.349 Stück) als auch die Stammaktien, die bei Ausübung der Wandlungsrechte aus der am 6. Dezember 2012 begebenen Wandelanleihe maximal ausgegeben werden können, berücksichtigt. Das auf die Aktionäre der Deutsche Post AG entfallende Konzernjahresergebnis wird um die für die Wandelanleihe aufgewendeten Beträge erhöht.

Verwässertes Ergebnis je Aktie

		2012	2013
Auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis ¹	MIO €	1.640	2.091
Zuzüglich Zinsaufwand Wandelanleihe	MIO €	0 ²	6
Abzüglich Ertragsteuern	MIO €	0 ²	1
Berichtigtes auf Aktionäre der Deutsche Post AG entfallendes Konzernjahresergebnis	MIO €	1.640	2.096
Durchschnittliche gewichtete Anzahl der ausgegebenen Aktien	Stück	1.208.890.874	1.208.910.457
Potenziell verwässernde Aktien	Stück	51.569.759	52.944.097
Durchschnittliche gewichtete Anzahl von Aktien für das verwässerte Ergebnis	Stück	1.260.460.633	1.261.854.554
Verwässertes Ergebnis je Aktie¹	€	1,30	1,66

¹ Angepasste Vorjahreszahlen, Textziffer 4² Gerundet unter 1 MIO €**23 Dividende je Aktie**

Für das Geschäftsjahr 2013 wird eine Dividende je Aktie von 0,80 € vorgeschlagen. Dies entspricht bei einer im Handelsregister eingetragenen Aktienzahl von 1.209.015.874 (Stand: 31. Dezember 2013) einer Ausschüttung von 967 MIO €. Im Vorjahr betrug die Dividende je Aktie 0,70 €. Weitere Erläuterungen zur Ausschüttung finden sich unter den Textziffern 42 und 59.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

24 Immaterielle Vermögenswerte

24.1 Übersicht

	Selbst erstellte immaterielle Vermögenswerte		Erworbene Kundenstämme	Sonstige erworbene immaterielle Vermögenswerte		Firmenwerte	Geleistete Anzahlungen und immaterielle Vermögenswerte in Entwicklung	Gesamt
	Vermögenswerte	Markennamen		Vermögenswerte	Vermögenswerte			
Anschaffungs- oder Herstellungskosten								
Stand 1. Januar 2012	1.049	481	942	1.423	12.108	89	16.092	
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	33	0	33	
Zugänge	65	0	4	134	0	101	304	
Umbuchungen	27	10	0	33	0	-49	21	
Abgänge	-57	0	0	-92	-29	-7	-185	
Währungsumrechnungsdifferenzen	-1	11	-2	2	-53	0	-43	
Stand 31. Dezember 2012/Stand 1. Januar 2013	1.083	502	944	1.500	12.059	134	16.222	
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	0	0	4	31	0	36	
Zugänge	39	0	0	79	0	126	244	
Umbuchungen	23	0	0	22	0	-36	9	
Abgänge	-30	0	0	-90	-22	-1	-143	
Währungsumrechnungsdifferenzen	-3	-12	-36	-35	-294	0	-380	
Stand 31. Dezember 2013	1.113	490	908	1.480	11.774	223	15.988	
Abschreibungen								
Stand 1. Januar 2012	770	446	487	1.057	1.135	1	3.896	
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	0	0	0	0	0	0	0	
Abschreibungen	97	0	78	119	0	0	294	
Wertminderungen	0	0	0	1	0	0	1	
Umbuchungen	5	0	0	-5	0	0	0	
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	
Abgänge	-51	0	0	-79	-3	0	-133	
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	11	-5	2	5	0	13	
Stand 31. Dezember 2012/Stand 1. Januar 2013	821	457	560	1.095	1.137	1	4.071	
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	0	0	2	0	0	3	
Abschreibungen	99	0	58	118	0	0	275	
Wertminderungen	0	0	0	15	0	0	15	
Umbuchungen	2	0	0	-1	0	0	1	
Zuschreibungen	0	0	0	0	0	0	0	
Abgänge	-28	0	0	-81	-5	0	-114	
Währungsumrechnungsdifferenzen	-2	-10	-26	-26	-35	0	-99	
Stand 31. Dezember 2013	893	447	592	1.122	1.097	1	4.152	
Bilanzwert 31. Dezember 2013	220	43	316	358	10.677	222	11.836	
Bilanzwert 31. Dezember 2012	262	45	384	405	10.922	133	12.151	

Unter den erworbenen immateriellen Vermögenswerten werden erworbene Software, Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte ausgewiesen. Die selbst erstellten immateriellen Vermögenswerte betreffen Entwicklungskosten für selbst erstellte Software. Neben den Firmenwerten haben nur die gesamten erworbenen Markennamen eine unbestimmte Nutzungsdauer.

Die Firmenwertzugänge betreffen die optivo GmbH (17 MIO €), die Compador Technologies (4 MIO €), die RISER ID (5 MIO €) sowie die All you need (5 MIO €).

Die Nettofirmenwertabgänge betreffen mit 4 MIO € die Car-gus International, mit 7 MIO € die ITG-Gruppe und mit 6 MIO € die Exel Direct, [Textziffer 2](#).

24.2 Firmenwertallokation auf Cash Generating Units (CGU)

MIO €	2012	2013
Gesamtfirmenwert	10.922	10.677
BRIEF	646	667
EXPRESS	4.092	4.069
GLOBAL FORWARDING, FREIGHT		
DHL Global Forwarding	3.802	3.653
DHL Freight	320	316
SUPPLY CHAIN		
DHL Supply Chain	1.640	1.561
Williams Lea	422	411

Für Zwecke des jährlich durchzuführenden Werthaltigkeitstests nach IAS 36 ermittelt der Konzern den erzielbaren Betrag einer CGU auf Basis eines Nutzungswerts (Value-in-Use-Konzept). Diese Berechnungen beruhen auf Prognosen von Free Cashflows, die zunächst mit einem Kapitalkostensatz nach Steuern diskontiert werden. Im Anschluss werden Diskontierungssätze vor Steuern auf Basis eines iterativen Prozesses ermittelt.

Die Cashflow-Prognosen basieren auf vom Management verabschiedeten Detailplanungen für das EBIT, Abschreibungen/

Investitionen sowie der Entwicklung des Net Working Capital und berücksichtigen unternehmensinterne Erfahrungswerte sowie externe ökonomische Rahmendaten. Methodisch umfasst die Detailplanungsphase einen dreijährigen Planungszeitraum von 2014 bis 2016. Für den Wertbeitrag ab 2017 wird sie ergänzt um die ewige Rente. Diese wird über eine langfristige Wachstumsrate ermittelt, die für jede CGU einzeln festgelegt wird und deren Höhe der unten stehenden Tabelle entnommen werden kann. Die angesetzten Wachstumsraten orientieren sich am langfristigen realen Wachstum der relevanten Volkswirtschaften, den Wachstumserwartungen der einschlägigen Branchen und den langfristigen Inflationserwartungen in jenen Ländern, in denen die jeweiligen CGU ihre Geschäftstätigkeit ausüben. Den Cashflow-Prognosen liegen sowohl Erfahrungen aus der Vergangenheit als auch Einflüsse aus der zukünftig erwarteten generellen Marktentwicklung zugrunde. Außerdem werden für die Prognosen das Wachstum der jeweiligen geografischen Teilmärkte und des Welthandels sowie die zunehmende Auslagerung der Logistikaktivitäten berücksichtigt. Die prognostizierte Entwicklung der Kosten für das Transportnetzwerk und Dienstleistungen haben ebenfalls einen Einfluss auf den Nutzungswert.

Der Kapitalkostensatz vor Steuern basiert auf dem Konzept der durchschnittlichen gewichteten Kapitalkosten (Weighted Average Cost of Capital). Den Diskontierungssatz (vor Steuern) für die einzelnen CGU sowie die für die ewige Rente unterstellten jeweiligen Wachstumsraten zeigt folgende Tabelle:

%	Diskontierungssatz		Wachstumsrate	
	2012	2013	2012	2013
SUPPLY CHAIN				
DHL Supply Chain	9,2	9,3	2,5	2,5
Williams Lea	7,8	9,1	2,0	2,0
GLOBAL FORWARDING, FREIGHT				
DHL Freight	9,4	9,4	2,0	2,0
DHL Global Forwarding	9,1	9,2	2,5	2,5
BRIEF	8,0	8,8	0,5	0,5
EXPRESS	9,2	9,5	2,0	2,0

Auf Basis dieser Annahmen und der durchgeführten Werthaltigkeitstests für die einzelnen CGU, denen ein Firmenwert zugeordnet wurde, wurde festgestellt, dass die erzielbaren Beträge bei sämtlichen CGU die entsprechenden Buchwerte der jeweiligen CGU übersteigen. Ein Wertminderungsbedarf für Firmenwerte wurde zum 31. Dezember 2013 für keine CGU festgestellt.

Im Rahmen des Impairment-Tests hat Deutsche Post DHL nach den Anforderungen des IAS 36.134 Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Ein Abwertungsrisiko des Firmenwerts ließ sich auch auf Basis dieser Analysen nicht erkennen.

25 Sachanlagen

25.1 Übersicht

MIO €	Grundstücke und Bauten	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Flugzeuge	Fuhrpark, Transport- ausstattung	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs- oder Herstellungskosten							
Stand 1. Januar 2012	4.489	4.291	2.479	1.707	2.040	444	15.450
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	2	2	3	0	0	0	7
Zugänge	88	138	160	116	278	613	1.393
Umbuchungen	88	201	52	402	33	-782	-6
Abgänge	-124	-616	-168	-162	-238	-13	-1.321
Währungsumrechnungsdifferenzen	-3	-6	-6	-6	1	1	-19
Stand 31. Dezember 2012/Stand 1. Januar 2013	4.540	4.010	2.520	2.057	2.114	263	15.504
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	13	3	0	4	0	21
Zugänge	214	151	189	34	283	640	1.511
Umbuchungen	74	177	44	228	26	-550	-1
Abgänge	-155	-197	-180	-150	-239	-10	-931
Währungsumrechnungsdifferenzen	-97	-89	-86	-16	-30	-4	-322
Stand 31. Dezember 2013	4.577	4.065	2.490	2.153	2.158	339	15.782
Abschreibungen							
Stand 1. Januar 2012	2.043	3.085	1.888	843	1.097	1	8.957
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	1	2	0	0	0	4
Abschreibungen	172	241	214	184	206	0	1.017
Wertminderungen	8	1	0	18	0	0	27
Umbuchungen	9	0	3	0	0	0	12
Zuschreibungen	0	-1	0	-9	0	0	-10
Abgänge	-51	-592	-157	-147	-206	0	-1.153
Währungsumrechnungsdifferenzen	-6	-3	-3	-2	1	0	-13
Stand 31. Dezember 2012/Stand 1. Januar 2013	2.176	2.732	1.947	887	1.098	1	8.841
Zugänge aus Unternehmenszusammenschlüssen	1	12	1	0	4	0	18
Abschreibungen	174	249	207	196	202	0	1.028
Wertminderungen	0	3	0	19	0	0	22
Umbuchungen	0	0	1	0	0	0	1
Zuschreibungen	0	0	0	-1	0	0	-1
Abgänge	-94	-151	-166	-125	-207	0	-743
Währungsumrechnungsdifferenzen	-55	-52	-66	-8	-17	0	-198
Stand 31. Dezember 2013	2.202	2.793	1.924	968	1.080	1	8.968
Bilanzwert 31. Dezember 2013	2.375	1.272	566	1.185	1.078	338	6.814
Bilanzwert 31. Dezember 2012	2.364	1.278	573	1.170	1.016	262	6.663

Unter den geleisteten Anzahlungen werden nur Anzahlungen für Sachanlagen ausgewiesen, wenn im Rahmen eines schwebenden Geschäfts Vorleistungen seitens des Konzerns erbracht wurden. Als Anlagen im Bau sind Sachanlagen aktiviert, für deren Herstellung bereits Kosten aus Eigen- oder Fremdleistung angefallen sind, die bis zum Bilanzstichtag aber noch nicht fertiggestellt wurden.

25.2 Finance Lease

Folgende Vermögenswerte sind im Rahmen eines Finance Lease im Anlagevermögen bilanziert:

MIO €	2012	2013
Grundstücke und Bauten	47	155
Technische Anlagen und Maschinen	5	3
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	12	10
Flugzeuge	212	160
Fuhrpark, Transportausstattung	4	2
Finance Lease	280	330

Der Anstieg bei den geleasten Grundstücken und Bauten beruht auf neu angemieteten Zustellbasen in Deutschland. Angaben zu den korrespondierenden Verbindlichkeiten finden sich unter den Finanzschulden, [Textziffer 46.3.](#)

26 Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien**26.1 Übersicht**

MIO €	2012	2013
Anschaffungs- oder Herstellungskosten		
Stand 1. Januar	61	53
Zugänge	0	2
Umbuchungen	-6	-8
Abgänge	-2	-4
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	0
Stand 31. Dezember	53	43
Abschreibungen		
Stand 1. Januar	21	10
Zugänge	0	1
Wertminderung	0	1
Abgänge	0	-2
Umbuchungen	-11	0
Stand 31. Dezember	10	10
Bilanzwert 31. Dezember	43	33

Bei den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien handelt es sich vorwiegend um vermietete Erbbaurechtgrundstücke, bebaute und unbebaute Grundstücke.

Die unterjährige Umbuchung in das Sachanlagevermögen betrifft ein Objekt in Berlin, das betrieblich genutzt wird.

Die auf diese Immobilien entfallenden Mieteinnahmen betragen 1 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €), die Aufwendungen liegen unter 1 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €). Der beizulegende Zeitwert beträgt 74 MIO € (Vorjahr: 82 MIO €).

26.2 Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS 13

Die folgende Tabelle stellt die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien nach der Bewertungsmethode dar. Unter dem Begriff Immobilien werden auch unbebaute Grundstücke geführt.

Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien zum 31. Dezember 2013

MIO €	Buchwert	Zeitwert	Level 1 ¹	Level 2 ²	Level 3 ³
Immobilien – Deutschland	21	58	–	14	44
Immobilien – Angola	2	2	–	–	2
Immobilien – USA	10	14	–	14	–

¹ Level 1: notierte, nicht berichtigte Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden

² Level 2: Marktpreisnotierungen, die unmittelbar (als Preis) oder mittelbar (vom Preis abgeleitet) zu beobachten sind

³ Level 3: Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt unter Anwendung der Vergleichswert-, Ertragswert- sowie der Discounted-Cashflow-(DCF-)Methode. Die wichtigsten Inputfaktoren können der nachfolgenden Tabelle entnommen werden. Die Bewertung erfolgt über externe und/oder interne Gutachten sowie über Kauf-

angebote. Den Inputfaktoren liegen z.T. Erfahrungswerte zugrunde, die auf Größe, Alter und Zustand der Grundstücke und Bauten, der lokalen Konjunktur und vergleichbaren Preisen basieren und entsprechend modifiziert werden.

Informationen zur Erfassung des beizulegenden Zeitwerts: 2013

	Beizulegender Zeitwert		Inputfaktoren	Bandbreite des Inputs	Gewichteter Durchschnitt
	MIO €	Bewertungsmethode			
Bebaute Grundstücke – Deutschland	14	Vergleichswertmethode	Preis pro m ²	270 €–470 €/m ²	370 €/m ²
Erbbaurechtgrundstücke – Deutschland	39	Ertragswertmethode	Preis pro m ²	–	–
Lagerhalle – Deutschland	5	DCF-Methode	Erwartete Mietinnahmen	–	650 T€ p. a. abzüglich Aufwendungen
Immobilien – Angola	2	Kaufangebote	–	–	–
Immobilien – USA	14	Vergleichswertmethode	Preis pro Acre	90T–115 T-US-\$/Acre	105 T-US-\$/Acre

Es fanden keine Übertragungen zwischen den Stufen im Geschäftsjahr 2013 statt.

27 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	2012	2013
Stand 1. Januar	44	46
Zugänge	3	0
Änderungen des anteiligen Eigenkapitals		
Erfolgswirksame Änderungen	2	2
Gewinnausschüttungen	–1	0
Umgliederung in das kurzfristige Vermögen	–2	0
Bilanzwert 31. Dezember	46	48

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen betreffen im Wesentlichen Air Hong Kong Ltd., China, Danzas AEI Emirates LLC, Vereinigte Arabische Emirate, Tasman Cargo Airlines Pty. Limited, Australien, sowie DHL Oman. Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes des Konzerns gemäß § 313 Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und Abs. 3 HGB ist auf der Internetseite www.dpdhl.com/de/investoren.html abrufbar.

Die folgenden Tabellen zeigen eine Zusammenfassung der aggregierten Gewinn- und Verlust-Rechnungen sowie der Bilanzen der assoziierten Unternehmen. Die Werte beziehen sich nicht auf die auf den Konzern Deutsche Post DHL entfallenden Anteile, sondern stellen die Werte auf Basis eines fiktiven Anteilsbesitzes von 100 % dar.

Aggregierte Ergebnisdaten

MIO €	2012	2013
Umsatzerlöse	646	667
Jahresergebnis	3	6

Aggregierte Bilanzdaten

MIO €	2012	2013
Vermögenswerte	469	450
Verbindlichkeiten und Rückstellungen	373	353

28 Langfristige finanzielle Vermögenswerte

MIO €	2012	2013
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	162	256
Ausleihungen und Forderungen	737	729
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte	115	107
Leasingforderungen	25	32
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.039	1.124

In der Gewinn- und Verlust-Rechnung sind 4 MIO € (Vorjahr: 6 MIO €) Abschreibungen auf langfristige finanzielle Vermögenswerte enthalten, da sie nicht mehr in voller Höhe werthaltig waren. Sie entfielen mit 4 MIO € (Vorjahr: 6 MIO €) ausschließlich auf erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete Vermögenswerte.

Die Ausleihungen für Wohnungsbauförderungen sind gegenüber dem am 31. Dezember 2013 geltenden Marktzins für vergleichbare langfristige finanzielle Vermögenswerte mehrheitlich unterverzinslich oder unverzinslich. In der Bilanz werden sie mit einem Barwert von 20 MIO € (Vorjahr: 26 MIO €) erfasst. Der Nominalwert dieser Ausleihungen beträgt 22 MIO € (Vorjahr: 27 MIO €).

Angaben zur Einschränkung der Veräußerbarkeit finden sich unter [Textziffer 50.2](#).

29 Sonstige langfristige Vermögenswerte

MIO €	1. Jan. 2012	2012	2013
Pensionsvermögen ¹	162	198	120
Sonstiges	118	100	64
Sonstige langfristige Vermögenswerte	280	298	184

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

Weitere Informationen zum Pensionsvermögen finden sich unter Textziffer 44.

30 Latente Steuern

MIO €	1. Jan. 2012	2012	2013
Aktive latente Steuern ¹	1.206	1.328	1.327
Passive latente Steuern ¹	186	156	124

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

MIO €	2012		2013	
	Aktivisch	Passivisch	Aktivisch	Passivisch
Immaterielle Vermögenswerte	37	173	33	171
Sachanlagen	93	46	110	47
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	18	59	8	55
Sonstiges langfristiges Vermögen	7	25	42	38
Übriges kurzfristiges Vermögen	38	33	71	63
Rückstellungen	295	13	358	27
Finanzschulden	124	11	28	18
Übrige Verbindlichkeiten	104	45	150	17
Steuerliche Verlustvorräte	861	–	839	–
Bruttobetrag	1.577	405	1.639	436
Saldierung	–249	–249	–312	–312
Bilanzansatz	1.328	156	1.327	124

Die latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorräte entfallen mit 738 MIO € (Vorjahr: 602 MIO €) auf inländische sowie mit 101 MIO € (Vorjahr: 259 MIO €) auf ausländische Verlustvorräte. Die Verringerung der latenten Steuern auf ausländische Verlustvorräte ergibt sich aus einer detaillierteren Analyse der Aufteilung der werthaltigen aktiven latenten Steuern in den USA auf temporäre Differenzen bzw. auf steuerliche Verlustvorräte.

Auf steuerliche Verlustvorräte in Höhe von rund 11,2 MRD € (Vorjahr: 11,9 MRD €) und auf temporäre Wertdifferenzen von rund 4.113 MIO € (Vorjahr: 4.184 MIO €) wurden keine aktiven latenten Steuern gebildet, da davon auszugehen ist, dass die steuerlichen Verlustvorräte und temporären Differenzen im Rahmen der steuerlichen Ergebnisplanung wahrscheinlich nicht genutzt werden können.

Der überwiegende Teil der Verlustvorräte entfällt auf die Deutsche Post AG. Diese Verlustvorräte sind zeitlich unbefristet nutzbar. Bei ausländischen Gesellschaften verfallen die wesentlichen Verlustvorräte nicht vor dem Jahr 2023.

Für aufgelaufene Ergebnisse in- und ausländischer Tochtergesellschaften wurden in Höhe von 631 MIO € (Vorjahr: 563 MIO €) keine latenten Steuern gebildet, da es wahrscheinlich ist, dass sich die temporären Differenzen in absehbarer Zeit nicht umkehren werden.

Fälligkeitsstruktur

MIO €	Kurzfristig	Langfristig	Saldierung	Gesamt
2013				
Aktive latente Steuern	486	1.153	–312	1.327
Passive latente Steuern	169	267	–312	124
2012				
Aktive latente Steuern	492	1.085	–249	1.328
Passive latente Steuern	125	280	–249	156

31 Vorräte

Festwerte für Postwertzeichen und Ersatzteile in Frachtzentren bestanden in Höhe von 15 MIO € (Vorjahr: 15 MIO €). Wesentliche Wertberichtigungen auf die Vorratsbestände waren nicht erforderlich.

MIO €	2012	2013
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	184	183
Unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen	60	126
Fertige Erzeugnisse und Waren	52	69
Ersatzteile Flugzeuge	25	21
Geleistete Anzahlungen	1	4
Vorräte	322	403

32 Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte

MIO €	2012	2013
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	24	611
Ausleihungen und Forderungen	77	63
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte	109	140
Leasingforderungen	42	7
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	252	821

Der Anstieg der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte resultiert aus der Anlage überschüssiger finanzieller Mittel in Geldmarktfonds.

Von den zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wurden 611 MIO € (Vorjahr: 24 MIO €) zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Angaben zur Einschränkung der Veräußerbarkeit finden sich unter [Textziffer 50.2.](#)

33 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

MIO €	1. Jan. 2012	2012	2013
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ¹	6.426	6.418	6.507
Abgegrenzte Umsätze	481	534	528
Forderungen gegenüber Konzernunternehmen	27	7	5
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.934	6.959	7.040

¹ Angepasste Vorjahreszahl, [Textziffer 4](#)

34 Sonstige kurzfristige Vermögenswerte

MIO €	1. Jan. 2012 ¹	2012 ¹	2013
Rechnungsabgrenzungsposten	672	679	634
Steuerforderungen	586	491	490
Forderungen gegenüber privaten Postagenturen	8	148	157
Erträge aus Kostenübernahmen	86	61	71
Debitorische Kreditoren	38	43	33
Forderungen aus Schadenersatz (Regressansprüche)	23	25	25
Forderungen an Mitarbeiter	25	23	25
Forderungen aus Versicherungsgeschäften	16	20	20
Forderungen aus Anlagenverkäufen	29	0	6
Forderungen aus Nachnahmen	13	7	5
Forderungen an Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V.	11	0	0
Andere Vermögenswerte	648	656	755
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.155	2.153	2.221

¹ Angepasste Vorjahreszahl, [Textziffer 4](#)

Die Steuerforderungen betreffen mit 366 MIO € (Vorjahr: 373 MIO €) Umsatzsteuer, mit 83 MIO € (Vorjahr: 68 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 41 MIO € (Vorjahr: 50 MIO €) sonstige Steuerforderungen. In den anderen Vermögenswerten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

35 Ertragsteueransprüche und Ertragsteuerverpflichtungen

MIO €	2012	2013
Ertragsteueransprüche	127	168
Ertragsteuerverpflichtungen	534	430

Sämtliche Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen sind kurzfristig und haben Fälligkeiten von unter einem Jahr.

36 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

MIO €	2012	2013
Zahlungsmitteläquivalente	884	2.078
Bankguthaben/Unterwegs befindliche Gelder	1.430	1.222
Kassenbestand	13	22
Sonstige flüssige Mittel	73	95
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.400	3.417

37 Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerten

37.1 Übersicht

Die unter diesem Posten ausgewiesenen Beträge betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

MIO €	Vermögenswerte		Verbindlichkeiten	
	2012	2013	2012	2013
Deutsche Post AG – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	22	20	0	0
Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG, Deutschland – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	0	20	0	0
Exel Inc., USA – Immobilien (Segment SUPPLY CHAIN)	9	2	0	0
DHL Fashion (France) SAS, Frankreich – Fashion-Logistikgeschäft (Segment SUPPLY CHAIN)	13	0	18	0
Beteiligung an All you need GmbH, Deutschland – (Segment BRIEF)	11	0	1	0
DHL Logistics (China) Co. Ltd., China – Immobilie (Segment SUPPLY CHAIN)	8	0	7	0
Cargus International S.R.L., Rumänien – Inlandsexpressgeschäft (Segment EXPRESS)	7	0	4	0
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland – Immobilien (Bereich Corporate Center/Anderes)	4	0	0	0
us-Express-Aviation, USA – Flugzeuge (Segment EXPRESS)	2	0	0	0
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	76	42	30	0

Die Verkäufe der Cargus International, der ITG-Gruppe, der Exel Direct Inc. sowie der DHL Fashion (France) wurden vollzogen, [Textziffer 2.](#)

DEUTSCHE POST AG

Die Deutsche Post AG beabsichtigt den Verkauf zweier Immobilienobjekte in Großzöberitz-Heideloh sowie in Berlin. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung führte zu keiner Wertminderung.

DEUTSCHE POST DHL CORPORATE REAL ESTATE MANAGEMENT GMBH & CO. LOGISTIKZENTREN KG

Die Gesellschaft plant den Verkauf einer Immobilie in Hamburg. Gemäß IFRS 5 erfolgte eine Umgliederung in die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte. Eine letztmalige Bewertung vor Umgliederung führte zu keiner Wertminderung.

EXEL INC.

Die Gesellschaft beabsichtigt den Verkauf zweier gewerblich genutzter Gebäude sowie einer Industriefläche in Pennsylvania.

ALL YOU NEED GMBH

Im dritten Quartal 2013 wurde vom Vorstand beschlossen, die Weiterveräußerungsabsicht der im Geschäftsjahr 2012 erworbenen All you need GmbH, Berlin, aufzugeben. Die Gesellschaft wird vollkonsolidiert. Angaben hierzu finden sich unter [Textziffer 2.](#)

37.2 Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts nach IFRS 13

Gemäß IFRS 5 werden die zur Veräußerung gehaltenen Vermögenswerte und Schulden nicht mehr planmäßig abgeschrieben, sondern mit ihrem beizulegenden Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten angesetzt, sofern dieser niedriger als der Buchwert ist.

Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des nicht wiederkehrenden beizulegenden Zeitwerts unter Verwendung der verschiedenen Inputfaktoren.

Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2013

MIO €	Level 1 ¹	Level 2 ²	Level 3 ³
Deutsche Post AG – Immobilien	–	–	20
Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG, Deutschland – Immobilien	–	–	20
Exel Inc., USA – Immobilien	–	2	–

¹ Level 1: notierte, nicht berichtigte Preise in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte oder Schulden

² Level 2: Marktpreisnotierungen, die unmittelbar (als Preis) oder mittelbar (vom Preis abgeleitet) zu beobachten sind

³ Level 3: Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren

Die Ermittlung der beizulegenden Zeitwerte der zur Veräußerung stehenden Immobilien der Deutsche Post AG sowie der Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH & Co. Logistikzentren KG beruht auf Inputfaktoren, die dem Level 3 zugeordnet sind. Es handelt sich hierbei um Kaufangebote potenzieller Erwerber.

Für die Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts der zur Veräußerung gehaltenen Grundstücke und Bauten in den USA liegen externe Bewertungsgutachten vor. Bei der Ermittlung des beizulegenden Zeitwerts wird die Vergleichswertmethode angewandt. Den Inputfaktoren, die dem Level 2 zugeordnet sind, liegen z.T. Erfahrungswerte zugrunde, die auf Größe, Alter und Zustand der Grundstücke und Bauten, der lokalen Konjunktur und vergleichbaren Preisen basieren und entsprechend modifiziert werden. Wesentlicher Inputfaktor ist der Preis pro Acre.

Es fanden keine Übertragungen zwischen den Stufen im Geschäftsjahr 2013 statt.

38 Gezeichnetes Kapital

38.1 Anteilsverhältnisse

Bis Ende Juli 2013 wurde die von der KfW Bankengruppe (KfW) begebene Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG vollständig umgetauscht. Zum 31. Dezember 2013 hielt die KfW 21 % (Vorjahr: 25,5 %) am Grundkapital der Deutsche Post AG, der restliche Aktienbestand in Höhe von 79 % (Vorjahr: 74,5 %) befindet sich im Streubesitz. Die KfW hält die Anteilsscheine treuhänderisch für den Bund.

Anteilsbesitz zum 31. Dezember

Stück	2012	2013
KfW	308.277.358	253.861.436
Streubesitz	900.738.516	955.154.438
Anteilsverhältnisse zum 31. Dezember	1.209.015.874	1.209.015.874

38.2 Gezeichnetes Kapital und Erwerb eigener Anteile

Das gezeichnete Kapital beträgt 1.209 Mio €. Es besteht aus 1.209.015.874 auf den Namen lautenden Stückaktien (Stammaktien) mit einem auf die einzelne Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1 € und ist voll eingezahlt.

Entwicklung gezeichnetes Kapital

€	2012	2013
Stand 1. Januar	1.209.015.874	1.209.015.874
Erwerb eigener Anteile	–1.770.503	–1.313.727
Ausgabe eigener Anteile	1.770.503	1.313.727
Stand 31. Dezember	1.209.015.874	1.209.015.874

Für die Bedienung des Bonusprogramms für Führungskräfte (Share Matching Scheme) erwarb die Deutsche Post AG in mehreren Transaktionen 1,3 MIO Aktien zu einem Gesamtpreis von 23,5 MIO € einschließlich Anschaffungsnebenkosten. Darin enthalten sind neben der Tranche 2012 noch 14 Tausend Aktien, die an Personen ausgegeben wurden, die den Konzern zwischenzeitlich verlassen haben. Dementsprechend reduzierte sich das gezeichnete Kapital um den Nennwert der erworbenen Aktien. Der Kaufpreis je Aktie betrug durchschnittlich 17,94 €. Mit Ausgabe der Aktien an die Führungskräfte erhöhte sich das gezeichnete Kapital wieder.

Der Nennbetrag der eigenen Anteile wird mit dem gezeichneten Kapital und der Unterschiedsbetrag zwischen Nennwert und ausgewiesenem Wert der eigenen Anteile mit der Gewinnrücklage verrechnet.

Die Entwicklung der eigenen Anteile ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung enthalten.

Genehmigtes/Bedingtes Kapital zum 31. Dezember 2013

	Betrag MIO €	Zweck
Genehmigtes Kapital 2009	–	Erhöhung Grundkapital gegen Bar-/Sacheinlage (bis 20. April 2014)
Genehmigtes Kapital 2013	240	Erhöhung Grundkapital gegen Bar-/Sacheinlage (bis 28. Mai 2018)
Bedingtes Kapital 2011	75	Ausgabe von Options-/Wandlungsrechten (24. Mai 2016)
Bedingtes Kapital 2013	75	Ausgabe von Options-/Wandlungsrechten (28. Mai 2018)

Genehmigtes Kapital 2009

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 21. April 2009 war der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 20. April 2014 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 240 MIO auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand hat diese Ermächtigung bisher nicht in Anspruch genommen. Da diese Ermächtigung am 20. April 2014 ausläuft, wurde in der Hauptversammlung am 29. Mai 2013 beschlossen, diese durch eine neue Ermächtigung (Genehmigtes Kapital 2013) in gleicher Höhe zu ersetzen.

Genehmigtes Kapital 2013

Gemäß dem Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2013 ist der Vorstand ermächtigt, das Grundkapital bis zum 28. Mai 2018 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe von bis zu 240 MIO auf den Namen lautenden Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen zu erhöhen. Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht zu. Der Vorstand ist jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf Aktien in den in der Ermächtigung geregelten Fällen auszuschließen.

Bedingtes Kapital 2011

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 25. Mai 2011 war der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 24. Mai 2016 ein- oder mehrmals Options-, Wandel- und/oder Gewinnschuldverschreibungen sowie Genussrechte unter Einschluss von Kombinationen dieser Instrumente im Gesamtnennbetrag von bis zu 1 MRD € auszugeben und dabei Options- oder Wandlungsrechte auf bis zu 75 MIO Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 75 MIO € zu gewähren.

Auf Grundlage dieser Ermächtigung hatte die Deutsche Post AG am 6. Dezember 2012 eine Wandelanleihe in Höhe von 1 MRD € begeben, die das Recht zur Wandlung in bis zu 48 MIO Aktien der Deutsche Post AG verbrieft. Mit der Emission wurde diese Ermächtigung vollständig in Anspruch genommen. Das Grundkapital ist bis zu 75 MIO € bedingt erhöht.

Bedingtes Kapital 2013

Mit Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2013 ist der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, bis zum 28. Mai 2018 ein- oder mehrmals Options-, Wandel- und/oder Gewinnschuldverschreibungen sowie Genussrechte unter Einschluss von Kombinationen dieser Instrumente im Gesamtnennbetrag von bis zu 1,5 MRD € auszugeben und dabei Options- oder Wandlungsrechte auf bis zu 75 MIO Aktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von insgesamt bis zu 75 MIO € zu gewähren. Das Grundkapital ist bis zu 75 MIO € bedingt erhöht.

38.3 Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien

Die Gesellschaft ist durch Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 28. April 2010 ermächtigt, bis zum 27. April 2015 eigene Aktien in Höhe von bis zu 10 % des bei Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Die Ermächtigung sieht vor, dass der Vorstand sie zu jedem gesetzlich zulässigen Zweck ausüben kann, insbesondere zur Verfolgung der im Beschluss der Hauptversammlung genannten Ziele.

Auf der Hauptversammlung vom 9. Mai 2012 erfolgte eine Ergänzung zur Ermächtigung zum Erwerb eigener Anteile. Künftig sollen die eigenen Aktien, die auf der Grundlage der Ermächtigung erworben werden, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre auch zur Einführung an einer Börse im Ausland verwendet werden können.

Weiterhin ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien auch unter Einsatz von Derivaten zu erwerben.

Am 31. Dezember 2013 hielt die Deutsche Post AG wie zum Vorjahrestichtag keine eigenen Aktien.

38.4 Angaben zum unternehmerischen Kapital

Im Geschäftsjahr 2013 lag die Eigenkapitalquote bei 28,3 % (Vorjahr angepasst: 27,3 %). Die Kontrolle des unternehmerischen Kapitals erfolgt über die Net Gearing Ratio, die definiert ist als Nettofinanzverschuldung dividiert durch das Gesamtkapital, wobei dies der Summe aus Eigenkapital und Nettofinanzverschuldung entspricht.

Unternehmerisches Kapital

MIO €	2012	2013
Gesamte Finanzschulden	4.776	5.881
Abzüglich flüssige Mittel und Zahlungsmittel-äquivalente	-2.400	-3.417
Abzüglich kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	-252	-821
Abzüglich Long-Term Deposits	-57	-55
Abzüglich langfristige derivative Finanzinstrumente	-115	-107
Nettofinanzverschuldung	1.952	1.481
Zuzüglich gesamtes Eigenkapital	9.228	10.048
Gesamtkapital	11.180	11.529
Net Gearing Ratio (%)	17,5	12,8

39 Kapitalrücklage

MIO €	2012	2013
Kapitalrücklage zum 1. Januar	2.170	2.254
Share Matching Scheme		
Zuführung/Ausgabe der Rechte am Share Matching Scheme		
Tranche 2009	2	1
Tranche 2010	4	3
Tranche 2011	18	4
Tranche 2012	10	17
Tranche 2013	0	10
Ausübung der Rechte am Share Matching Scheme		
Tranche 2011	-24	0
Tranche 2012	0	-20
	10	15
Wandlungsrecht	74	0
Kapitalrücklage zum 31. Dezember	2.254	2.269

Für die verschiedenen Tranchen des Share Matching Scheme wurde bis zum 31. Dezember 2013 ein Betrag in Höhe von 35 MIO € (31. Dezember 2012: 34 MIO €) der Kapitalrücklage zugeführt.

Mit Ausübung der Rechte an Aktien der Tranche 2012 verringerte sich die Kapitalrücklage durch die entsprechende Ausgabe eigener Anteile an die Führungskräfte um 20 MIO € (Vorjahr: 24 MIO € für Tranche 2011).

Mit der Begebung der Wandelanleihe auf Aktien der Deutsche Post AG wird das Wandlungsrecht in der Kapitalrücklage ausgewiesen, [Textziffer 46](#).

40 Andere Rücklagen

MIO €	1. Jan. 2012 ¹	2012 ¹	2013
IFRS-3-Neubewertungsrücklage	5	3	2
IAS-39-Neubewertungsrücklage	90	-1	68
IAS-39-Hedge-Rücklage	-34	-7	37
Währungsumrechnungsrücklage	-517	-470	-926
Andere Rücklagen	-456	-475	-819

¹ Angepasste Vorjahreszahl, [Textziffer 4](#)

40.1 IFRS-3-Neubewertungsrücklage

MIO €	2012	2013
Stand 1. Januar	5	3
Erfolgsneutrale Veränderungen	-2	-1
IFRS-3-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember	3	2

Die IFRS-3-Neubewertungsrücklage enthält die aus der Kaufpreisallokation entstandenen stillen Reserven der DHL Logistics Co. Ltd., China. Sie beziehen sich auf die in dem zuvor gehaltenen 50-%-Anteil enthaltenen Kundenbeziehungen sowie auf Anpassungen auf latente Steuern.

40.2 IAS-39-Neubewertungsrücklage

Die Neubewertungsrücklage enthält die erfolgsneutral berücksichtigten Auf- und Abwertungen aus Zeitwertänderungen von Finanzinstrumenten der Kategorie „Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte“. Die erfolgswirksame Auflösung der Rücklage erfolgt entweder mit der Veräußerung oder bei wesentlicher oder dauerhafter Wertminderung.

MIO €	2012	2013
Stand 1. Januar	93	0
Währungsumrechnungsdifferenzen	0	1
Nicht realisierte Gewinne/Verluste	-12	76
Anteil assoziierter Unternehmen	-81	0
Realisierte Gewinne/Verluste	0	0
IAS-39-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember vor Steuern	0	77
Latente Steuern	-1	-9
IAS-39-Neubewertungsrücklage zum 31. Dezember nach Steuern	-1	68

40.3 IAS-39-Hedge-Rücklage

Die Hedge-Rücklage wird um den effektiven Teil des Sicherungsgeschäfts eines Cashflow Hedge angepasst. Bei Abwicklung des Grundgeschäfts wird die Hedge-Rücklage erfolgswirksam aufgelöst.

MIO €	2012	2013
Stand 1. Januar	-39	-3
Zugänge	-29	111
Abgänge in Bilanz (Basis-Adjustment)	6	0
Abgänge in Gewinn-und-Verlust-Rechnung	59	-49
IAS-39-Hedge-Rücklage zum 31. Dezember vor Steuern	-3	59
Latente Steuern	-4	-22
IAS-39-Hedge-Rücklage zum 31. Dezember nach Steuern	-7	37

Die Veränderung der Hedge-Rücklage ergibt sich im Wesentlichen aus der Vereinnahmung bisher unrealisierter Gewinne und Verluste aus der Absicherung künftiger operativer Fremdwährungstransaktionen. Im Geschäftsjahr wurden insgesamt 25 MIO € unrealisierte Verluste und 75 MIO € unrealisierte Gewinne aus der Hedge-Rücklage ergebniswirksam im operativen Ergebnis (Vorjahr: 60 MIO € unrealisierte Verluste und 1 MIO € unrealisierte Gewinne) erfasst. Abgänge ins Finanzergebnis sind wie für das Vorjahr nicht zu zeigen. Anpassungsbuchungen (Basis-Adjustments) aus Sicherungstransaktionen, die im Zusammenhang mit der Anschaffung langfristiger nichtfinanzieller Vermögenswerte stehen, erfolgten im Geschäftsjahr nicht (Vorjahr: 6 MIO €). Auf die Hedge-Rücklage sind latente Steuern gebildet worden.

40.4 Währungsumrechnungsrücklage

Die Währungsumrechnungsrücklage enthält das im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstandene Umrechnungsergebnis aus der Konsolidierung der in Fremdwährung bilanzierenden Tochterunternehmen.

MIO €	2012 ¹	2013
Stand 1. Januar	-517	-470
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	-2	-5
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten ¹	2	-453
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten ¹	47	2
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-470	-926

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

41 Gewinnrücklagen

Die Gewinnrücklagen enthalten neben den in der Vergangenheit erzielten Konzernergebnissen, soweit sie nicht ausgeschüttet wurden, auch die Effekte aus Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen. Zur Entwicklung der Rücklagen im Geschäftsjahr siehe auch die Eigenkapitalveränderungsrechnung.

MIO €	2012 ¹	2013
Stand 1. Januar	6.366	6.031
Dividendenzahlung	-846	-846
Konzernjahresergebnis	1.640	2.091
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	61	-61
Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen	-1.190	-15
Übrige Veränderung	0	-2
Gewinnrücklagen zum 31. Dezember	6.031	7.198

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

Angaben zu der Veränderung durch Neubewertungen der Nettopensionsrückstellungen finden sich unter Textziffer 4.

Die Dividendenzahlung an die Aktionäre der Deutsche Post AG in Höhe von 846 MIO € erfolgte im Mai 2013. Dies entspricht einer Dividende pro Aktie von 0,70 €.

Die im laufenden Geschäftsjahr ausgewiesenen Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen betreffen unter anderem eine Option zum Erwerb der Restanteile von 40 % an der Giorgio-Gori-Gruppe, Italien, sowie den Erwerb der restlichen Anteile in Höhe von 49,9 % an der Tradeteam Limited, Großbritannien.

Im Vorjahr handelte es sich bei den Transaktionen um den Verkauf von 6,03 % der Anteile an der zuvor mit 81,03 % gehaltenen Blue Dart Express Limited, Indien, sowie den Erwerb der Restanteile von 24 % an der DHL Logistics Private Limited, Indien.

Die Entwicklung der eigenen Anteile ist in der Eigenkapitalveränderungsrechnung enthalten.

42 Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnendes Eigenkapital

Das den Aktionären der Deutsche Post AG zuzuordnende Eigenkapital im Geschäftsjahr 2013 beträgt 9.857 MIO € (1. Januar 2012 angepasst: 9.289 MIO €; 31. Dezember 2012 angepasst: 9.019 MIO €).

Ausschüttungen


Für Ausschüttungen an die Aktionäre der Deutsche Post AG ist der Bilanzgewinn der Deutsche Post AG in Höhe von 1.726 MIO € nach deutschem Handelsrecht maßgeblich. Der nach Abzug der geplanten Dividendensumme von 967 MIO € (entspricht 0,80 € pro Aktie) verbleibende Betrag von 759 MIO € soll vorgetragen werden, siehe auch Textziffer 59.

	Ausschüttungsbetrag MIO €	Dividende je Aktie €
Ausschüttung im Geschäftsjahr 2013 für das Jahr 2012	846	0,70
Ausschüttung im Geschäftsjahr 2012 für das Jahr 2011	846	0,70

Die Dividende unterliegt bei den in Deutschland ansässigen Aktionären nicht der Besteuerung. Von der Ausschüttung wird keine Kapitalertragsteuer einbehalten.


43 Nicht beherrschende Anteile

MIO €	1. Jan. 2012 ¹	2012	2013
Nicht beherrschende Anteile ¹	189	209	191

¹ Angepasste Vorjahreszahl,  Textziffer 4

Dieser Bilanzposten beinhaltet Ausgleichsposten für Anteile fremder Gesellschafter am konsolidierungspflichtigen Kapital aus der Kapitalkonsolidierung sowie die ihnen zustehenden Gewinne und Verluste. Die Anteile entfallen im Wesentlichen auf folgende Unternehmen:

MIO €	2012 ¹	2013
DHL Sinotrans International Air Courier Ltd., China	107	115
Blue Dart Express Limited, Indien	29	23
Tradeteam Limited, Großbritannien	13	0
Andere Unternehmen	60	53
Nicht beherrschende Anteile	209	191

¹ Angepasste Vorjahreszahl,  Textziffer 4


Im Geschäftsjahr 2013 wurden die restlichen Anteile an der Tradeteam Limited, Großbritannien, erworben.

Das auf die nicht beherrschenden Anteile entfallende sonstige Ergebnis betrifft im Wesentlichen die Währungsumrechnungsrücklage. Die Entwicklung wird in der folgenden Tabelle gezeigt.

MIO €	2012	2013
Stand 1. Januar	-5	-5
Transaktionen mit nicht beherrschenden Anteilen	2	5
Gesamtergebnis		
Veränderungen aus nicht realisierten Gewinnen und Verlusten	-2	-11
Veränderungen aus realisierten Gewinnen und Verlusten	0	0
Währungsumrechnungsrücklage zum 31. Dezember	-5	-11

44 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

MIO €	1. Jan. 2012 ¹	2012 ¹	2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.055	5.216	5.017

¹ Angepasste Vorjahreszahl,  Textziffer 4

Die gewichtigsten leistungsorientierten Altersversorgungspläne des Konzerns befinden sich in Deutschland und Großbritannien.

In Deutschland gibt es bei der Deutsche Post AG eine tarifvertraglich vereinbarte betriebliche Altersversorgung aus dem Jahr 1997, die offen ist für neue Arbeitnehmer. Es handelt sich um einen Festbetragsplan, der monatliche Betriebsrentenzahlungen ab dem Eintritt in die gesetzliche Rente in Abhängigkeit von der geleisteten Dienstzeit und der erreichten Entgeltgruppe vorsieht. Die jähr-

liche Dynamisierung der Festbeträge während der Anwartschaft sowie der Rentenzahlungen erfolgt zu fest vereinbarten Prozentsätzen, und zwar 1,45 % für Aktive und 1,00 % für Betriebsrentner. Darüber hinaus sind Invaliditäts- und Hinterbliebenenleistungen enthalten. Aufgrund einer internen Änderung hinsichtlich der Zugangsvoraussetzungen zu bestimmten Invalidisierungsleistungen ergibt sich als Konsequenz negativer nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand im Berichtsjahr. Ähnlich strukturierte Altersversorgungspläne gibt es für Führungskräfte unterhalb der Vorstandsebene und für bestimmte Mitarbeitergruppen zur Entgeltumwandlung.

Der weitaus größere Teil der Verpflichtungen der Deutsche Post AG betrifft Besitzstände der Arbeiter und Angestellten am Umstellungsstichtag im Jahr 1997 sowie Altzusagen für Ausgeschiedene und Betriebsrentner aus der Zeit vor dem Umstellungsstichtag. Die individuell ermittelten Besitzstandsbeiträge der Aktiven werden mit 1,45 % p.a. dynamisiert. Neben den Tarifverträgen und sonstigen Plandokumenten bildet das Betriebsrentengesetz die Grundlage für diese Pensionspläne. Für die externe Finanzierung besteht in erster Linie eine eigene Treuhandeinrichtung, in die auch eine Unterstützungskasse und ein Pensionsfonds eingebunden sind. Die Dotierung erfolgt bei der Treuhandeinrichtung fallweise im Einklang mit der Finanzstrategie des Konzerns und bei der Unterstützungskasse laufend im Rahmen der steuerrechtlichen Möglichkeiten, während beim Pensionsfonds die Einhaltung aufsichtsrechtlicher Dotierungsanforderungen grundsätzlich ohne zusätzliche Arbeitgeberbeiträge realisiert wird. In den Gremien der Unterstützungskasse sind neben Mitarbeitern der Deutsche Post AG auch ehemalige Mitarbeiter vertreten. Ein Teil des Planvermögens ist in Immobilien angelegt, die langfristig an den Konzern vermietet werden. Für einen Teil der Altzusagen wird daneben eine gemeinschaftliche Pensionskasse der Postnachfolgeunternehmen, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP), genutzt.

Bei den Tochtergesellschaften in Deutschland gibt es vereinzelte Altersversorgungspläne, die im Zusammenhang mit Akquisitionen und Betriebsübergängen erworben wurden und nicht für Neueintritte offen sind.

In Großbritannien sind die leistungsorientierten Altersversorgungspläne des Konzerns seit einigen Jahren für Neueintritte weitestgehend geschlossen worden. Am 26. November 2013 verpflichtete sich Deutsche Post DHL in Großbritannien zusätzlich zu einer Änderung der Pensionsstrategie, und ab dem 1. April 2014 werden diese Pläne auch für weitere Dienstzeitzuwächse weitestgehend geschlossen sein. Folglich gibt es im Berichtsjahr 2013 nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand, der in den nachfolgenden Tabellen vor Schließungskosten und Übergangszahlungen gezeigt ist. Ab dem 1. April 2014 können die betroffenen Mitarbeiter an einem beitragsorientierten Plan teilnehmen. Ein Großteil der (leistungsorientierten) Pläne wurde in einen einzigen Plan mit verschiedenen Sektionen für die teilnehmenden Bereiche integriert. Die Finanzierung erfolgt zum größten Teil über einen sogenannten Master Trust. Die Höhe der Arbeitgeberbeiträge ist in sogenannten Funding Valuations mit dem Treuhänder auszuhandeln. Bei den Direktoren des Treuhänders handelt es sich um Mitarbeiter des Konzerns, ehemalige Mitarbeiter sowie externe Dritte, die alle

zur Unabhängigkeit verpflichtet sind. Die begünstigten Arbeitnehmer beteiligen sich derzeit mit eigenen Beiträgen an der Finanzierung oder leisten Gehaltsverzicht. Die wesentlichen Grundlagen für diese (leistungsorientierten) Pläne bilden die entsprechenden Treuhandvereinbarungen und der britische Pensions Act.

Sonstige leistungsorientierte Altersversorgungspläne des Konzerns befinden sich in verschiedensten Ausprägungen in den Niederlanden, der Schweiz, den USA und einer Vielzahl von weiteren Ländern.

In den Niederlanden nehmen aufgrund verpflichtender tarifvertraglicher Vereinbarungen diejenigen Mitarbeiter, die nicht von einem Branchenplan erfasst werden, an einem eigenen leistungsorientierten Altersversorgungsplan teil. Dieser ist grundsätzlich endgehaltsabhängig und sieht monatliche Rentenzahlungen vor, deren Dynamisierung sich einerseits an der vereinbarten Lohnentwicklung und andererseits an den hierfür zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln orientiert.

In der Schweiz erhalten die Mitarbeiter aufgrund gesetzlicher Vorschriften eine betriebliche Altersversorgung, die sich nach den eingezahlten Beiträgen, einer jährlich festgelegten Verzinsung, bestimmten Verrentungsfaktoren und eventuell festgelegten Rentendynamisierungen bemisst.

In den USA sind die eigenen leistungsorientierten Altersversorgungspläne für Neueintritte geschlossen und die erreichten Anwartschaften eingefroren.

Für die Finanzierung nutzen die Konzerngesellschaften in diesen drei Ländern hauptsächlich gemeinsame konzerninterne Einrichtungen. In den Niederlanden und der Schweiz beteiligen sich neben dem Arbeitgeber auch die Arbeitnehmer an der Finanzierung. In den USA fallen aktuell keine Beiträge für eigene leistungsorientierte Altersversorgungspläne an. Im Berichtsjahr gab es keine wesentlichen Ergänzungen, Kürzungen oder Abgeltungen der leistungsorientierten Altersversorgungspläne des Konzerns im Bereich Sonstige.

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen bestehen verschiedene Risiken, von denen insbesondere die Zins- und Investitionsrisiken als weiterhin bedeutend angesehen werden.

Die nachstehenden Angaben über die Pensionsverpflichtungen gliedern sich grundsätzlich nach den Bereichen Deutschland, Großbritannien sowie Sonstige.

44.1 Ermittlung der Bilanzposten

Die Bilanzposten wurden wie folgt ermittelt:

MIO €	Groß-			Gesamt
	Deutschland	britannien	Sonstige	
31. Dezember 2013				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	8.439	4.395	1.963	14.797
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-4.119	-4.034	-1.752	-9.905
Vermögensüberdeckung (-)/Fehlbetrag (+) am 31. Dezember	4.320	361	211	4.892
Auswirkung von Vermögensobergrenzen am 31. Dezember	0	1	4	5
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.320	362	215	4.897
Getrennter Ansatz				
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	18	102	120
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.320	380	317	5.017
31. Dezember 2012				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	8.608	4.116	2.051	14.775
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	-4.129	-3.936	-1.693	-9.758
Vermögensüberdeckung (-)/Fehlbetrag (+) am 31. Dezember	4.479	180	358	5.017
Auswirkung von Vermögensobergrenzen am 31. Dezember	0	1	0	1
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.479	181	358	5.018
Getrennter Ansatz				
Pensionsvermögen am 31. Dezember	0	120	78	198
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen am 31. Dezember	4.479	301	436	5.216

Im Bereich Sonstige betragen die Anteile der Niederlande, der Schweiz und der USA am Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen 42 %, 24 % bzw. 11 % (31. Dezember 2012: 40 %, 24 % bzw. 13 %).

In Deutschland gab es im Konzern ferner separat anzusetzende Erstattungsansprüche gegenüber ehemaligen Konzerngesellschaften in Höhe von ca. 14 MIO € (im Wesentlichen unverändert gegenüber dem Vorjahr). Entsprechend werden Leistungszahlungen direkt von den ehemaligen Konzerngesellschaften übernommen.

44.2 Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen

Der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen hat sich wie folgt entwickelt:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2013				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 1. Januar	8.608	4.116	2.051	14.775
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	111	34	41	186
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	314	176	66	556
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung demografischer Annahmen	-33	237	5	209
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung finanzieller Annahmen	-68	156	-103	-15
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – erfahrungsbedingte Anpassungen	25	0	3	28
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	-58	-75	-3	-136
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Arbeitnehmerbeiträge	10	11	15	36
Leistungszahlungen	-471	-173	-77	-721
Planabgeltungszahlungen	0	0	-2	-2
Transfers	4	0	1	5
Akquisitionen/Desinvestitionen	-3	0	-1	-4
Währungseffekte	0	-87	-33	-120
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	8.439	4.395	1.963	14.797
2012				
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 1. Januar	7.474	3.951	1.835	13.260
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	88	32	36	156
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	357	191	74	622
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung demografischer Annahmen	0	-11	23	12
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – Änderung finanzieller Annahmen	1.106	173	170	1.449
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – erfahrungsbedingte Anpassungen	51	-150	-25	-124
Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	0	0	1	1
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Arbeitnehmerbeiträge	9	13	15	37
Leistungszahlungen	-480	-179	-80	-739
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	1	0	3	4
Akquisitionen/Desinvestitionen	2	0	0	2
Währungseffekte	0	96	-1	95
Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen am 31. Dezember	8.608	4.116	2.051	14.775

Bei den finanziellen Annahmen handelt es sich im Wesentlichen um folgende Daten:

%	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2013				
Abzinsungssatz	3,75	4,50	3,48	3,94
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrate p. a.	2,50	4,50	2,12	3,06
Erwartete Rentensteigerungsrate p. a.	2,00	2,96	1,06	2,20
31. Dezember 2012				
Abzinsungssatz	3,70	4,50	3,19	3,85
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrate p. a.	2,50	3,50	2,35	2,77
Erwartete Rentensteigerungsrate p. a.	2,00	2,80	1,07	2,14

Der Abzinsungssatz für die leistungsorientierten Verpflichtungen in der Eurozone und in Großbritannien wurde jeweils unter Berücksichtigung der bestandsspezifischen Gegebenheiten aus einer Zinsstrukturkurve, die sich aus Renditen von Unternehmensanleihen mit AA-Rating ergibt, abgeleitet. Für die übrigen Länder wurde, sofern ein ausreichend liquider Markt für Unternehmensanleihen mit AA- oder AAA-Rating vorhanden war, der Abzinsungssatz in ähnlicher Weise bestimmt. Für Länder, die nicht über einen ausreichend liquiden Markt für solche Unternehmensanleihen verfügen, wurden stattdessen die Renditen von Staatsanleihen zugrunde gelegt.

Bei der jährlichen Rentensteigerung für Deutschland sind neben den gezeigten Annahmen insbesondere fest vereinbarte Sätze zu berücksichtigen. Der effektive gewichtete Durchschnitt beträgt daher 1,00 % (2012: 1,00 %).

Die wichtigsten demografischen Annahmen beziehen sich auf die Lebenswartung bzw. Sterblichkeit. Bei den deutschen Konzernunternehmen basierten sie auf den Richttafeln 2005 G, herausgegeben von Klaus Heubeck. Für die britischen Pensionspläne wurden die Sterblichkeitsraten angesetzt, die für die letzte sogenannte Funding Valuation verwendet wurden. Diese beruhen auf planspezifischen Analysen der Sterblichkeit und beinhalten einen Zuschlag für eine erwartete Zunahme der Lebenserwartung in der Zukunft. In den sonstigen Ländern wurden aktuell übliche landesspezifische Sterbetafeln verwendet.

Bei Änderung einer der wesentlichen finanziellen Annahmen würde sich der Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen wie folgt verändern:

%	Änderung der Annahme	Änderung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen			
		Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2013					
Abzinsungssatz	+1,00 -1,00	-12,31 15,63	-16,14 19,58	-13,41 17,20	-13,59 17,01
Erwartete Lohn- und Gehaltsentwicklungsrates	+0,50 -0,50	0,17 -0,15	1,06 -1,21	1,44 -1,30	0,60 -0,62
Erwartete Rentensteigerungsrate	+0,50 -0,50	0,30 -0,27	4,09 -4,08	5,81 -4,14	2,15 -1,91

Es handelt sich hierbei um effektive gewichtete Veränderungen des jeweiligen Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen, z. B. unter Berücksichtigung der weitgehenden Festschreibungen bei der Rentensteigerung für Deutschland.

Eine Verlängerung der Lebenserwartung um ein Jahr, bezogen auf einen 65-jährigen Begünstigten, würde den Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen in Deutschland um 4,63 % und in Großbritannien um 3,53 % erhöhen. Bezüglich der sonstigen Länder würde die entsprechende Erhöhung bei 2,40 % liegen und insgesamt bei 4,01 %.

Zur Bestimmung der Sensitivitätsangaben wurden die Barwerte mit demselben Verfahren berechnet, das zur Berechnung der Barwerte am Bilanzstichtag verwendet wurde. Die Darstellung berücksichtigt nicht die Interdependenzen der Annahmen, sondern unterstellt, dass sich die Annahmen jeweils einzeln ändern. In der Praxis wäre dies unüblich, da die Annahmen oft korrelieren.

Die gewichtete durchschnittliche Duration der leistungsorientierten Verpflichtungen des Konzerns betrug am 31. Dezember 2013 in Deutschland 14,3 Jahre (Vorjahr: 14,1 Jahre) und in Großbritannien 18,5 Jahre (Vorjahr: 17,5 Jahre). In den sonstigen Ländern lag sie bei 15,5 Jahren (Vorjahr: 16,2 Jahre) und insgesamt bei 15,7 Jahren (Vorjahr: 15,3 Jahre).

Vom Barwert der leistungsorientierten Verpflichtungen entfielen insgesamt 27,6 % (Vorjahr: 27,2 %) auf aktive Anwärter, 16,2 % (Vorjahr: 15,7 %) auf ausgeschiedene Anwärter und 56,2 % (Vorjahr: 57,1 %) auf Leistungsempfänger.

44.3 Zeitwert des Planvermögens

Der Zeitwert des Planvermögens hat sich wie folgt entwickelt:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2013				
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	4.129	3.936	1.693	9.758
Zinsertrag auf das Planvermögen	153	168	54	375
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	30	96	50	176
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	0	-6	-3	-9
Arbeitgeberbeiträge	143	83	37	263
Arbeitnehmerbeiträge	0	11	15	26
Leistungszahlungen	-337	-173	-66	-576
Planabgeltungszahlungen	0	0	-2	-2
Transfers	1	0	0	1
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	-81	-26	-107
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	4.119	4.034	1.752	9.905
2012				
Zeitwert des Planvermögens am 1. Januar	2.106	3.714	1.549	7.369
Zinsertrag auf das Planvermögen	101	180	63	344
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	9	29	99	137
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	-9	-5	-3	-17
Arbeitgeberbeiträge	2.122	93	43	2.258
Arbeitnehmerbeiträge	0	13	15	28
Leistungszahlungen	-196	-178	-71	-445
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	-4	0	3	-1
Akquisitionen/Desinvestitionen	0	0	0	0
Währungseffekte	0	90	-5	85
Zeitwert des Planvermögens am 31. Dezember	4.129	3.936	1.693	9.758

Der Zeitwert des Planvermögens lässt sich wie folgt aufgliedern:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
31. Dezember 2013				
Aktien	622	872	632	2.126
Renten	1.227	2.488	658	4.373
Immobilien	1.030	150	193	1.373
Alternatives	314	469	53	836
Versicherungen	582	0	92	674
Bargeld	205	14	33	252
Andere	139	41	91	271
Zeitwert des Planvermögens	4.119	4.034	1.752	9.905
31. Dezember 2012				
Aktien	162	828	614	1.604
Renten	368	2.395	642	3.405
Immobilien	1.010	48	200	1.258
Alternatives	53	632	47	732
Versicherungen	187	0	95	282
Bargeld	2.347	19	30	2.396
Andere	2	14	65	81
Zeitwert des Planvermögens	4.129	3.936	1.693	9.758

Für ca. 80 % der gesamten Planvermögenszeitwerte (Vorjahr: 85 %) bestehen Marktpreisnotierungen in einem aktiven Markt. Die restlichen Werte ohne solche Marktpreisnotierungen verteilen sich im Wesentlichen auf die Immobilien mit 12 % (Vorjahr: 11 %), die Versicherungen mit 6 % (Vorjahr: 3 %), Alternatives mit 1 % (Vorjahr: 1 %) und die Anderen mit 1 % (Vorjahr: 0 %). Die Investitionen auf den aktiven Märkten erfolgen überwiegend global diversifiziert mit gewissen landesspezifischen Schwerpunkten.

Immobilien mit einem Zeitwert von 1.016 MIO € (Vorjahr: 995 MIO €) werden durch die Deutsche Post AG selbst genutzt. Ansonsten werden, wie im Vorjahr, keine Vermögenswerte des Planvermögens selbst genutzt und keine eigenen übertragbaren Finanzinstrumente als Planvermögen gehalten.

In Deutschland, Großbritannien und z. B. auch in den Niederlanden, der Schweiz und den USA werden zwecks Abstimmung der Aktiv- und Passivseite in regelmäßigen Abständen Asset-Liability-Studien durchgeführt und die strategische Vermögensallokation für das Planvermögen wird entsprechend angepasst.

44.4 Auswirkung von Vermögensobergrenzen

In Großbritannien und in der Schweiz war aufgrund der Planvorschriften bei jeweils einem Pensionsplan eine Vermögensüberdeckung in geringem Umfang auf den Nutzenbarwert zu begrenzen (asset ceiling). Darüber hinaus gab es am 31. Dezember 2013, wie im Vorjahr, keine Auswirkungen von Vermögensobergrenzen. Angaben zu Höhe und Veränderung gegenüber dem Vorjahr finden sich unter [Tabelle 44.1](#).

44.5 Nettopensionsrückstellungen

Die Nettopensionsrückstellungen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2013				
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	4.479	181	358	5.018
Dienstzeitaufwand ¹	53	-35	41	59
Nettozinsaufwand	161	8	12	181
Neubewertungen	-106	297	-141	50
Arbeitgeberbeiträge	-143	-83	-37	-263
Arbeitnehmerbeiträge	10	0	0	10
Leistungszahlungen	-134	0	-11	-145
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	3	0	1	4
Akquisitionen/Desinvestitionen	-3	0	-1	-4
Währungseffekte	0	-6	-7	-13
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.320	362	215	4.897
2012				
Nettopensionsrückstellungen am 1. Januar	5.368	238	287	5.893
Dienstzeitaufwand ¹	97	37	40	174
Nettozinsaufwand	256	11	11	278
Neubewertungen	1.148	-17	68	1.199
Arbeitgeberbeiträge	-2.122	-93	-43	-2.258
Arbeitnehmerbeiträge	9	0	0	9
Leistungszahlungen	-284	-1	-9	-294
Planabgeltungszahlungen	0	0	0	0
Transfers	5	0	0	5
Akquisitionen/Desinvestitionen	2	0	0	2
Währungseffekte	0	6	4	10
Nettopensionsrückstellungen am 31. Dezember	4.479	181	358	5.018

¹ Inklusive anderer Verwaltungskosten nach IAS 19.130 aus Planvermögen

In Bezug auf die Nettopensionsrückstellungen werden im Jahr 2014 Zahlungen in Höhe von 422 MIO € erwartet. Hiervon entfallen 206 MIO € auf direkte erwartete Leistungszahlungen des Unternehmens und 216 MIO € auf erwartete Arbeitgeberbeiträge an Pensionsfondseinrichtungen.

44.6 Kostenkomponenten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne

Die Kostenkomponenten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne stellen sich folgendermaßen dar:

MIO €	Deutschland	Groß- britannien	Sonstige	Gesamt
2013				
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	111	34	41	186
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	-58	-75	-3	-136
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	0	6	3	9
Dienstzeitaufwand¹	53	-35	41	59
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	314	176	66	556
Zinsertrag auf das Planvermögen	-153	-168	-54	-375
Zinsen auf die Auswirkung von Vermögensobergrenzen	0	0	0	0
Nettozinsaufwand	161	8	12	181
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – gesamt	-76	393	-95	222
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	-30	-96	-50	-176
Änderung der Auswirkung von Vermögensobergrenzen unter Ausschluss der Zinsen	0	0	4	4
Neubewertungen	-106	297	-141	50
Kosten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne	108	270	-88	290
2012				
Laufender Dienstzeitaufwand, ohne Arbeitnehmerbeiträge	88	32	36	156
Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	0	0	1	1
Planabgeltungsgewinne (-)/-verluste (+)	0	0	0	0
Andere Verwaltungskosten nach IAS 19.130	9	5	3	17
Dienstzeitaufwand¹	97	37	40	174
Zinsaufwand auf die leistungsorientierten Verpflichtungen	357	191	74	622
Zinsertrag auf das Planvermögen	-101	-180	-63	-344
Zinsen auf die Auswirkung von Vermögensobergrenzen	0	0	0	0
Nettozinsaufwand	256	11	11	278
Versicherungsmathematische Gewinne (-)/Verluste (+) – gesamt	1.157	12	168	1.337
Ertrag aus Planvermögen unter Ausschluss des Zinsertrags	-9	-29	-99	-137
Änderung der Auswirkung von Vermögensobergrenzen unter Ausschluss der Zinsen	0	0	-1	-1
Neubewertungen	1.148	-17	68	1.199
Kosten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne	1.501	31	119	1.651

¹ Inklusive anderer Verwaltungskosten nach IAS 19.130 aus Planvermögen

Von den Kosten durch leistungsorientierte Altersversorgungspläne flossen 59 MIO € (Vorjahr: 174 MIO €) in den Personalaufwand, 181 MIO € (Vorjahr: 278 MIO €) in das sonstige Finanzergebnis und 50 MIO € (Vorjahr: 1.199 MIO €) außerhalb der Gewinn-und-Verlust-Rechnung in das sonstige Ergebnis.

44.7 Risiken

Im Zusammenhang mit den leistungsorientierten Altersversorgungsplänen existieren verschiedene Risiken, die für das Unternehmen und die Pläne von Bedeutung sind. Die Möglichkeiten zur Risikobegrenzung werden in Abhängigkeit von den planspezifischen Gegebenheiten genutzt.

ZINSRISIKO

Ein Absinken (Ansteigen) des Rechnungszinses führt zu einer Erhöhung (Verminderung) des Barwerts der Gesamtverpflichtung und wird grundsätzlich von einer Erhöhung (Verminderung) des

Zeitwerts der Renteninstrumente des Planvermögens begleitet. Weitere Absicherungen werden z.T. durch den Einsatz derivativer Finanzinstrumente vorgenommen.

INFLATIONSRISSIKO

Pensionsverpflichtungen können, insbesondere bei Endgehaltsbezogenheit oder aufgrund von in der Rentenauszahlungsphase vorzunehmenden Dynamisierungen, indirekt oder direkt an die Entwicklung der Inflation gekoppelt sein. Diesem Risiko bezüglich des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen ist dadurch begegnet worden, dass z. B. für Deutschland auf einen Festbetragsplan umgestellt worden ist und in Großbritannien die leistungsorientierten Pläne weitestgehend geschlossen worden sind bzw. dass Dynamisierungen festgeschrieben oder begrenzt oder Kapitalzahlungen vorgesehen worden sind. Außerdem besteht eine positive Korrelation mit den Zinsen.

INVESTITIONSRISIKO

Die Kapitalanlage ist grundsätzlich mit vielfältigen Risiken behaftet, insbesondere kann sie Marktpreisschwankungen ausgesetzt sein. Eine Steuerung wird vornehmlich durch breite Streuung und durch Einsatz von Risiko-Overlays vorgenommen.

LANGLEBIGKEITSRISIKO

Ein Langlebigkeitsrisiko kann sich aufgrund zukünftig steigender Lebenserwartung in Bezug auf die zukünftig anfallenden Leistungen ergeben. Ihm wird insbesondere dadurch Rechnung getragen, dass bei der Berechnung des Barwerts der leistungsorientierten Verpflichtungen aktuell übliche Sterbetafeln verwendet werden, die z.B. in Deutschland und Großbritannien bereits Zuschläge für eine zukünftig steigende Lebenserwartung beinhalten.

45 Sonstige Rückstellungen

MIO €	1. Jan. 2012	2012	2013
Sonstige langfristige Rückstellungen ¹	2.117	1.943	1.574
Sonstige kurzfristige Rückstellungen	2.134	1.663	1.745
Sonstige Rückstellungen¹	4.251	3.606	3.319

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2012 ¹	2013	2012	2013	2012	2013
Sonstige Personalleistungen ¹	827	745	253	311	1.080	1.056
Restrukturierungsrückstellungen	383	109	298	425	681	534
Versicherungstechnische Rückstellungen	397	402	194	203	591	605
Postwertzeichen	0	0	450	400	450	400
Steuerrückstellungen	0	0	127	116	127	116
Übrige Rückstellungen	336	318	341	290	677	608
	1.943	1.574	1.663	1.745	3.606	3.319

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

45.1 Entwicklung sonstige Rückstellungen

MIO €	Sonstige Personalleistungen ¹	Restrukturierungsrückstellungen	Versicherungstechnische Rückstellungen	Postwertzeichen	Steuerrückstellungen	Übrige Rückstellungen	Gesamt
Stand 1. Januar 2013	1.080	681	591	450	127	677	3.606
Änderung Konsolidierungskreis	0	0	0	0	1	0	1
Verbrauch	-583	-146	-51	-450	-66	-217	-1.513
Währungsumrechnungsdifferenz	-17	-20	-5	0	-6	-18	-66
Auflösung	-29	-79	-20	0	-25	-97	-250
Aufzinsung/Änderungen des Zinssatzes	1	0	1	0	0	4	6
Umgliederung	13	-17	-6	0	0	5	-5
Zuführung	591	115	95	400	85	254	1.540
Stand 31. Dezember 2013	1.056	534	605	400	116	608	3.319

¹ Angepasste Vorjahreszahl, Textziffer 4

In der Rückstellung „Sonstige Personalleistungen“ sind im Wesentlichen Aufwendungen für die Personalreduzierung (Abfindungen, Überbrückungsgelder, Altersteilzeit etc.), aktienbasierte Bonusverpflichtungen (SAR) und Jubiläumsverpflichtungen passiviert.

Die Restrukturierungsrückstellungen umfassen sämtliche Aufwendungen, die aus den Restrukturierungsmaßnahmen innerhalb des US-Expressbereichs sowie auch aus dem übrigen Konzern resultieren. Diese betreffen Maßnahmen, die im Wesentlichen auf in den USA übernommenen Verpflichtungen für Ausgleichszahlungen, Mieten für ungenutzte Anlagen, Leistungen gegenüber Arbeitnehmern anlässlich der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Altersteilzeitprogramme, Überbrückungsgelder) sowie Aufwendungen für die Schließung von z. B. Terminals beruhen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten überwiegend Rückstellungen für bekannte Schäden sowie Spätschadenrückstellungen, nähere Angaben finden sich unter [Textziffer 7](#).

Die Rückstellung für Postwertzeichen beinhaltet offene Leistungsverpflichtungen gegenüber den Kunden für Brief- und Paketzustellungen aus verkauften, aber vom Kunden noch vorgehaltenen Postwertzeichen und basiert auf Untersuchungen von Marktforschungsunternehmen. Sie wird zum Nominalwert der ausgegebenen Wertzeichen bewertet.

Die Steuerrückstellungen enthalten mit 35 MIO € (Vorjahr: 28 MIO €) Umsatzsteuer, mit 5 MIO € (Vorjahr: 6 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 76 MIO € (Vorjahr: 93 MIO €) sonstige Steuerrückstellungen.

45.2 Übrige Rückstellungen

MIO €	2012	2013
Prozesskosten	115	97
Risiken aus Geschäftstätigkeit	104	91
Flugzeuginstandhaltung	43	51
Sonstige übrige Rückstellungen	415	369
Übrige Rückstellungen	677	608

In den sonstigen übrigen Rückstellungen ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

45.3 Fälligkeitsstruktur

Die Fälligkeitsstruktur zu den im Geschäftsjahr 2013 bilanzierten Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

MIO €							Gesamt
	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre	
2013							
Sonstige Personalleistungen	311	281	170	94	57	143	1.056
Restrukturierungsrückstellungen	425	20	8	8	10	63	534
Versicherungstechnische Rückstellungen	203	163	84	52	36	67	605
Postwertzeichen	400	0	0	0	0	0	400
Steuerrückstellungen	116	0	0	0	0	0	116
Übrige Rückstellungen	290	120	54	33	28	83	608
	1.745	584	316	187	131	356	3.319

46 Finanzschulden

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
	Anleihen	4.109	4.164	0	924	4.109
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2	1	135	198	137	199
Verbindlichkeiten aus Finance Lease	123	194	26	19	149	213
Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	65	58	28	25	93	83
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	8	11	109	29	117	40
Sonstige Finanzschulden	106	184	105	133	211	317
Finanzschulden	4.413	4.612	403	1.328	4.816	5.940

46.1 Anleihen

Weitere Angaben zu den wesentlichen Anleihen enthält die folgende Tabelle. Die Anleihen der Deutsche Post Finance B.V. sind in voller Höhe durch die Deutsche Post AG garantiert.

Wesentliche Anleihen

	Nominalzins %	Nominal- volumen	Emittent	2012		2013	
				Buchwert MIO €	Zeitwert MIO €	Buchwert MIO €	Zeitwert MIO €
Anleihe 2003/2014	4,875	926 MIO €	Deutsche Post Finance B.V.	942	969	924	929
Anleihe 2012/2017	1,875	750 MIO €	Deutsche Post Finance B.V.	744	775	745	767
Anleihe 2012/2022	2,950	500 MIO €	Deutsche Post Finance B.V.	496	525	496	516
Anleihe 2012/2020	1,875	300 MIO €	Deutsche Post AG	296	302	295	296
Anleihe 2012/2024	2,875	700 MIO €	Deutsche Post AG	696	711	696	706
Anleihe 2013/2018	1,5	500 MIO €	Deutsche Post AG	0	0	491	499
Anleihe 2013/2023	2,75	500 MIO €	Deutsche Post AG	0	0	495	501
Wandelanleihe 2012/2019 ¹	0,600	1 MRD €	Deutsche Post AG	920	929	931	928

¹ Es handelt sich hierbei um die Fremdkapitalkomponente der Wandelanleihe, die Eigenkapitalkomponente wird unter der Kapitalrücklage ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Wandelanleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.353 MIO € (Vorjahr: 1.049 MIO €).

Die Deutsche Post AG hat zwei klassische Anleihen im Gesamtvolumen von 1 MRD € bei nationalen und internationalen Investoren platziert. Ausgabetermin war der 9. Oktober 2013. Das eingeworbene Kapital soll zur Tilgung einer im Januar 2014 fälligen zehnjährigen Anleihe genutzt werden. Die erste Anleihe mit einer Laufzeit von fünf Jahren hat ein Volumen von 500 MIO € und wird jährlich mit 1,5 % verzinst. Die zweite Anleihe in Höhe von 500 MIO € hat eine Laufzeit von zehn Jahren und wird jährlich mit 2,75 % verzinst.

Die am 6. Dezember 2012 emittierte Wandelanleihe mit einem Volumen von 1 MRD € ist mit einem Wandlungsrecht ausgestattet, das die Inhaber berechtigt, eine Wandlung der Schuldtitel in eine vorab spezifizierte Anzahl von Aktien der Deutsche Post AG vorzunehmen, wenn der Aktienkurs der Deutsche-Post-Aktie 130 % des dann gültigen Wandlungspreises nachhaltig übersteigt. Das Wandlungsrecht ist vom 16. Januar 2013 bis 21. November 2019 ausübbar. Der Wandlungspreis beträgt bei Ausgabe 20,74 €. Daneben wurde der Deutsche Post AG eine Call-Option eingeräumt mit dem Recht, die Anleihe vorzeitig zum Nominalbetrag zuzüglich der aufgelaufenen Stückzinsen zu kündigen, wenn der Aktienkurs der Deutsche-Post-Aktie 130 % des dann gültigen Wandlungspreises nachhaltig übersteigt. Die Option ist erstmals ausübbar am 6. Dezember 2017 und letztmals am 16. November 2019. Aufgrund der vertraglichen Gestaltung wurde die Wandelanleihe in eine Fremd- und Eigenkapitalkomponente aufgeteilt. Das Eigenkapitalinstrument in Höhe von 74 MIO € wird unter der Kapitalrücklage ausgewiesen. Der gemäß IFRS 32.31 ermittelte Wert der Fremdkapitalkomponente am Ausgabetermin, unter Berücksichtigung der Transaktionskosten und der eingeräumten Call-Option, betrug 920 MIO €. In den vorgenannten Beträgen sind Transaktionskosten in Höhe von 0,5 MIO € und 5,8 MIO € berücksichtigt. Der Buchwert der Anleihe ist in den Folgejahren erfolgswirksam mittels der Effektivzinsmethode auf den Ausgabebetrag anzupassen.

46.2 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

MIO €	2012	2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	137	199

Die Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen kurzfristige Kontokorrentkredite gegenüber verschiedenen Banken.

46.3 Verbindlichkeiten aus Finance Lease

Die Verbindlichkeiten aus Finance Lease betreffen im Wesentlichen folgende Sachverhalte:

	Leasingpartner	Zinssatz %	Laufzeitende	Objekt	2012 MIO €	2013 MIO €
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland	Diverse Vertragspartner	4,75	2023/2028	Immobilien	0	114
DHL Express (Austria) GmbH, Österreich	Raiffeisen Impuls Immobilien GmbH	3,62	2019	Immobilien	11	11
DHL Logistics GmbH, Deutschland	Fitia GmbH	5,175	2016	Immobilien	9	8
Deutsche Post AG, Deutschland	T-Systems International GmbH	6,5	2015	IT-Ausstattung	7	3
Deutsche Post Immobilien GmbH, Deutschland	Lorac Investment Management Sarl	6,0	2016	Immobilien	6	4
DHL Express (US) Inc., USA	Wachovia Financial Services; Wells Fargo	6,74	2019/2022	Sortiersystem- software	34	0
SCM Supply Chain Management Inc., Kanada	Bank of Nova Scotia	Variabel	2012/2013	Warehouse, Büro- ausstattung	12	0

Die Veränderung der Verbindlichkeiten aus Finance Lease resultiert aus einer vorzeitigen Vertragsablösung sowie aus Vertragsabschlüssen der Deutsche Post Immobilien GmbH mit verschiedenen Kontraktpartnern bezüglich neu angemieteter Zustellbasen in Deutschland.

Die Leasinggegenstände sind mit Buchwerten in Höhe von 330 MIO € (Vorjahr: 280 MIO €) in den Sachanlagen ausgewiesen. Die Abweichung zwischen den Buchwerten der Vermögenswerte und den Verbindlichkeiten resultiert aus der längeren wirtschaftlichen Nutzungsdauer der Vermögenswerte gegenüber dem kürzeren Rückzahlungszeitraum der Leasingraten sowie Sonderregelungen von Leasingverpflichtungen. Der Nominalwert der Mindestleasingzahlungen beträgt 255 MIO € (Vorjahr: 165 MIO €).

Fälligkeitsstruktur

MIO €	Barwert (Verbindlichkeiten aus Finance Lease)		Mindestleasingzahlungen Nominalwert	
	2012	2013	2012	2013
Bis 1 Jahr	26	19	33	24
Über 1 Jahr bis 5 Jahre	56	101	62	116
Über 5 Jahre	67	93	70	115
Gesamt	149	213	165	255

46.4 Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die unter diesem Posten ausgewiesenen Beträge betreffen die negativen Marktwerte derivativer Finanzinstrumente.

MIO €	2012	2013
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	117	40

46.5 Sonstige Finanzschulden

MIO €	2012	2013
Put-Option im Zusammenhang mit Erwerb der Restanteile an Giorgio-Gori-Gruppe	0	62
Schuldscheindarlehen im Zusammenhang mit Erwerb der TAG-Gruppe	57	55
Schuldscheindarlehen im Zusammenhang mit vorzeitiger Ablösung eines Finance-Lease-Vertrags	0	18
Übrige Finanzschulden	154	182
Sonstige Finanzschulden	211	317

Die übrigen Finanzschulden betreffen eine Vielzahl von Einzelsachverhalten.

47 Sonstige Verbindlichkeiten

MIO €	Langfristig		Kurzfristig		Gesamt	
	2012	2013	2012	2013	2012	2013
Sonstige Verbindlichkeiten	276	227	4.004	3.981	4.280	4.208

47.1 Gliederung der sonstigen Verbindlichkeiten

MIO €	2012	2013
Steuerverbindlichkeiten	884	967
Leistungszulagen	577	560
Löhne, Gehälter, Abfindungen	287	335
Urlaubsansprüche	375	298
Rechnungsabgrenzungsposten, davon langfristig: 61 (Vorjahr: 71)	351	295
Verbindlichkeiten gegenüber Mitarbeitern und Organmitgliedern	177	172
Verbindlichkeiten im Rahmen der sozialen Sicherheit	143	162
Kreditorische Debitoren	150	148
Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen, davon langfristig: 140 (Vorjahr: 149)	153	144
Überzeitarbeitsansprüche	110	105
Verbindlichkeiten aus Nachnahme	70	51
Sonstige Freizeitanprüche	49	40
Verbindlichkeiten Ausgangsschecks	35	37
Abgegrenzte Mietzahlungen	34	32
Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungen	36	26
Abgegrenzte Versicherungsbeiträge für Schadenersatz und Ähnliches	12	16
Verbindlichkeiten aus Schadenersatz	15	12
Übrige sonstige Verbindlichkeiten, davon langfristig: 26 (Vorjahr: 56)	822	808
	4.280	4.208

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen mit 544 MIO € (Vorjahr: 502 MIO €) Umsatzsteuer, mit 269 MIO € (Vorjahr: 227 MIO €) Zölle und Abgaben sowie mit 154 MIO € (Vorjahr: 155 MIO €) sonstige Steuerverbindlichkeiten.

Die Verbindlichkeiten aus dem Verkauf von Wohnungsbaudarlehen betreffen Verpflichtungen der Deutsche Post AG zur Zahlung von Zinssubventionen an Darlehensnehmer zum Ausgleich von Konditionsnachteilen im Zusammenhang mit den in Vorjahren erfolgten Forderungsabtretungen sowie Verpflichtungen aus weiterzuleitenden Tilgungen und Zinsen für verkaufte Wohnungsbaudarlehen.

In den sonstigen Verbindlichkeiten ist eine Vielzahl von Einzelsachverhalten enthalten.

47.2 Fälligkeitsstruktur

MIO €	2012	2013
Bis 1 Jahr	4.004	3.981
Über 1 Jahr bis 2 Jahre	46	41
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	28	7
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	10	7
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	7	28
Über 5 Jahre	185	144
	4.280	4.208

Für die sonstigen Verbindlichkeiten ergeben sich aufgrund kurzer Laufzeiten bzw. einer marktnahen Verzinsung keine signifikanten Unterschiede zwischen den bilanziellen Buch- und Zeitwerten. Es besteht kein signifikantes Zinsrisiko, da sie größtenteils marktnah variabel verzinslich sind.

48 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen beinhalten auch die Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen in Höhe von 46 MIO € (Vorjahr: 42 MIO €).

MIO €	2012	2013
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.991	6.392

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben überwiegend eine Fälligkeit von unter einem Jahr. Der ausgewiesene Buchwert entspricht dem Marktwert.

ERLÄUTERUNGEN ZUR KAPITALFLUSSRECHNUNG

49 Erläuterungen zur Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung wird gemäß IAS 7 (Cashflow Statement) erstellt. Sie legt die Zahlungsströme offen, um Herkunft und Verwendung der flüssigen Mittel aufzuzeigen. Sie unterscheidet dabei zwischen Mittelveränderungen aus operativer Geschäftstätigkeit, Investitions- und Finanzierungstätigkeit. Die flüssigen Mittel beinhalten Kassenbestand, Schecks sowie Guthaben bei Kreditinstituten mit einer Restlaufzeit von nicht mehr als drei Monaten und entsprechen den flüssigen Mitteln laut Bilanz. Effekte der Währungsumrechnung sowie Änderungen des Konsolidierungskreises werden bei der Berechnung bereinigt.

49.1 Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit

Der Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wird ermittelt, indem zunächst das Konzernjahresergebnis um den Steuer Aufwand und das Finanzergebnis sowie nicht zahlungswirksame Größen bereinigt wird, ergänzt um die Steuerzahlungen, die Veränderungen der Rückstellungen sowie die Veränderungen der sonstigen langfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit vor Änderung des kurzfristigen Nettovermögens). Nach Berücksichtigung der Veränderungen der kurzfristigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (ohne Finanzschulden) ergibt sich ein Mittelzufluss/-abfluss aus operativer Geschäftstätigkeit.

Der Mittelzufluss aus operativer Geschäftstätigkeit belief sich im Geschäftsjahr 2013 auf 2.994 MIO € gegenüber einem Mittelabfluss von 203 MIO € im Vorjahr. Diese Verbesserung ist vor allem auf die im Vorjahr erfolgte Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten zurückzuführen.

Die im EBIT enthaltenen Abschreibungen sind nicht zahlungswirksam und werden daher wieder korrigiert. Im Berichtsjahr lagen sie mit 1.341 MIO € auf Vorjahresniveau. Korrigiert werden auch die zahlungsunwirksamen Aufwendungen und Erträge: Sie haben das EBIT um 16 MIO € gemindert, aber zu keiner Mittelveränderung geführt. Sie betreffen mehrheitlich Aufwendungen aus der Neubewertung von Vermögenswerten.

Die Gewinne aus dem Abgang langfristiger Vermögenswerte in Höhe von 22 MIO € sind der nicht operativen Geschäftstätigkeit zuzuordnen. Sie werden daher in der Zeile „Ergebnis aus dem Abgang von langfristigen Vermögenswerten“ wieder korrigiert und stattdessen in den Mittelveränderungen aus der Investitionstätigkeit gezeigt.

Ein gestiegenes Working Capital hat zu einem Mittelabfluss von 84 MIO € geführt. Im Vorjahr sind aus der Veränderung dieser Position 422 MIO € abgeflossen. Vor allem die Veränderung der Verbindlichkeiten und sonstigen Posten hat zu dieser Entwicklung maßgeblich beigetragen.

Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen

MIO €	2012	2013
Aufwendungen aus Neubewertung Vermögenswerte	94	122
Erträge aus Neubewertung Verbindlichkeiten	-203	-114
Erträge aus Abgang Vermögenswerte	-2	-11
Personalaufwand aus Share Matching Scheme	19	20
Sonstiges	-5	-1
Zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	-97	16

49.2 Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit ergibt sich im Wesentlichen aus dem Mittelzufluss aus den Abgängen langfristiger Vermögenswerte (Desinvestitionen) und dem Mittelabfluss für Investitionen in langfristige Vermögenswerte.

Daneben werden in diesem Tätigkeitsbereich erhaltene Zinsen und Dividenden sowie die Mittelzu- bzw. -abflüsse aus der Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte berücksichtigt.

Der Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit lag mit 1.772 MIO € um 75 MIO € über dem Vorjahreswert. Größter Posten waren mit 1.389 MIO € die Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen und immateriellem Anlagevermögen, die um 250 MIO € geringer als im Vorjahr waren. Das Investitionsvolumen lag auf Vorjahresniveau.

Ein Großteil der Investitionen ist gegen Ende des Jahres zwar aktiviert worden, hat aber erst nach dem Bilanzstichtag zu Auszahlungen geführt. Die Anlage überschüssiger Liquidität in Geldmarktfonds hat im Wesentlichen zum Mittelabfluss aus der Veränderung der kurzfristigen finanziellen Vermögenswerte in Höhe von 575 MIO € geführt. Dagegen hat im Vorjahr die bilanzielle Abbildung der Beihilferückforderung als sonstiger langfristiger finanzieller Vermögenswert den Investitions-Cashflow um 298 MIO € reduziert.

Bei den Akquisitionen von Unternehmen wurden folgende Vermögenswerte und Schulden übernommen, [Textziffer 2](#):

MIO €	2012	2013
Langfristige Vermögenswerte	5	2
Kurzfristige Vermögenswerte (ohne flüssige Mittel)	19	8
Langfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	2	0
Kurzfristige Rückstellungen und Verbindlichkeiten	8	7

Die folgende Tabelle zeigt die Ermittlung des Free Cashflow:

Ermittlung Free Cashflow		
MIO €	2012	2013
Mittelabfluss/-zufluss aus operativer Geschäftstätigkeit	-203	2.994
Verkauf von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	225	177
Erwerb von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-1.639	-1.389
Zahlungsmittelabfluss aus der Veränderung von Sachanlagen und immateriellen Vermögenswerten	-1.414	-1.212
Abgänge Tochterunternehmen und sonstige Geschäftseinheiten	39	32
Erwerb von Tochterunternehmen und sonstigen Geschäftseinheiten	-57	-37
Zahlungsmittelabfluss aus Akquisitionen/ Desinvestitionen	-18	-5
Erhaltene Zinsen	46	42
Zinszahlungen	-296	-166
Nettozinszahlungen	-250	-124
Free Cashflow	-1.885	1.653

Der Free Cashflow wird als Indikator dafür angesehen, wie viele Zahlungsmittel dem Unternehmen für Dividendenzahlungen oder für die Rückführung der Verschuldung zur Verfügung stehen.

Er hat sich von -1.885 MIO € im Vorjahr auf 1.653 MIO € verbessert. Dies ist vor allem auf den verbesserten operativen Cashflow zurückzuführen, der im Vorjahr durch die Ausfinanzierung der Pensionsverbindlichkeiten und die Umsatzsteuernachzahlung außergewöhnlich stark belastet war.

49.3 Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit

Aus der Finanzierungstätigkeit sind im Berichtsjahr 110 MIO € liquide Mittel abgeflossen, während im Vorjahr Mittel in Höhe von 1.199 MIO € zugeflossen sind.

Mit je 495 MIO € hat die Emission zweier Anleihen mit fünf- bzw. zehnjähriger Laufzeit zur Aufnahme langfristiger Finanzschulden von 1.010 MIO € beigetragen. Im Vorjahr führte vor allem die Begebung klassischer Unternehmensanleihen sowie die Emission einer Wandelanleihe zur Aufnahme langfristiger Finanzschulden von 3.176 MIO €. Darüber hinaus sind im Vorjahreszeitraum 773 MIO € zur Tilgung langfristiger Finanzschulden verwendet worden.

Größte Auszahlung im Bereich der Finanzierungstätigkeit war erneut die Dividendenzahlung an die Aktionäre der Deutsche Post AG, die mit 846 MIO € auf dem Niveau des Vorjahres lag. Die Zinszahlungen waren mit 166 MIO € dagegen um 130 MIO € niedriger als im Vorjahr, in dem die Zinszahlung im Zusammenhang mit der Umsatzsteuernachzahlung geleistet wurde.

Einzahlungen aus der Ausgabe von Anteilen oder anderen Eigenkapitalinstrumenten gingen um 70 MIO € auf 4 MIO € zurück: Im Vorjahr wurde in dieser Position der auf das Eigenkapital entfallende Teil der Wandelanleihe abgebildet.

49.4 Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente

Die dargestellten Mittelzu- und -abflüsse der einzelnen Tätigkeitsbereiche haben zu einem Bestand an flüssigen Mitteln und Zahlungsmitteläquivalenten von 3.417 MIO € geführt, [Textziffer 36](#). Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Bestand um 1.017 MIO € erhöht.

SONSTIGE ERLÄUTERUNGEN

50 Risiken und Finanzinstrumente des Konzerns

50.1 Risikomanagement

Aufgrund seiner operativen Geschäftstätigkeit sieht sich der Konzern mit Finanzrisiken konfrontiert, die aus der Änderung von Wechselkursen, Rohstoffpreisen und Zinssätzen entstehen können. Diese Risiken werden bei Deutsche Post DHL zentral gesteuert. Dabei werden originäre und derivative Finanzinstrumente eingesetzt. Letztere finden lediglich zur Begrenzung originärer Finanzrisiken Verwendung und sollten hinsichtlich ihrer Marktwertschwankungen nicht isoliert vom Grundgeschäft betrachtet werden.

Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten und die notwendigen Kontrollen für den Einsatz von Derivaten sind in der internen Risikorichtlinie des Konzerns geregelt. Die Erfassung, die Bewertung und die Abwicklung der Finanztransaktionen erfolgt mithilfe einer geprüften Risikomanagementsoftware, mit der auch regelmäßig die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehungen dokumentiert wird. Derivateportfolios werden regelmäßig mit den betreffenden Banken abgeglichen.

Im Hinblick auf das Inkrafttreten der European Market Infrastructure Regulation (EMIR) hat der Konzern seine Risikomanagementprozesse überprüft und angepasst: Rahmenverträge mit Banken wurden ergänzt und zusätzlich interne Kontrollen für den Einsatz von Derivaten eingeführt.

Um das aus dem Abschluss von Finanztransaktionen potenziell resultierende Kontrahentenrisiko zu begrenzen, dürfen diese Kontrakte nur mit Banken erstklassiger Bonität abgeschlossen werden. Der Rahmen der den Banken individuell zugeordneten Kontrahentenlimits wird täglich überwacht. Der Konzernvorstand wird intern in regelmäßigen Abständen über die existierenden Finanzrisiken und die zur Risikosteuerung eingesetzten Sicherungsgeschäfte informiert. Die Bilanzierung und Bewertung der Finanzinstrumente erfolgt gemäß IAS 39.

Liquiditätsmanagement

Das wichtigste Ziel des Liquiditätsmanagements ist die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Konzerns Deutsche Post DHL und aller Konzerngesellschaften. Deshalb wird die Liquidität im Konzern so weit wie möglich über Cash Pools zentralisiert und im Corporate Center gesteuert.

Die wesentliche Steuerungsgröße sind die zentral verfügbaren Liquiditätsreserven (Funding Availability), die sich aus den zentralen kurzfristigen Geldanlagen und den fest zugesagten Kreditlinien zusammensetzen. Angestrebt wird die Verfügbarkeit einer zentralen Kreditlinie von mindestens 2 MRD €.

Am 31. Dezember 2013 verfügte Deutsche Post DHL über zentrale Liquiditätsreserven von 4,6 MRD € (Vorjahr: 2,7 MRD €), die sich aus zentralen Geldanlagen in Höhe von 2,6 MRD € und einer syndizierten Kreditlinie in Höhe von 2 MRD € zusammensetzten.

Die Fälligkeitsstruktur der originären finanziellen Verbindlichkeiten im Anwendungsbereich des IFRS 7 basierend auf Cash-flows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse: Restlaufzeiten

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2013						
Langfristige Finanzschulden	82	156	233	849	662	3.379
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0	11	3	3	2	130
Langfristige Verbindlichkeiten	82	167	236	852	664	3.509
Kurzfristige Finanzschulden	1.299	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.392	0	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	346	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	8.037	0	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2012						
Langfristige Finanzschulden	106	1.031	61	61	811	2.758
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	0	4	4	4	3	137
Langfristige Verbindlichkeiten	106	1.035	65	65	814	2.895
Kurzfristige Finanzschulden	297	0	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.991	0	0	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	462	0	0	0	0	0
Kurzfristige Verbindlichkeiten	6.750	0	0	0	0	0

Am 9. Oktober 2013 hat die Deutsche Post AG zwei festverzinsliche Anleihen im Gesamtvolumen von 1 MRD € am Kapitalmarkt platziert. Die Anleihen haben ein Nominalvolumen von jeweils 500 MIO € und Laufzeiten von fünf und zehn Jahren. Der Emissionserlös wird zur Tilgung der im Januar 2014 fälligen

Anleihe der Deutsche Post Finance B.V. über 926 MIO € verwendet werden. Bis dahin werden die Mittel kurzfristig am Geldmarkt investiert. Die Anleihen werden unter den langfristigen Finanzschulden ausgewiesen.

Die Fälligkeitsstruktur der derivativen Finanzinstrumente basierend auf Cashflows stellt sich wie folgt dar:

Fälligkeitsanalyse: Restlaufzeiten

MIO €	Bis 1 Jahr	Über 1 Jahr bis 2 Jahre	Über 2 Jahre bis 3 Jahre	Über 3 Jahre bis 4 Jahre	Über 4 Jahre bis 5 Jahre	Über 5 Jahre
Zum 31. Dezember 2013						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-5.345	-389	0	0	0	0
Cash Inflow	5.591	403	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	23	5	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-1.821	-411	-46	-33	-41	-37
Cash Inflow	1.776	409	48	26	26	23
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-4	-1	0	0	0	0
Zum 31. Dezember 2012						
Forderungen aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-5.210	-616	0	0	0	0
Cash Inflow	5.422	663	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Inflow	13	2	0	0	0	0
Verbindlichkeiten aus Derivaten mit Bruttoausgleich						
Cash Outflow	-4.922	-440	0	0	0	0
Cash Inflow	4.803	430	0	0	0	0
Mit Nettoausgleich						
Cash Outflow	-22	-3	0	0	0	0

Aus derivativen Finanzinstrumenten resultieren sowohl Ansprüche als auch Verpflichtungen. Die vertragliche Gestaltung legt fest, ob diese miteinander verrechnet werden und damit zu einem Nettoausgleich führen oder ob beide Vertragsparteien ihre Verpflichtungen vollständig zu erfüllen haben (Bruttoausgleich).

WÄHRUNGSRISIKO UND WÄHRUNGSMANAGEMENT

Aufgrund der internationalen Geschäftstätigkeit von Deutsche Post DHL können Währungsrisiken aus bereits bilanzierten sowie aus geplanten zukünftigen Transaktionen entstehen:

Bilanzielle Währungsrisiken entstehen aus der Bewertung und der Erfüllung von gebuchten Fremdwährungspositionen, wenn der Kurs am Bewertungsstichtag oder Erfüllungstag vom Einbuchungskurs abweicht. Die daraus resultierenden Fremdwährungsdifferenzen wirken sich unmittelbar auf das Ergebnis aus. Um diese Effekte weitestgehend zu reduzieren, werden alle wesentlichen bilanziellen Fremdwährungsrisiken im Konzern im Rahmen der Inhouse-Bank-Funktion bei der Deutsche Post AG

zentralisiert. Die zentralisierten Risiken werden vom Corporate Treasury zu einer Nettoposition je Währung zusammengefasst und auf Basis von Value-at-Risk-Limits extern abgesichert. Der währungsbezogene Value at Risk (95%/ein Monat Haltedauer) für das betreffende Portfolio betrug zum Stichtag insgesamt 4 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €) bei einem Limit von maximal 5 MIO €.

Der Nominalwert der zur Steuerung bilanzieller Währungsrisiken eingesetzten Devisentermingeschäfte und -Swaps betrug zum Stichtag 2.409 MIO € (Vorjahr: 4.370 MIO €) bei einem Marktwert von 34 MIO € (Vorjahr: 42 MIO €). Auf die Anwendung von Fair Value Hedge Accounting für die Bilanzierung der eingesetzten Derivate wurde aus Vereinfachungsgründen verzichtet. Die Derivate werden als Trading-Derivate ausgewiesen.

Aus geplanten Fremdwährungstransaktionen entstehen Währungsrisiken, wenn die Abwicklung der zukünftigen Fremdwährungstransaktionen zu Kursen erfolgt, die von den ursprünglichen Planungs- oder Kalkulationskursen abweichen. Diese Währungsrisiken werden im Corporate Treasury zentral erfasst und im Rahmen eines Sicherungsprogramms über 24 Monate rollierend gesteuert. Ziel ist es, alle wesentlichen Währungsrisiken über 24 Monate durchschnittlich bis zu 50 % abzusichern. Dies soll Planungssicherheit schaffen und währungskursbedingte Schwankungen des Ergebnisses abmildern. Zum Bilanzstichtag betrug die durchschnittliche Sicherungsquote der betroffenen Währungen für die nächsten 24 Monate rund 35 %. Die betreffenden Absicherungsgeschäfte werden im Rahmen von Cashflow Hedge Accounting abgebildet, [Textziffer 50.3](#) „Cashflow Hedges“.

Insgesamt waren zum Stichtag Devisentermingeschäfte und -Swaps mit einem Nominalwert von 4.280 MIO € (Vorjahr: 5.976 MIO €) ausstehend. Der entsprechende Marktwert belief sich auf 98 MIO € (Vorjahr: 51 MIO €). Devisenoptionen bestanden wie im Vorjahr zum Jahresende nicht. Zur Absicherung von Fremdwährungsfinanzierungen bestanden außerdem Cross-Currency Swaps mit einem Nominalwert von 163 MIO € (Vorjahr: 163 MIO €) und einem Marktwert von 14 MIO € (Vorjahr: 2 MIO €).

Fremdwährungsrisiken, die aus der Umrechnung von Vermögenswerten und Schulden ausländischer Unternehmenseinheiten in die Konzernwährung resultieren (Translationsrisiken), waren zum 31. Dezember 2013 nicht gesichert.

Von den zum 31. Dezember 2013 nach IAS 39 im Eigenkapital erfassten unrealisierten Ergebnissen aus währungsbezogenen Derivaten werden voraussichtlich 69 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €) im Verlauf des Jahres 2014 ergebniswirksam.

IFRS 7 fordert eine quantitative Risikoindikation, die die Auswirkungen von Wechselkursänderungen am Bilanzstichtag auf die Gewinn- und -Verlust-Rechnung und das Eigenkapital analysiert. Dazu werden die im Bestand befindlichen Finanzinstrumente in fremder Währung im Rahmen einer Value-at-Risk-Berechnung (95 % Konfidenz/ein Monat Haltedauer) auf die Auswirkungen dieser Wechselkursänderungen untersucht. Es wird unterstellt, dass der Bestand am Bilanzstichtag repräsentativ für das Gesamtjahr ist. Die Auswirkungen hypothetischer Wechselkursänderungen auf das Translationsrisiko fallen nicht in den Anwendungsbereich von IFRS 7. Folgende Annahmen werden der Sensitivitätsanalyse zugrunde gelegt:

Originäre Finanzinstrumente von Konzerngesellschaften in fremder Währung werden über die Inhouse-Bank der Deutsche Post AG gesichert, indem die Deutsche Post AG monatliche Währungskurse fixiert und garantiert. Änderungen der Währungskurse haben daher keinen Einfluss auf die Gewinn- und -Verlust-Rechnung und das Eigenkapital der Konzerngesellschaften. Da vereinzelt Konzerngesellschaften aus rechtlichen Gründen nicht am Inhouse Banking teilnehmen können, werden deren Währungsrisiken aus originären Finanzinstrumenten durch den Einsatz von Derivaten zu 100 % lokal abgesichert. Sie haben somit keine Auswirkung auf die Risikoposition des Konzerns.

Hypothetische Wechselkursänderungen haben einen erfolgswirksamen Einfluss auf die Marktwerte der externen Derivate der Deutsche Post AG und auf die Fremdwährungsergebnisse aus der Stichtagsbewertung der Inhouse-Bank-Salden, Salden von externen Bankkonten sowie internen und externen Darlehen der Deutsche Post AG. Der währungsbezogene Value at Risk der betreffenden Fremdwährungspositionen betrug zum Stichtag 4 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €). Weiterhin haben hypothetische Wechselkursänderungen Auswirkungen auf das Eigenkapital und auf die Marktwerte der Derivate, die zur Sicherung von bilanzunwirksamen festen Verpflichtungen und mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretenden künftigen Fremdwährungstransaktionen – Cashflow Hedges – abgeschlossen worden sind. Der währungsbezogene Value at Risk dieser Risikoposition lag zum 31. Dezember 2013 bei 30 MIO € (Vorjahr: 32 MIO €). Der gesamte währungsbezogene Value at Risk betrug zum Bilanzstichtag 29 MIO € (Vorjahr: 35 MIO €). Aufgrund gegenseitiger Abhängigkeiten ist der Gesamtwert geringer als die Summe der oben genannten Einzelwerte.

ZINSRISIKO UND ZINSMANAGEMENT

Die Marktwerte der Zinssicherungsgeschäfte wurden auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows ermittelt, dafür wurde das im Corporate Treasury eingesetzte Risikomanagementsystem verwendet.

Zum 31. Dezember 2013 bestanden Zins-Swaps mit einem Nominalvolumen von 1.126 MIO € (Vorjahr: 326 MIO €). Der Marktwert dieser Zins-Swap-Position betrug 6 MIO € (Vorjahr: 23 MIO €). Wie im Vorjahr existierten zum Stichtag keine Zinsoptionsgeschäfte.

Im Geschäftsjahr 2013 hat der Konzern weitere festverzinsliche Anleihen am Kapitalmarkt emittiert. Gleichzeitig hat sich die Restlaufzeit der im Januar 2014 fälligen Anleihe auf weniger als ein Jahr verkürzt und zusätzlich wurde ein Teil der originär festverzinslichen Anleihen in variable kurzfristige Zinsen gewappt. Im Endeffekt hat sich dadurch der Anteil von Instrumenten mit kurzfristiger Zinsbindung gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Unter Berücksichtigung bestehender Zinssicherungsgeschäfte beträgt der Anteil der Finanzschulden mit kurzfristiger Zinsbindung, [Textziffer 46](#), zum Bilanzstichtag ca. 36 % (Vorjahr: 8 %). Der Einfluss einer möglichen Zinsänderung auf die Finanzlage des Konzerns ist aber weiterhin unbedeutend.

Die von IFRS 7 geforderte Darstellung der quantitativen Risikoindikation bezogen auf das Zinsänderungsrisiko erfolgt mittels einer Sensitivitätsanalyse. Mit dieser Methode werden die Effekte aus hypothetischen Marktziinsänderungen auf die Zinserträge und Zinsaufwendungen sowie auf das Eigenkapital zum Stichtag ermittelt. Folgende Annahmen liegen der Sensitivitätsanalyse zugrunde:

Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente unterliegen einem Zinsänderungsrisiko und sind deshalb in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen. Originäre variabel verzinsliche Finanzinstrumente, die mittels Cashflow Hedging in festverzinsliche Finanzinstrumente transformiert wurden, werden nicht einbezogen. Marktziinsänderungen wirken sich bei derivativen Finanzinstrumenten, die zur Sicherung von zinsbedingten Zahlungsschwankungen abgeschlossen wurden (Cashflow Hedging),

durch Marktwertänderungen auf das Eigenkapital aus und sind deshalb im Rahmen der Sensitivitätsanalyse zu berücksichtigen. Alle festverzinslichen und zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzinstrumente unterliegen keinem Zinsänderungsrisiko.

Designierte Fair Value Hedges zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken werden in die Analyse nicht einbezogen, da sich die zinsbedingten Wertänderungen des Grundgeschäfts und des Sicherungsgeschäfts nahezu vollständig für die Periode in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung ausgleichen. Lediglich der variable Teil des Sicherungsinstruments hat Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ist in die Sensitivitätsanalyse einzubeziehen.

Wenn das Marktzinsniveau zum 31. Dezember 2013 um 100 Basispunkte höher gewesen wäre, hätte sich das Finanzergebnis um -6 MIO € verschlechtert (Vorjahr: um 2 MIO € verbessert). Eine Absenkung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte hätte den gegenläufigen Effekt zur Folge gehabt. Eine Veränderung des Marktzinsniveaus um 100 Basispunkte hätte Auswirkungen auf die im Eigenkapital bilanzierten Marktwerte der Zinsderivate. Eine Zinserhöhung in diesem Geschäftsjahr hätte wie im Vorjahr zu keiner Erhöhung des Eigenkapitals geführt und eine Absenkung hätte wie im Vorjahr keine Verringerung des Eigenkapitals zur Folge gehabt.

MARKTPREISRISIKO

Risiken aus Rohstoffpreisschwankungen wurden wie im Vorjahr weitgehend über operative Maßnahmen an die Kunden weitergegeben, dies gilt insbesondere bei Preisschwankungen bei Kerosin und Schiffsdiesel. Allerdings wirken die entsprechenden Treibstoffzuschläge (Fuel Surcharges) erst mit einer Zeitverzögerung von ein bis zwei Monaten, sodass bei starken kurzfristigen Treibstoffpreisveränderungen vorübergehende Ergebniseffekte entstehen können.

Darüber hinaus wurden in geringem Umfang aber auch Rohstoffpreis-Swaps für Diesel und Schiffsdiesel zur Steuerung der verbliebenen Risiken genutzt. Der Nominalwert dieser Commodity-Swaps betrug 56 MIO € (Vorjahr: 8 MIO €) bei einem Marktwert von 0 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €).

IFRS 7 fordert eine Sensitivitätsanalyse, die die Effekte hypothetischer Rohstoffpreisänderungen auf Gewinn-und-Verlust-Rechnung und Eigenkapital darstellt.

Rohstoffpreisänderungen hätten einerseits Auswirkungen auf den Marktwert der zur Absicherung zukünftiger hochwahrscheinlicher Rohstoffeinkäufe abgeschlossenen Derivate (Cashflow Hedges) und die Hedge-Reserve im Eigenkapital. Wären die den Derivaten zugrunde liegenden Rohstoffpreise zum Bilanzstichtag 10 % höher gewesen, hätte dies zu einer Erhöhung der Marktwerte und des Eigenkapitals von 5 MIO € (Vorjahr: 0 MIO €) geführt. Ein entsprechender Rückgang der Rohstoffpreise hätte den gegenläufigen Effekt gehabt.

Weiterhin wird aus Vereinfachungsgründen ein Teil der Rohstoffpreissicherungsgeschäfte nicht unter Cashflow Hedge Accounting bilanziert. Für die betreffenden Derivate würden sich Rohstoffpreisänderungen sowohl auf die Marktwerte als auch auf die Gewinn-und-Verlust-Rechnung auswirken. Wären die zugrunde liegenden Rohstoffpreise zum Bilanzstichtag 10 % höher gewesen, hätte dies wie im Vorjahr zu einer Erhöhung der betreffenden Marktwerte und damit des operativen Ergebnisses um weniger als 1 MIO € geführt. Ein entsprechender Rückgang der Rohstoffpreise hätte die Marktwerte und das operative Ergebnis ebenfalls um weniger als 1 MIO € verringert.

KREDITRISIKO

Ein Kreditrisiko besteht für den Konzern aufgrund der Tatsache, dass Vertragspartner ihren Verpflichtungen aus operativer Geschäftstätigkeit und aus Finanztransaktionen nicht nachkommen. Um das Kreditrisiko aus Finanztransaktionen zu minimieren, werden nur Geschäfte mit Vertragspartnern erstklassiger Bonität abgeschlossen. Aufgrund der heterogenen Kundenstruktur besteht keine Risikokonzentration. Jedem Vertragspartner wird ein individuelles Limit zugewiesen, dessen Ausschöpfung regelmäßig überwacht wird. An den Bilanzstichtagen wird geprüft, ob aufgrund der Bonität der einzelnen Kontrahenten eine Wertminderung auf die positiven Marktwerte notwendig ist. Zum 31. Dezember 2013 war dies bei keinem Kontrahenten der Fall.

Im operativen Geschäft werden die Ausfallrisiken fortlaufend überwacht. Der Gesamtbetrag der Buchwerte der finanziellen Vermögenswerte stellt das maximale Ausfallrisiko dar. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 7.040 MIO € (Vorjahr: 6.959 MIO €) sind innerhalb eines Jahres fällig. Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die Überfälligkeiten bei Forderungen:

MIO €	Buchwert vor Wertminderung	Zum Abschlussstichtag weder wertgemindert noch fällig	Zum Abschlussstichtag überfällig und nicht wertgemindert						
			< 30 Tage	31–60 Tage	61–90 Tage	91–120 Tage	121–150 Tage	151–180 Tage	> 180 Tage
Zum 31. Dezember 2013									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.250	5.154	749	641	270	93	42	36	17
Zum 31. Dezember 2012									
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.175	5.038	764	647	258	103	44	26	23

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben sich wie folgt entwickelt:

MIO €	2012	2013
Bruttoforderungen		
Anfangsstand 1. Januar	7.163	7.175
Veränderungen	12	75
Endstand 31. Dezember	7.175	7.250
Wertberichtigungen		
Anfangsstand 1. Januar	-229	-216
Veränderungen	13	6
Endstand 31. Dezember	-216	-210
Bilanzwert 31. Dezember	6.959	7.040

Alle übrigen Finanzinstrumente sind weder überfällig noch wertgemindert. Die heterogene Struktur der Vertragspartner schließt eine Risikokonzentration aus.

Auf die übrigen Vermögenswerte wurden Wertberichtigungen in Höhe von 23 MIO € (Vorjahr: 45 MIO €) vorgenommen.

50.2 Sicherheiten

Unter den langfristigen finanziellen Vermögenswerten werden zum Bilanzstichtag 545 MIO € (Vorjahr: 549 MIO €) gestellte Sicherheiten ausgewiesen. Davon entfallen 318 MIO € auf Zahlungsmittel mit Verfügungsbeschränkung, die auf einem Sperrkonto der Commerzbank AG für eventuelle Zahlungen aufgrund des EU-Beihilfeverfahrens hinterlegt worden sind, [Textziffer 3](#), Geschäftsbericht 2012. Weitere 55 MIO € betreffen Sicherheiten im Rahmen einer M & A-(Merger- & -Acquisition-)Transaktion. Ein Betrag in Höhe von 102 MIO € bezieht sich im Wesentlichen auf Verbindlichkeiten im Rahmen der Abwicklung der Wohnungsbaudarlehen der Deutsche Post AG und weitere 64 MIO € betreffen gezahlte Kautionen.

Unter den kurzfristigen finanziellen Vermögenswerten werden 41 MIO € (Vorjahr: 49 MIO €) gestellte Sicherheiten ausgewiesen. Der wesentliche Teil betrifft Sicherheiten, die für QTE-Leasing-Transaktionen angelegt worden sind.

50.3 Derivative Finanzinstrumente

Die folgende Tabelle gibt einen Überblick über die im Konzern eingesetzten bilanzierten derivativen Finanzinstrumente und ihre Marktwerte. Derivate mit amortisierendem Nominalvolumen werden in voller Höhe bei Endfälligkeit gezeigt.

Derivative Finanzinstrumente

MIO €							Marktwerte 2013 nach Fälligkeit												
							2012						Vermögen					Schulden	
		Nominalwert	Marktwert	Nominalwert	Marktwert Vermögen	Marktwert Schulden	Marktwert gesamt	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre	Bis 1 Jahr	Bis 2 Jahre	Bis 3 Jahre	Bis 4 Jahre	Bis 5 Jahre	> 5 Jahre
Zinsbezogene Produkte																			
Zins-Swaps	326	23	1.126	12	-6	6	12	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-4	-2
davon Cashflow Hedges	163	13	163	7	0	7	7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Fair Value Hedges	163	10	963	5	-6	-1	5	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-4	-2
davon zu Handelszwecken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Währungsbezogene Geschäfte																			
Devisentermingeschäfte	2.918	4	2.206	94	-26	68	78	16	0	0	0	0	-21	-5	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	1.442	9	1.825	89	-25	64	73	16	0	0	0	0	-20	-5	0	0	0	0	0
davon Net Investment Hedges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	1.476	-5	381	5	-1	4	5	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Devisen-Swaps	3.058	47	2.074	36	-6	30	36	0	0	0	0	0	-6	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	164	0	46	1	-1	0	1	0	0	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	2.894	47	2.028	35	-5	30	35	0	0	0	0	0	-5	0	0	0	0	0	0
Cross-Currency Swaps	163	2	163	14	0	14	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	163	2	163	14	0	14	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Fair Value Hedges	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	6.139	53	4.443	144	-32	112	128	16	0	0	0	0	-27	-5	0	0	0	0	0
Rohstoffpreisbezogene Geschäfte																			
Rohstoffpreis-Swaps	8	0	56	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon Cashflow Hedges	3	0	52	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
davon zu Handelszwecken	5	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Neben den in der Tabelle aufgeführten derivativen Finanzinstrumenten bestehen weitere Derivate mit einem Marktwert in Höhe von -2 MIO € (Vorjahr: -49 MIO €), die aus M & A-Transaktionen resultieren.

FAIR VALUE HEDGES

Zur Absicherung des Fair-Value-Risikos von festverzinslichen Euroverbindlichkeiten mit Fälligkeit in 2014 wurden Zins-Swaps als Fair Value Hedges eingesetzt. Die beizulegenden Zeitwerte dieser Zins-Swaps betragen 5 MIO € (Vorjahr: 10 MIO €). Zum 31. Dezember 2013 bestand außerdem eine Buchwertanpassung auf das Grundgeschäft aus einem in der Vergangenheit aufgelösten Zins-Swap von 1 MIO € (Vorjahr: 7 MIO €). Die Buchwertanpassung wird über die Restlaufzeit der Verbindlichkeit anhand der Effektivzinsmethode erfolgswirksam aufgelöst und reduziert den künftigen Zinsaufwand.

Zur Absicherung des Fair-Value-Risikos festverzinslicher Euroanleihen mit Fälligkeiten in 2018 und 2020 wurden im Jahr 2013 neue Zins-Swaps abgeschlossen und als Fair Value Hedges designiert. Der Marktwert dieser Sicherungsgeschäfte betrug zum Bilanzstichtag –6 MIO €. Eine Übersicht über die aus den gesicherten Grundgeschäften und den entsprechenden Sicherungsgeschäften entstandenen Gewinne und Verluste gibt die folgende Tabelle:

Ineffektivitäten Fair Value Hedges

MIO €	2012	2013
Gewinne (+) aus den gesicherten Grundgeschäften	1	11
Verluste (–) aus den Sicherungsgeschäften	–1	–11
Saldo (Ineffektivitäten)	0	0

CASHFLOW HEDGES

Cashflow-Risiken aus zukünftigen operativen Fremdwährungsumsätzen und -aufwendungen werden im Konzern mit Devisentermingeschäften und -Swaps abgesichert. Die Zeitwerte der Devisentermingeschäfte und -Swaps lagen zum Stichtag bei 64 MIO € (Vorjahr: 9 MIO €). Die gesicherten Grundgeschäfte werden bis 2015 Cashflow-wirksam.

Risiken aus festverzinslichen Fremdwährungsanlagen wurden mit synthetischen Zins-Währungs-Swaps gesichert und in festverzinsliche Euroanlagen transformiert. Diese synthetischen Zins-Währungs-Swaps mit einem Zeitwert zum Stichtag von 21 MIO € (Vorjahr: 15 MIO €) sichern das Währungsrisiko.

Risiken aus dem Einkauf von Diesel, die nicht an Kunden weitergereicht werden können, wurden mit Rohstoffpreis-Swaps abgesichert, die im Jahr 2014 Cashflow-wirksam werden. Der Zeitwert dieser Cashflow Hedges betrug zum Jahresende wie im Vorjahr 0 MIO €.

50.4 Zusätzliche Angaben zu den im Konzern eingesetzten

Finanzinstrumenten

Im Konzern werden Finanzinstrumente analog zu den jeweiligen Bilanzposten klassifiziert. Die folgende Übersicht zeigt eine Überleitung der Klassen auf die Kategorien des IAS 39 und die jeweiligen Marktwerte:

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2013

MIO €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
		Trading	Fair Value Option	
AKTIVA				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.124			
at cost	858	0	0	97
at Fair Value	266	0	90	160
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.040			
at cost	7.040	0	0	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.221			
at cost	955	0	0	0
nicht IFRS 7	1.266	0	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	821			
at cost	70	0	0	0
at Fair Value	751	40	0	611
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	3.417	0	0	0
Summe AKTIVA	14.623	40	90	868
PASSIVA				
Langfristige Finanzschulden ¹	4.612			
at cost	4.601	0	0	0
at Fair Value	11	0	0	0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	227			
at cost	147	0	0	0
nicht IFRS 7	80	0	0	0
Kurzfristige Finanzschulden	1.328			
at cost	1.299	0	0	0
at Fair Value	29	8	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.392			
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	3.981			
at cost	346	0	0	0
nicht IFRS 7	3.635	0	0	0
Summe PASSIVA	16.540	8	0	0

¹ Die in den langfristigen und kurzfristigen Finanzschulden enthaltenen Anleihen der Deutsche Post AG und Deutsche Post Finance B.V. wurden teilweise als Grundgeschäfte zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt damit weder vollständig zum Zeitwert noch zu fortgeführten Anschaffungskosten. Daneben wird in den langfristigen Finanzschulden die Wandelanleihe der Deutsche Post AG, die im Dezember 2012 emittiert wurde, ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Anleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.353 Mio €. Der Zeitwert der Fremdkapitalkomponente ist am Bilanzstichtag mit 928 Mio € auszuweisen.

Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Sonstige Finanzinstrumente		Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
			außerhalb von IAS 39	Forderungen aus Leasing/ Verbindlichkeiten aus Finance Lease	
729	0	0	32		846
0	0	16	0		266
7.040	0	0	0		7.040
955	0	0	0		955
0	0	0	0		0
63	0	0	7		70
0	0	100	0		751
3.417	0	0	0		3.417
12.204	0	116	39		–
4.407	0	0	194		4.657
0	0	11	0		11
147	0	0	0		147
0	0	0	0		0
1.280	0	0	19		1.302
0	0	21	0		29
6.392	0	0	0		6.392
346	0	0	0		346
0	0	0	0		0
12.572	0	32	213		–

Überleitung der Bilanzwerte zum 31. Dezember 2012

MIO €

	Buchwert	Wertansatz nach Bewertungskategorie gemäß IAS 39		
		Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte/Verbindlichkeiten		Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
		Trading	Fair Value Option	
AKTIVA				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	1.039			
at cost	866	0	0	104
at Fair Value	173	0	79	58
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	6.959			
at cost	6.959	0	0	0
Sonstige kurzfristige Vermögenswerte	2.153			
at cost	893	0	0	0
nicht IFRS 7	1.260	0	0	0
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	252			
at cost	119	0	0	0
at Fair Value	133	85	0	24
Flüssige Mittel und Zahlungsmitteläquivalente	2.400	0	0	0
Summe AKTIVA	12.803	85	79	186
PASSIVA				
Langfristige Finanzschulden ¹	4.413			
at cost	4.405	0	0	0
at Fair Value	8	3	0	0
Sonstige langfristige Verbindlichkeiten	276			
at cost	149	0	0	0
nicht IFRS 7	127	0	0	0
Kurzfristige Finanzschulden	403			
at cost	294	0	0	0
at Fair Value	109	88	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5.991	0	0	0
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	4.004			
at cost	398	0	0	0
nicht IFRS 7	3.606	0	0	0
Summe PASSIVA	15.087	91	0	0

¹ Die in den langfristigen Finanzschulden enthaltenen Anleihen der Deutsche Post AG und der Deutsche Post Finance b.v. wurden vollständig oder teilweise als Grundgeschäfte zum Fair Value Hedge designiert und unterliegen damit einem Basis-Adjustment. Die Bilanzierung erfolgt damit weder vollständig zum Zeitwert noch zu fortgeführten Anschaffungskosten. Daneben wird in den langfristigen Finanzschulden die Wandelanleihe der Deutsche Post AG, die im Dezember 2012 emittiert wurde, ausgewiesen. Der Zeitwert der notierten Anleihe beläuft sich am Bilanzstichtag auf 1.049 Mio €. Der Zeitwert der Fremdkapitalkomponente ist am Bilanzstichtag mit 929 Mio € auszuweisen.

In den Geschäftsjahren 2013 und 2012 wurden keine Vermögenswerte reklassifiziert.

			Sonstige Finanzinstrumente außerhalb von IAS 39	Beizulegender Zeitwert der Finanzinstrumente innerhalb von IFRS 7
Ausleihungen und Forderungen/ Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	Bis zur Endfälligkeit zu haltende Vermögenswerte	Als Sicherungsinstrumente designierte Derivate	Forderungen aus Leasing/ Verbindlichkeiten aus Finance Lease	
737	0	0	25	866
0	0	36	0	173
6.959	0	0	0	6.959
893	0	0	0	893
0	0	0	0	0
77	0	0	42	119
0	0	24	0	133
2.400	0	0	0	2.400
11.066	0	60	67	–
4.282	0	0	123	4.571
0	0	5	0	8
149	0	0	0	149
0	0	0	0	0
268	0	0	26	294
0	0	21	0	109
5.991	0	0	0	5.991
398	0	0	0	398
0	0	0	0	0
11.088	0	26	149	–

Existiert für ein Finanzinstrument ein liquider Markt (z.B. eine Wertpapierbörse), wird der Fair Value durch den Markt- bzw. Börsenpreis am Bilanzstichtag bestimmt. Soweit sich kein Fair Value am aktiven Markt ablesen lässt, werden zur Bewertung notierte Marktpreise am aktiven Markt für ähnliche Instrumente oder anerkannte Bewertungsmodelle zur Ermittlung der Marktwerte verwendet. Die Modelle berücksichtigen die wesentlichen wertbestimmenden Faktoren der Finanzinstrumente. Die verwendeten Bewertungsparameter werden aus den Marktkonditionen zum Bilanzstichtag abgeleitet. Das Kontrahentenrisiko wird auf Basis der aktuellen Credit Default Swaps der Vertragspartner analysiert. Die beizulegenden Zeitwerte von sonstigen langfristigen Forderungen sowie von bis zur Endfälligkeit gehaltenen Finanzinvestitionen mit Restlaufzeiten von über einem Jahr entsprechen den Barwerten der mit den Vermögenswerten verbundenen Zahlungen unter Berücksichtigung der jeweils aktuellen Zinsparameter.

Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente, Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Forderungen haben überwiegend kurze Restlaufzeiten. Daher entsprechen ihre Buchwerte zum Abschlussstichtag näherungsweise dem beizulegenden Zeitwert. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben regelmäßig kurze Restlaufzeiten; die bilanzierten Werte stellen näherungsweise die beizulegenden Zeitwerte dar.

In den als zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte klassifizierten Finanzanlagen sind in Höhe von 97 MIO € (Vorjahr: 104 MIO €) Anteile an Personen- und Kapitalgesellschaften enthalten. Für diese Instrumente besteht kein aktiver Markt. Da die zukünftigen Cashflows nicht zuverlässig ermittelt werden können, kann kein Marktwert mit Bewertungsmodellen ermittelt werden. Die Anteile dieser Gesellschaften werden zu Anschaffungskosten ausgewiesen. Es ist nicht geplant, von den zum 31. Dezember 2013 ausgewiesenen zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerten wesentliche Anteile in naher Zukunft zu veräußern oder auszubuchen. Im Geschäftsjahr wie auch im Vorjahr wurden keine wesentlichen zu Anschaffungskosten bewerteten Anteile veräußert. Die zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte, die zum Fair Value bewertet werden, betreffen Eigenkapital- und Schuldinstrumente.

Unter den erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten werden Wertpapiere ausgewiesen, für die die Fair Value Option in Anspruch genommen worden ist, um bilanzielle Inkongruenzen zu vermeiden. Für die Vermögenswerte existiert ein aktiver Markt. Die Bilanzierung erfolgt zu Marktwerten.

In der folgenden Tabelle werden die zum Fair Value und die nicht zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumente je Klasse hinsichtlich ihrer Methoden der Fair-Value-Ermittlung dokumentiert:

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

MIO €				
Klasse	Level 1 ¹	Level 2 ²	Level 3 ³	Gesamt
Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten: 2013				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	157	765	190	1.112
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	611	210	0	821
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	768	975	190	1.933
Langfristige Finanzschulden	4.221	447	0	4.668
Kurzfristige Finanzschulden	927	402	2	1.331
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	5.148	849	2	5.999
Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten: 2012				
Langfristige finanzielle Vermögenswerte	137	770	132	1.039
Kurzfristige finanzielle Vermögenswerte	24	228	0	252
Finanzielle Vermögenswerte gesamt	161	998	132	1.291
Langfristige Finanzschulden	4.210	366	3	4.579
Kurzfristige Finanzschulden	0	357	46	403
Finanzielle Verbindlichkeiten gesamt	4.210	723	49	4.982

¹ Level 1: notierte Preise am Markt

² Level 2: Bewertung anhand wesentlicher Inputfaktoren, die auf beobachtbaren Marktdaten beruhen

³ Level 3: Bewertung anhand wesentlicher Inputfaktoren, die nicht auf beobachtbaren Marktdaten beruhen

Die Bestimmung der Marktwerte für Devisentermingeschäfte erfolgt auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung von Terminkursen auf dem Devisenmarkt. Die Devisenoptionen wurden mittels des Optionspreismodells von Black-Scholes bewertet.

Unter Level 2 fallen die Rohstoff-, Zins- und Fremdwährungs-derivate. Die Bestimmung der Marktwerte der Derivate (Devisentermingeschäfte, Zins- und Rohstoffpreis-Swaps) erfolgt auf Basis abgezinster, zukünftig erwarteter Cashflows unter Berücksichtigung von Terminkursen für Währungen, Zinsen und Rohstoffe (Marktvergleichsverfahren). Dafür werden am Markt beobachtbare Preisnotierungen (Währungskurse, Zinsen und Rohstoffpreise) aus marktüblichen Informationsplattformen in das Treasury Management System importiert. Die Preisnotierungen spiegeln

die tatsächlichen Transaktionen für ähnliche Instrumente am aktiven Markt wider. Gegebenenfalls vorhandene Devisenoptionen werden mittels des Optionspreismodells von Black-Scholes bewertet. Alle wesentlichen Inputfaktoren für die Bewertung der Derivate sind am Markt beobachtbar. Level 3 enthält im Wesentlichen Marktwerte von Unternehmensbeteiligungen und Optionen, die im Zusammenhang mit M & A-Transaktionen abgeschlossen worden sind. Die Bewertung erfolgt mittels anerkannter Bewertungsmodelle unter Berücksichtigung plausibler Annahmen und hängt maßgeblich von Finanzkennzahlen ab.

Im Geschäftsjahr 2013 sind keine Finanzinstrumente zwischen den Leveln transferiert worden. Die Tabelle dokumentiert die Ergebnisauswirkung der in Level 3 eingeordneten Finanzinstrumente zum Bilanzstichtag:

Nicht beobachtbare Parameter (Level 3)

MIO €	Gewinne und Verluste (Auswirkung in GuV)		Gewinne und Verluste (Auswirkung im sonstigen Ergebnis)		Zugang		Abgang		Zugang		
	Zum 1. Jan. 2013									Zum 31. Dez. 2013	
Vermögenswerte											
Eigenkapitalinstrumente	28	0	41 ¹	24	0					93	
Schulden											
Schuldinstrumente	1	-1 ²	0	0	0					0	
Derivate											
Eigenkapitalderivate	48	-43 ²	0	0	0			-3		2	

¹ Die unrealisierten Gewinne haben sich in der IAS-39-Neubewertungsrücklage ausgewirkt.

² Die Verluste aus der Fair-Value-Bewertung werden in den sonstigen Finanzaufwendungen gezeigt.

Die Nettoergebnisse aus Finanzinstrumenten, gegliedert nach den einzelnen Bewertungskategorien des IAS 39, stellen sich wie folgt dar:

Nettoergebnisse der Bewertungskategorien

MIO €	2012	2013
Ausleihungen und Forderungen	-111	-107
Erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten		
Trading	-337	41
Fair Value Option	0	0
Übrige finanzielle Verbindlichkeiten	2	3

Die Nettoergebnisse berücksichtigen im Wesentlichen Effekte aus der Fair-Value-Bewertung, der Wertberichtigung und der Veräußerung (Veräußerungsgewinne/-verluste) der Finanzinstrumente. Im Geschäftsjahr wurde eine Option im Rahmen einer M & A-Transaktion erfolgswirksam ausgebucht. Der Ausweis für die Kategorie Trading für das Vorjahr betraf die Bewertung des Forward und der Optionen, die abgeschlossen wurden, um die verbleibenden Aktien der Deutsche Postbank AG zu übertragen. Bei den erfolgswirksam zum Fair Value bilanzierten Finanzinstrumenten wurden keine Dividenden und Zinsen berücksichtigt. Angaben zum Nettoergebnis der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte erfolgen unter [Textziffer 40.2](#). Erträge und Aufwendungen aus Zinsen und Provisionsvereinbarungen der nicht erfolgswirksam zum Marktwert bewerteten Finanzinstrumente werden in den Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung dargestellt.

In den folgenden Tabellen werden die bilanziellen Auswirkungen von Nettingvereinbarungen aufgrund von Master-Netting-Vereinbarungen oder ähnlichen Verträgen auf die Darstellung der finanziellen Vermögenswerte und finanziellen Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag dargestellt:

Saldierung – Vermögenswerte

MIO €	Bruttowert der am Stichtag bilanzierten finanziellen Forderungen	Bruttowert der saldierten finanziellen Verbindlichkeiten	In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge der saldierten finanziellen Forderungen	In der Bilanz nicht saldierte finanzielle Vermögenswerte und Schulden		Gesamt
				Finanzielle Verbindlichkeiten, die einer rechtlich durchsetzbaren Nettingvereinbarung unterliegen, jedoch die Saldierungskriterien nicht erfüllen	Erhaltene Sicherheiten	
Vermögenswerte zum 31. Dezember 2013						
Derivative finanzielle Vermögenswerte	156	0	156	38	0	118
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.207	167	7.040	0	0	7.040
Vermögenswerte zum 31. Dezember 2012						
Derivative finanzielle Vermögenswerte ¹	144	0	144	68	0	76
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.084	125	6.959	0	0	6.959

¹ Ohne M&A-Derivate

Saldierung – Schulden

MIO €	Bruttowert der am Stichtag bilanzierten finanziellen Verbindlichkeiten	Bruttowert der saldierten finanziellen Forderungen	In der Bilanz ausgewiesene Nettobeträge der saldierten finanziellen Verbindlichkeiten	In der Bilanz nicht saldierte finanzielle Vermögenswerte und Schulden		Gesamt
				Finanzielle Forderungen, die einer rechtlich durchsetzbaren Nettingvereinbarung unterliegen, jedoch die Saldierungskriterien nicht erfüllen	Gewährte Sicherheiten	
Schulden zum 31. Dezember 2013						
Schulden aufgrund derivativer Finanzinstrumente ¹	38	0	38	38	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.559	167	6.392	0	0	6.392
Schulden zum 31. Dezember 2012						
Schulden aufgrund derivativer Finanzinstrumente ¹	68	0	68	68	0	0
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.116	125	5.991	0	0	5.991

¹ Ohne M&A-Derivate

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten werden aufgrund von Nettingvereinbarungen (Globalverrechnungsverträgen) nur dann saldiert, wenn am Bilanzstichtag ein durchsetzbarer Rechtsanspruch auf Verrechnung besteht und ein Ausgleich auf Nettobasis beabsichtigt ist.

Ist ein Anspruch auf Saldierung im gewöhnlichen Geschäftsverlauf nicht durchsetzbar, werden die finanziellen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten am Bilanzstichtag mit ihren Bruttobeträgen in der Bilanz ausgewiesen. Der Globalverrechnungsvertrag schafft nur einen bedingten Anspruch auf Verrechnung, der nur im Rechtsweg durchsetzbar ist.

Zur Sicherung von Cashflow- und Fair-Value-Risiken geht die Deutsche Post AG mit einer Vielzahl von Finanzdienstleistungsinstituten Finanztermingeschäfte ein. Diesen Verträgen liegt ein standardisierter Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte zugrunde. Daraus lässt sich ein bedingter Anspruch auf Verrechnung ableiten, der zu einem Bruttoausweis der Finanztermingeschäfte am Bilanzstichtag führt. Der bedingte Verrechnungsanspruch ist in der Tabelle dargestellt.

Abrechnungsprozesse aus Lieferungen und Leistungen im Rahmen der Postzustellung unterliegen dem Weltpostvertrag und dem REIMS-Vertrag. Die Vereinbarungen, insbesondere die Abrechnungsmodalitäten, sind für alle sogenannten Public Postal Operators in den jeweils beschriebenen Vertragskonstellationen verbindlich. Importe und Exporte eines jeden Kalenderjahres zwischen zwei Vertragsparteien werden in einer Jahresrechnung abgerechnet und sind bei der jährlichen Schlussrechnung saldiert darzustellen. Der nach der Saldierung Fordernde stellt die Schlussrechnung. Forderungen und Verbindlichkeiten im Rahmen des Weltpostvertrags und des REIMS-Vertrags werden am Bilanzstichtag netto dargestellt. Die oben stehenden Tabellen zeigen die Forderungen und Verbindlichkeiten vor und nach Verrechnung.

51 Eventualverbindlichkeiten

Die Eventualverbindlichkeiten des Konzerns belaufen sich auf insgesamt 1.077 MIO € (Vorjahr: 1.135 MIO €). Von den Eventualverbindlichkeiten betreffen 21 MIO € Bürgschaftsverpflichtungen (Vorjahr: 22 MIO €), 84 MIO € Gewährleistungsverpflichtungen (Vorjahr: 103 MIO €) sowie 124 MIO € Verpflichtungen aus Prozessrisiken (Vorjahr: 130 MIO €).

Die sonstigen Eventualverbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr von 880 MIO € um 32 MIO € auf 848 MIO € gesunken.

52 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten bestehen sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 6.129 MIO € (Vorjahr: 6.325 MIO €) aus unkündbaren operativen Leasingverhältnissen gemäß IAS 17.

Die künftigen unkündbaren Leasingverpflichtungen des Konzerns entfallen auf folgende Anlageklassen:

Leasingverpflichtungen

MIO €	2012	2013
Grundstücke und Bauten	5.100	4.966
Flugzeuge	647	524
Transportmittel	450	512
Technische Anlagen und Maschinen	65	67
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48	47
IT-Ausstattung	15	13
Leasingverpflichtungen	6.325	6.129

Die Verringerung der Leasingverpflichtungen um 196 MIO € auf 6.129 MIO € resultiert aus der Reduzierung der Restlaufzeiten der Altverträge, insbesondere bei Immobilien und Flugzeugen, denen im Wesentlichen keine neuen Leasingverträge im gleichen Umfang gegenüberstehen.

Fälligkeitsstruktur der Mindestleasingzahlungen

MIO €	2012	2013
Bis 1 Jahr	1.504	1.465
Über 1 Jahr bis 2 Jahre	1.107	1.109
Über 2 Jahre bis 3 Jahre	837	853
Über 3 Jahre bis 4 Jahre	642	651
Über 4 Jahre bis 5 Jahre	500	475
Über 5 Jahre	1.735	1.576
	6.325	6.129

Der Barwert der abgezinsten Mindestleasingzahlungen beläuft sich auf 5.019 MIO € (Vorjahr: 5.156 MIO €). Dabei wurde ein Abzinsungsfaktor von 4,75 % (Vorjahr: 4,75 %) zugrunde gelegt. Insgesamt sind Miet- und Leasingzahlungen in Höhe von 2.508 MIO € (Vorjahr: 2.529 MIO €) entstanden, davon entfallen 1.696 MIO € (Vorjahr: 1.730 MIO €) auf unkündbare Miet- und Leasingverträge. Die künftigen Leasingverpflichtungen aus unkündbaren Verträgen entfallen im Wesentlichen mit 2.092 MIO € (Vorjahr: 2.255 MIO €) auf die Deutsche Post Immobilien GmbH.

Das Bestellobligo für Investitionen in langfristige Vermögenswerte beträgt 134 MIO € (Vorjahr: 125 MIO €).

53 Rechtsverfahren

Viele Postdienstleistungen der Deutsche Post AG und ihrer Tochtergesellschaften unterliegen der sektorspezifischen Regulierung nach dem Postgesetz durch die Bundesnetzagentur. Als Regulierungsbehörde genehmigt oder überprüft diese Entgelte, gestaltet Bedingungen des Zugangs zu Teilleistungen und übt die besondere Missbrauchsaufsicht aus. Aus diesem allgemeinen Regulierungsrisiko können sich im Falle negativer Entscheidungen Umsatz- und Ergebniseinbußen ergeben.

Rechtliche Risiken resultieren unter anderem aus den verwaltungsgerichtlichen anhängigen Klagen eines Verbandes sowie eines Wettbewerbers gegen die Preisgenehmigungsentscheidungen im Rahmen des Price-Cap-Verfahrens für die Jahre 2003, 2004 und 2005 sowie des Verbandes zusätzlich gegen die entsprechenden Entscheidungen für das Jahr 2008 und 2013. Die Klagen gegen die Preisgenehmigungen der Jahre 2003 bis 2005 hat das Oberverwaltungsgericht Münster in der Berufungsinstanz zurückgewiesen, jedoch wurde Revision beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Über die Klagen gegen die Preisgenehmigungen für die Jahre 2008 und 2013 hat das Verwaltungsgericht Köln noch nicht entschieden.

Ebenso resultieren rechtliche Risiken aus Klagen der Deutsche Post AG gegen weitere Entgeltgenehmigungsentscheidungen der Regulierungsbehörde. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Klagen gegen die Entgeltgenehmigungen für den Zugang von Wettbewerbern zu den Postfachanlagen und Adressänderungsinformationen der Deutsche Post AG.

Rechtliche Risiken stehen im Zusammenhang mit den Teilleistungsrabatten, die die Deutsche Post AG zum 1. Juli 2010 erhöht hatte. Gegen diese Rabatterhöhungen hatten Wettbewerber der Deutsche Post AG und deren Verbände Beschwerden bei der Bundesnetzagentur erhoben. Nach Ansicht der Beschwerdeführer widersprechen die Rabatterhöhungen insbesondere den regulatorischen Vorgaben. Die Bundesnetzagentur hat jedoch in ihrem Überprüfungsverfahren keinen Verstoß gegen die einschlägigen Vorgaben festgestellt und das Verfahren durch Mitteilung vom 15. September 2010 eingestellt. Mehrere Wettbewerber der Deutsche Post AG haben im Oktober 2011 Klage gegen die Bundesnetzagentur mit dem Ziel erhoben, die Rabatterhöhung rückgängig zu machen. Nach Ansicht der Deutsche Post AG entsprechen die Teilleistungsentgelte und die Rabatterhöhungen den regulatorischen und den sonstigen rechtlichen Vorgaben. Nach Verhandlung des Verwaltungsgerichts Köln am 25. November 2013 haben die Kläger die Klage zurückgezogen. Damit ist die Entscheidung der Bundesnetzagentur vom 15. November 2010 bestandskräftig.

Die Bundesnetzagentur hat mit Beschluss vom 14. Juni 2011 festgestellt, dass die First Mail Düsseldorf GmbH, eine Tochtergesellschaft der Deutsche Post AG, und die Deutsche Post AG gegen das Abschlags- und Diskriminierungsverbot nach dem Postgesetz verstoßen. Den Gesellschaften wurde auferlegt, die festgestellten Verstöße abzustellen. Beide Gesellschaften haben gegen den Beschluss geklagt. Außerdem hat die First Mail Düsseldorf GmbH die Aussetzung der Vollziehung des Beschlusses bis zur Entscheidung des Hauptsacheverfahrens beantragt. Das Verwaltungsgericht Köln und das Oberverwaltungsgericht Münster haben diesen Antrag jeweils abgelehnt. Die First Mail Düsseldorf GmbH hat die Beförderung von Briefsendungen zum Ende des Jahres 2011 ein-

gestellt und die Klage am 19. Dezember 2011 zurückgenommen. Die Deutsche Post AG verfolgt die Klage gegen den Beschluss der Bundesnetzagentur weiter.

Mit Beschluss vom 30. April 2012 hat die Bundesnetzagentur festgestellt, dass die Deutsche Post AG gegen das Diskriminierungsverbot des Postgesetzes verstoße, indem sie inhaltsgleiche Rechnungen zu anderen Entgelten befördert als Rechnungen mit unterschiedlichen Rechnungsbeträgen. Die Deutsche Post AG wurde aufgefordert, die festgestellte Diskriminierung unverzüglich, spätestens zum 31. Dezember 2012, abzustellen. Der Beschluss wurde zum 1. Januar 2013 umgesetzt. Die Deutsche Post teilt die Rechtsauffassung der Bundesnetzagentur nicht und hat gegen den Beschluss Klage erhoben.

In dem am 12. September 2007 eröffneten förmlichen Beihilfeverfahren hat die EU-Kommission am 25. Januar 2012 ihre Entscheidung getroffen. Die Kommission hat festgestellt, dass die Deutsche Post AG in den Jahren 1989 bis 2007 nicht für Kosten der erbrachten Universaldienstleistungen durch staatliche Mittel überkompensiert wurde. Auch die vom Bund übernommenen Bürgschaften für Altverbindlichkeiten hat sie nicht beanstandet. Dagegen hat sie bezüglich der Regelungen zur Finanzierung der Beamtenpensionen teilweise eine rechtswidrige Beihilfe festgestellt. Die Berücksichtigung von Pensionslasten bei den behördlichen Preisgenehmigungen der Bundesnetzagentur habe dazu geführt, dass der Deutsche Post AG ein Vorteil bei ihren nicht der Preisregulierung unterliegenden Diensten entstanden sei. Dieser sei von der Bundesrepublik Deutschland zurückzufordern, zudem müsse diese sicherstellen, dass den nicht der Preisregulierung unterliegenden Diensten diesbezüglich auch künftig kein beihilferechtlich relevanter Vorteil mehr entstehe. Die exakte Berechnung der Summe des zurückzuzahlenden Betrags hat die EU-Kommission der Bundesrepublik überlassen, in einer Pressemitteilung allerdings einen Betrag von 500 Mio € bis 1 Mrd € genannt.

Die Deutsche Post AG und die Bundesregierung sind der Auffassung, dass die Beihilfeentscheidung der Kommission vom 25. Januar 2012 rechtswidrig ist und haben jeweils dagegen Klage beim Europäischen Gericht in Luxemburg erhoben.

Um die Beihilfeentscheidung umzusetzen, hat die Bundesregierung die Deutsche Post AG am 29. Mai 2012 aufgefordert, 298 Mio € einschließlich Zinsen zu zahlen. Die Deutsche Post AG hat den Betrag am 1. Juni 2012 an einen Treuhänder geleistet. Gegen den Rückforderungsbescheid hat sie Klage vor dem Verwaltungsgericht erhoben. Diese Klage ist allerdings bis zum Abschluss des Verfahrens vor dem Europäischen Gericht ruhend gestellt worden. Am 2. Januar 2013 sowie am 2. Januar 2014 hat sie weitere Zahlungen in Höhe von 19,4 Mio € bzw. 15,6 Mio € an den Treuhänder geleistet. Die bis zum Abschlussstichtag geleisteten Zahlungen wurden in der Bilanz in den langfristigen Vermögenswerten erfasst, die Ertragslage blieb davon unberührt.

Die EU-Kommission hat die Berechnung der Beihilferückforderung nicht abschließend akzeptiert. Am 17. Dezember 2013 hat sie Klage gegen die Bundesrepublik beim Europäischen Gerichtshof erhoben, um eine höhere Rückzahlungsforderung zu erwirken. Obwohl die Beihilfeentscheidung der EU-Kommission vom 25. Januar 2012 nach Auffassung von Deutsche Post AG und Bundesregierung rechtswidrig ist, kann dennoch nicht ausge-

geschlossen werden, dass die Deutsche Post AG abschließend zu einer (gegebenenfalls höheren) Zahlung verpflichtet wird und es zu einer Belastung des Ergebnisses kommt.

54 Aktienbasierte Vergütung

In die Bewertung des aktienorientierten Vergütungssystems für Führungskräfte fließen Annahmen zur Aktienkursentwicklung der Aktie der Deutsche Post AG sowie Annahmen zur Mitarbeiterfluktuation ein. Alle Annahmen werden quartalsweise überprüft. Der Personalaufwand wird entsprechend der im Erdienungszeitraum (Sperrfrist) erbrachten Gegenleistung zeiträtlich erfolgswirksam erfasst.

Aktienorientiertes Vergütungssystem für Führungskräfte (Share Matching Scheme)

Das aktienorientierte Vergütungssystem für Führungskräfte (Share Matching Scheme) sieht vor, dass bestimmte Konzernführungs-kräfte einen Teil ihres variablen Gehalts für das Geschäftsjahr im Folgejahr in Aktien der Deutsche Post AG erhalten (sogenannte Incentive Shares); alle Konzernführungs-kräfte können individuell einen erhöhten Aktienanteil durch Umwandlung eines

weiteren Teils des variablen Gehalts für das Geschäftsjahr bestimmen (sogenannte Investment Shares). Nach Ablauf einer vierjährigen Haltefrist, in der die Führungskraft im Konzern beschäftigt sein muss, erhält sie nochmals die gleiche Anzahl an Aktien der Deutsche Post AG (sogenannte Matching Shares). Zudem werden Annahmen bezüglich des Verhaltens der Führungskräfte zur weiteren Wandlung von Anteilen ihres Bonusanspruchs getroffen. Da es sich um ein jährlich aufgelegtes Programm der aktienorientierten Vergütung handelt, sind die jeweiligen Gewährungstage jeder Jahrestanche der 1. Januar des jeweiligen Jahres sowie der 1. April der Folgejahres. Während die Incentive und Matching Shares als anteilsbasierte Vergütungen mit Ausgleich durch Eigenkapitalinstrumente kategorisiert werden, handelt es sich bei den Investment Shares um zusammengesetzte Finanzinstrumente, bei denen die Schuld- und die Eigenkapitalkomponente grundsätzlich getrennt zu bewerten sind. Aufgrund der Bedingungen des Share Matching Scheme wird gemäß IFRS 2.37 ausschließlich der Schuldkomponente ein Wert zugewiesen. Damit werden die Investment Shares wie eine anteilsbasierte Vergütung mit Barausgleich behandelt.

Share Matching Scheme

		Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012	Tranche 2013
		1. Nov. 2009/ 1. April 2010	1. Jan. 2010/ 1. April 2011	1. Jan. 2011/ 1. April 2012	1. Jan. 2012/ 1. April 2013	1. Jan. 2013/ 1. April 2014
Gewährungstage						
Laufzeit	Monate	53	63	63	63	63
Laufzeitende		März 2014	März 2015	März 2016	März 2017	März 2018
Aktienkurs am Gewährungstag (beizulegender Zeitwert)						
Incentive Shares und Matching Shares auf Incentive Shares	€	11,48	13,98	12,90	12,13	17,02
Matching Shares auf Investment Shares	€	13,03	12,91	14,83	18,22	25,00 ¹
Anzahl der Incentive Shares	Tausend	430	638	660	479	348 ²
Anzahl der erwarteten Matching Shares						
Incentive Shares	Tausend	336	574	594	431	313
Investment Shares	Tausend	259	932	940	709	556

¹ Vorläufiger geschätzter Wert, wird am 1. April 2014 festgestellt

² Erwartete Anzahl

Im Konzernabschluss zum 31. Dezember 2013 ist aus diesem System zur Gewährung variabler Gehaltsbestandteile insgesamt ein Betrag in Höhe von 35 Mio € (Vorjahr: 34 Mio €) im Eigenkapital erfasst, [Textziffer 39](#).

Long-Term-Incentive-Plan (LTIP 2006) für Vorstandsmitglieder

Seit dem 1. Juli 2006 erhalten die Mitglieder des Vorstands Stock Appreciation Rights (SAR) aus dem LTIP 2006. Jedes SAR aus dem LTIP 2006 berechtigt zum Barausgleich in Höhe der Differenz zwischen dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche-Post-Aktie während der letzten fünf Handelstage vor dem Ausübungstag und dem Ausgabepreis des SAR.

Die Mitglieder des Vorstands leisten jedes Jahr ein Eigeninvestment in Höhe von 10 % ihres Jahresfestgehalts. Die Anzahl der an die Vorstandsmitglieder auszubehenden SAR wird vom

Aufsichtsrat festgelegt. Die gewährten SAR können frühestens nach Ablauf einer vierjährigen Wartezeit nach dem Ausgabetag innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren ganz oder teilweise ausgeübt werden, wenn am Ende der Wartezeit ein absolutes bzw. ein relatives Erfolgsziel erreicht wird. Nach Ablauf des Ausübungszeitraums verfallen nicht ausgeübte SAR. Um zu ermitteln, ob und wie viele der gewährten SAR ausübbar sind, werden der Durchschnittskurs bzw. der Durchschnittsindex während des Referenz- und Performancezeitraums miteinander verglichen. Beim Referenzzeitraum handelt es sich um die letzten 20 aufeinanderfolgenden Handelstage vor dem Ausgabetag. Der Performancezeitraum betrifft die letzten 60 Handelstage vor Ablauf der Wartezeit. Der Durchschnittskurs (Endkurs) wird aus dem Durchschnitt der Schlusskurse der Deutsche-Post-Aktie im Xetra-Handel der Deutsche Börse AG ermittelt.

Das absolute Erfolgsziel ist erreicht, wenn der Endkurs der Deutsche-Post-Aktie mindestens 10, 15, 20 oder 25 % über dem Ausgabepreis liegt. Das relative Erfolgsziel ist an die Performance der Aktie im Verhältnis zur Performance des STOXX Europe 600 Index (SXXP, ISIN EU0009658202) gekoppelt. Es ist erreicht, wenn die Wertentwicklung der Aktie der des Indexes entspricht oder die Outperformance mindestens 10 % beträgt.

Von je sechs SAR können maximal vier über das absolute Erfolgsziel und maximal zwei über das relative Erfolgsziel „erdient“ werden. Wird zum Ablauf der Wartezeit kein absolutes oder relatives Erfolgsziel erreicht, verfallen die darauf entfallenden SAR der entsprechenden Tranche ersatz- und entschädigungslos.

SAR-Plan für Führungskräfte

Seit Juli 2006 erhalten ausgewählte Führungskräfte in jährlichen Tranchen SAR aus dem LTIP. Danach haben die Führungskräfte die Möglichkeit, nach Erfüllung von anspruchsvollen Erfolgszielen (siehe Angaben zu LTIP 2006) für Vorstandmitglie-

der innerhalb eines festgelegten Zeitraums eine Barzahlung in Höhe der Differenz zwischen dem jeweiligen Kurs der Deutsche-Post-Aktie und dem jeweils festgelegten Ausgabepreis zu erhalten. Nach Ablauf der jeweiligen Wartezeit sind alle im Rahmen der Tranchen 2006 und 2007 gewährten SAR verfallen, da die daran geknüpften Erfolgsziele nicht erreicht wurden. Nach Ablauf der Wartezeit der Tranche 2008 am 30. Juni 2011 wurden zwei Sechstel der gewährten SAR ausübbar. Sie konnten aufgrund der guten Aktienkursentwicklung kurz vor Ende der Ausübungsperiode ausgeübt werden, da der Aktienkurs den Ausgabepreis von 18,40 € noch übertroffen hatte. Die Ausübungsperiode für diese SAR endete am 30. Juni 2013. Am 30. Juni 2013 endete auch die Wartezeit der Tranche 2009. Wegen der sehr guten Aktienkursentwicklung seit der Ausgabe der SAR im Jahr 2009 wurden diese SAR größtenteils bereits im Jahr 2013 ausgeübt.

Weitere Details zu den Tranchen des LTIP 2006/SAR-Plans zeigt die folgende Tabelle:

LTIP 2006/SAR-Plan

SAR	Tranche 2009	Tranche 2010	Tranche 2011	Tranche 2012	Tranche 2013
Ausgabebetrag	1. Juli 2009	1. Juli 2010	1. Juli 2011	1. Juli 2012	1. Aug. 2013
Ausgabepreis (€)	9,52	12,27	12,67	13,26	20,49
Ablauf der Wartezeit	30. Juni 2013	30. Juni 2014	30. Juni 2015	30. Juni 2016	31. Juli 2017

Für die SAR aus dem SAR-Plan und dem LTIP 2006 wurde mit einem stochastischen Simulationsmodell ein Zeitwert ermittelt. Daraus ergab sich, dass für das Geschäftsjahr 2013 ein Aufwand in Höhe von 202 Mio € zu buchen war (Vorjahr: 143 Mio €).

Weitere Angaben zur aktienbasierten Vergütung der Vorstandsmitglieder finden sich unter [Textziffer 55.2](#). Für den LTIP 2006 und den SAR-Plan ergab sich zum Bilanzstichtag eine Rückstellung in Höhe von 278 Mio € (Vorjahr: 203 Mio €), davon entfielen auf die Vorstände 64 Mio € (Vorjahr: 25 Mio €). Von der Gesamtrückstellung betrifft ein Teilbetrag in Höhe von 4 Mio € (Vorjahr: 0 Mio €) zum Stichtag ausübbar Rechte.

55 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen

55.1 Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und der Bundesrepublik Deutschland

Sämtliche nahestehenden Unternehmen, die vom Konzern beherrscht werden oder auf die vom Konzern ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann, sind in der Anteilsbesitzliste, abrufbar auf der Internetseite www.dpdhl.com/de/investoren.html, mit Angaben zum Beteiligungsanteil, zum Eigenkapital und zum Jahresergebnis – geordnet nach geografischen Bereichen – verzeichnet.

Die Deutsche Post AG unterhält vielfältige Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland und anderen von der Bundesrepublik Deutschland kontrollierten Unternehmen.

Der Bund ist Kunde der Deutsche Post AG und nimmt als solcher Dienste des Unternehmens in Anspruch. Die Geschäftsbeziehungen der Deutsche Post AG bestehen jeweils unmittelbar zu den einzelnen Behörden und sonstigen staatlichen Stellen als voneinander unabhängigen Einzelkunden; die diesen gegenüber erbrachten Leistungen sind jeweils nicht erheblich für die Gesamteinnahmen der Deutsche Post AG.

BEZIEHUNGEN ZUR KfW BANKENGRUPPE

Die KfW unterstützt den Bund bei der Fortsetzung der Privatisierung von Unternehmen wie Deutsche Post AG oder Deutsche Telekom AG. Im Jahre 1997 entwickelte die KfW zusammen mit dem Bund das sogenannte Platzhaltermodell als Instrumentarium für Privatisierungen des Bundes. Nach diesem Modell verkauft der Bund ganz oder teilweise seine Beteiligungen an die KfW mit dem Ziel der vollständigen Privatisierung dieser staatlichen Unternehmen. Seit 1997 hat die KfW auf dieser Grundlage in mehreren Schritten Aktien der Deutsche Post AG vom Bund gekauft und verschiedene Kapitalmarkttransaktionen mit diesen Aktien durchgeführt. Der Anteil der KfW am Grundkapital der Deutsche Post AG beträgt aktuell 21%. Die Deutsche Post AG gilt als assoziiertes Unternehmen des Bundes.

BEZIEHUNGEN ZUR BUNDESANSTALT FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION (BANSTPT)

Die BANSTPT ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts und steht unter Fach- und Rechtsaufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Durch das zum 1. Dezember 2005 in Kraft getretene Bundesanstalt-Reorganisationsgesetz nimmt der Bund durch das Bundesministerium der Finanzen die Aufgaben bezüglich der Anteile an den Postnachfolgeunternehmen unmittelbar wahr. Die Wahrnehmung der „Eigentümeraufgaben“ bei der BANSTPT ist damit entfallen. Die Bundesanstalt führt die Sozialeinrichtungen wie die Postbeamtenkrankenkasse, das Erholungswerk, die Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost (VAP) und das Betreuungswerk für Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG, Deutsche Telekom AG sowie die Erstellung von Grundsätzen der Wohnungsfürsorge weiter. Seit dem 1. Januar 2013 übernimmt die BANSTPT die Aufgaben der Postbeamtenversorgungskasse. Diese erbringt die Versorgungs- und Beihilfeleistungen an die den Postnachfolgeunternehmen zugeordneten Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie deren Hinterbliebene. Weitere Angaben zur Postbeamtenversorgungskasse finden sich unter [Textziffer 7](#). Die Aufgaben werden auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen wahrgenommen. Im Jahr 2013 wurden der Deutsche Post AG für Leistungen der BANSTPT Abschlagszahlungen in Höhe von 65 MIO € (Vorjahr: 70 MIO €) in Rechnung gestellt.

BEZIEHUNGEN ZUM BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN

Zwischen dem Bundesministerium der Finanzen (BMF) und der Deutsche Post AG wurde im Geschäftsjahr 2001 eine Vereinbarung getroffen, die die Modalitäten der Abführung der Einnahmen der Deutsche Post AG aus der Erhebung der Ausgleichszahlung nach den Gesetzen über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen der Postwohnungsfürsorge regelt. Die Deutsche Post AG führt die Beträge monatlich an den Bund ab.

Mit Vertrag vom 30. Januar 2004 hat die Deutsche Post AG mit dem BMF eine Vereinbarung bezüglich der Überleitung von Beamten zu Bundesbehörden getroffen. Danach werden Beamte mit dem Ziel der Versetzung für sechs Monate abgeordnet und bei Bewährung anschließend versetzt. Die Deutsche Post AG beteiligt sich nach vollzogener Versetzung durch Zahlung eines Pauschalbetrages an der Kostenbelastung des Bundes. Für das Jahr 2013 ergaben sich hieraus 26 Versetzungen (Vorjahr: 11) und 33 Abordnungen mit dem Ziel der Versetzung im Jahr 2014 (Vorjahr: 16).

BEZIEHUNGEN ZUR BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT

Mit Vertrag vom 12. Oktober 2009 hat die Deutsche Post AG mit der Bundesagentur für Arbeit einen Vertrag über die Versetzung von Beamtinnen und Beamten der Deutsche Post AG zur Bundesagentur für Arbeit geschlossen. Für das Jahr 2013 ergaben sich wie im Vorjahr hieraus keine Versetzungen.

BEZIEHUNGEN ZUR DEUTSCHE TELEKOM AG UND DEREN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Der Bund ist direkt und indirekt (über die KfW) mit rund 32 % an der Deutsche Telekom AG beteiligt. Da der Bund trotz seiner Minderheitsbeteiligung aufgrund der durchschnittlichen Hauptversammlungspräsenz eine sichere Hauptversammlungsmehrheit besitzt, ist ein Beherrschungsverhältnis der Deutschen Telekom AG vom Bund begründet. Daher gilt die Deutsche Telekom AG als nahestehendes Unternehmen der Deutsche Post AG. Im Geschäftsjahr 2013 erbrachte Deutsche Post DHL für die Deutsche Telekom AG im Wesentlichen Beförderungsleistungen für Briefe und Paket-sendungen bzw. erwarb von der Deutschen Telekom AG Waren und Dienstleistungen, wie z. B. IT-Produkte.

BEZIEHUNGEN ZUR DEUTSCHE BAHN AG UND DEREN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Die Deutsche Bahn AG ist ein 100%iges Tochterunternehmen des Bundes. Durch dieses Beherrschungsverhältnis gilt die Deutsche Bahn AG als nahestehendes Unternehmen der Deutsche Post AG. Deutsche Post DHL unterhält mit dem Deutsche-Bahn-Konzern verschiedene Geschäftsbeziehungen, im Wesentlichen handelt es sich dabei um Transportleistungsverträge.

BUNDES-PENSIONS-SERVICE FÜR POST UND TELEKOMMUNIKATION E.V.

Angaben zum Bundes-Pensions-Service für Post und Telekom-munikation e.V. (BPS-PT) finden sich unter [Textziffer 7](#).

BEZIEHUNGEN ZU PENSIONS-FONDS

Die Immobilien im rechtlichen oder wirtschaftlichen Eigen-tum des Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. (DPRS) bzw. der Deutsche Post Pensions-Treuhand GmbH & Co. KG, der Deutsche Post Betriebsrenten-Service e.V. & Co. Objekt Gronau KG sowie der Deutsche Post Grundstücks-Vermietungsgesellschaft beta mbH Objekt Leipzig KG mit einem Zeitwert von 1.016 MIO € (Vorjahr: 995 MIO €) werden ausschließlich an die Deutsche Post Immobilien GmbH vermietet. Der Mietaufwand der Deutsche Post Immobilien GmbH beträgt 66 MIO € für das Jahr 2013 (Vorjahr: 65 MIO €). Die Mieten wurden termingerecht bezahlt. Die Deutsche Post Pensions-Treuhand GmbH & Co. KG ist zu 100 % Eigentümerin der Deutsche Post Pensionsfonds AG. Weitere Angaben zu Pensions-fondseinrichtungen finden sich unter den [Textziffern 7 und 44](#).

**BEZIEHUNGEN ZU NICHT EINBEZOGENEN UNTERNEHMEN,
ASSOZIIERTEN UND GEMEINSCHAFTSUNTERNEHMEN**

Außer mit den in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen steht der Konzern unmittelbar oder mittelbar in Ausübung der normalen Geschäftstätigkeit mit nicht einbezogenen Unternehmen, assoziierten und Gemeinschaftsunternehmen, die als nahestehende Unternehmen des Konzerns gelten, in Beziehung. Im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurden sämtliche Liefer- und Leistungsbeziehungen, die mit den nicht in den Konsolidierungskreis einbezogenen Unternehmen bestanden, zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen durchgeführt, wie sie auch mit konzernfremden Dritten üblich sind.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden mit wesentlichen nahestehenden Unternehmen Geschäfte getätigt, die zu folgenden Posten im Konzernabschluss geführt haben:

MIO €	2012	2013
Forderungen	7	5
gegenüber assoziierten Unternehmen	1	1
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	3	3
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	3	1
Ausleihungen	11	15
gegenüber assoziierten Unternehmen	0	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	0	0
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	11	15
Forderungen aus dem Inhouse Banking	2	2
gegenüber assoziierten Unternehmen	0	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	2	2
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	0	0
Finanzschulden	93	83
gegenüber assoziierten Unternehmen	2	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	7	5
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	84	78
Verbindlichkeiten	42	46
gegenüber assoziierten Unternehmen	0	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	35	43
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	7	3
Umsatzerlöse	80	36
mit assoziierten Unternehmen ¹	46	0
mit Gemeinschaftsunternehmen	33	35
mit nicht einbezogenen Unternehmen	1	1
Aufwendungen²	264	189
gegenüber assoziierten Unternehmen ¹	66	0
gegenüber Gemeinschaftsunternehmen	176	167
gegenüber nicht einbezogenen Unternehmen	22	22

¹ In den Umsatzerlösen und Aufwendungen ist die Deutsche Postbank AG mit Werten bis einschließlich Februar 2012 enthalten.

² Betreffen Material- und Personalaufwand

Die Deutsche Post AG hat Verpflichtungserklärungen für diese Gesellschaften in Höhe von 81 MIO € (Vorjahr: 101 MIO €) übernommen. Davon entfielen 76 MIO € (Vorjahr: 94 MIO €) auf assoziierte Unternehmen, 1 MIO € (Vorjahr: 3 MIO €) auf Gemeinschaftsunternehmen sowie 4 MIO € (Vorjahr: 4 MIO €) auf nicht einbezogene Unternehmen.

55.2 Beziehungen zu nahestehenden Personen

Gemäß IAS 24 berichtet der Konzern auch über Geschäftsvorfälle zwischen ihm und den ihm nahestehenden Personen bzw. deren Familienangehörigen. Als nahestehende Personen wurden Vorstand, Aufsichtsrat und deren Familienangehörige definiert.

Im Geschäftsjahr 2013 lagen für diesen Personenkreis keine berichtspflichtigen Geschäftsvorfälle und Rechtsgeschäfte vor.

Die gemäß IAS 24 angabepflichtige Vergütung des Managements in Schlüsselpositionen des Konzerns umfasst die Vergütung des aktiven Vorstands und des Aufsichtsrats.

Die aktiven Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats wurden wie folgt vergütet:

MIO €	2012	2013
Kurzfristige fällige Leistungen (ohne aktienbasierte Vergütung)	15	14
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	3	3
Leistungen aus Anlass der Beendigung des Arbeitsverhältnisses	0	0
Aktienbasierte Vergütungen	19	47
Gesamt	37	64

Die beim Konzern beschäftigten Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat erhalten außer den vorgenannten Leistungen für ihre Aufsichtsrats Tätigkeit noch reguläre Gehälter für ihre Tätigkeit im Unternehmen. Diese Gehälter richten sich nach der ausgeübten Funktion bzw. Tätigkeit im Unternehmen und sind ihrer Höhe nach angemessen.

Als Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses wird der aus den Pensionsrückstellungen für die aktiven Vorstandsmitglieder resultierende Dienstzeitaufwand (Service Cost) ausgewiesen. Die entsprechende Verpflichtung beträgt zum Stichtag 23 MIO € (Vorjahr: 20 MIO €).

Die Angabe der aktienbasierten Vergütung bezieht sich auf den für die Geschäftsjahre 2012 und 2013 erfassten Aufwand für die aktienbasierte Vergütung. Er wird in der folgenden Tabelle individualisiert dargestellt:

Aktienbasierte Vergütung

T €	2012	2013
	SAR	SAR
Dr. Frank Appel, Vorstandsvorsitzender	4.188	12.894
Ken Allen	2.558	7.322
Roger Crook	626	3.460
Bruce Edwards	2.648	7.610
Jürgen Gerdes	2.597	7.428
Lawrence Rosen	2.590	7.311
Walter Scheurle ¹	4.050	–
Angela Titzrath ²	136	1.183
Aktienbasierte Vergütung	19.393	47.208

¹ Bis 30. April 2012

² Seit 1. Mai 2012

55.3 Vergütungsangaben nach HGB**VERGÜTUNG DES VORSTANDS**

Die Gesamtvergütung der aktiven Mitglieder des Vorstands inklusive der Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung belief sich im Geschäftsjahr 2013 insgesamt auf 20,5 MIO € (Vorjahr: 20,3 MIO €). Davon entfielen 7,8 MIO € (Vorjahr: 7,6 MIO €) auf erfolgsunabhängige Komponenten (Fixum und Nebenleistung), 5,4 MIO € (Vorjahr: 5,7 MIO €) auf erfolgsbezogene Komponenten (Variable) sowie 7,3 MIO € (Vorjahr: 7,0 MIO €) auf Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung (SAR). Die Anzahl der SAR betrug 1.984.818 Stück (Vorjahr: 2.108.466 Stück).

EHEMALIGE MITGLIEDER DES VORSTANDS

Die Bezüge für ehemalige Mitglieder des Vorstands bzw. deren Hinterbliebene betragen 4,4 MIO € (Vorjahr: 4,6 MIO €). Der nach internationalen Rechnungslegungsgrundsätzen ermittelte Verpflichtungsumfang (DBO) für laufende Pensionen beläuft sich auf 72 MIO € (Vorjahr: 78 MIO €).

VERGÜTUNG DES AUFSICHTSRATS

Im Geschäftsjahr 2013 betrug die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats rund 1,4 MIO € (Vorjahr: 1,9 MIO €), davon entfielen 1,2 MIO € auf das Fixum (Vorjahr: 1,2 MIO €), 0,2 MIO € auf Sitzungsgelder (Vorjahr: 0,2 MIO €). Die Bedingungen für den Eintritt der erfolgsabhängigen Vergütung des Jahres 2011 waren zum 31. Dezember 2013 nicht erfüllt (Vorjahr: 0,4 MIO € für erfolgsabhängige Vergütung des Geschäftsjahres 2010 für amtierende Mitglieder des Aufsichtsrats und 42 T € für ehemalige Mitglieder des Aufsichtsrats).

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich im Corporate-Governance-Bericht, dessen Vergütungsbericht gleichzeitig Bestandteil des Konzernlageberichts ist.

AKTIENBESITZ DES VORSTANDS UND DES AUFSICHTSRATS

Vorstand und Aufsichtsrat der Deutsche Post AG halten am 31. Dezember 2013 Aktien der Gesellschaft im Umfang von weniger als 1 % des Grundkapitals der Gesellschaft.

MELDEPFLICHTIGE TRANSAKTIONEN

Die der Deutsche Post AG gemäß § 15 a Wertpapierhandelsgesetz gemeldeten Transaktionen von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern mit Wertpapieren der Gesellschaft sind auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.dpdhl.com/de/investoren.html einsehbar.

56 Honorare des Abschlussprüfers

Für die im Geschäftsjahr 2013 und im Vorjahr erbrachten Dienstleistungen des Abschlussprüfers des Konzernabschlusses PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sind folgende Honorare als Aufwand erfasst worden:

MIO €	2012	2013
Abschlussprüfungen	5	5
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	3	3
Steuerberatungsleistungen	0	0
Sonstige Leistungen	2	2
Honorare des Abschlussprüfers	10	10

57 Befreiungsvorschriften nach HGB und ausländischer lokaler Gesetzgebung

Die Deutsche Post AG nimmt für das Geschäftsjahr 2013 die Erleichterungen des § 264 Abs. 3 HGB bzw. § 264 b HGB für folgende Gesellschaften in Anspruch:

- Adcloud GmbH
- Agheera GmbH
- Albert Scheid GmbH
- CSG GmbH
- CSG.TS GmbH
- Danzas Deutschland Holding GmbH
- Danzas Grundstücksverwaltung Groß-Gerau GmbH
- Deutsche Post Adress Beteiligungsgesellschaft mbH
- Deutsche Post Assekuranz Vermittlungs GmbH
- Deutsche Post Beteiligungen Holding GmbH
- Deutsche Post Com GmbH
- Deutsche Post Consult GmbH
- Deutsche Post Customer Service Center GmbH
- Deutsche Post DHL Beteiligungen GmbH
- Deutsche Post DHL Corporate Real Estate Management GmbH
- Deutsche Post DHL Inhouse Consulting GmbH
- Deutsche Post DHL Research and Innovation GmbH
- Deutsche Post Direkt GmbH
- Deutsche Post E-Post Development GmbH
- Deutsche Post E-POST Solutions GmbH
- Deutsche Post Fleet GmbH
- Deutsche Post Immobilien GmbH
- Deutsche Post InHaus Services GmbH
- Deutsche Post Investments GmbH
- Deutsche Post IT BRIEF GmbH
- Deutsche Post IT Services GmbH
- Deutsche Post Shop Essen GmbH
- Deutsche Post Shop Hannover GmbH
- Deutsche Post Shop München GmbH
- Deutsche Post Signtrust und DMDA GmbH
- DHL Airways GmbH
- DHL Automotive GmbH
- DHL Automotive Offenau GmbH
- DHL Express Germany GmbH
- DHL Express Network Management GmbH
- DHL Fashion Retail Operation GmbH
- DHL Foodservices GmbH

- DHL Freight Germany Holding GmbH
- DHL Freight GmbH
- DHL Global Forwarding GmbH
- DHL Global Forwarding Management GmbH
- DHL Global Management GmbH
- DHL Home Delivery GmbH
- DHL Hub Leipzig GmbH
- DHL International GmbH
- DHL Logistics GmbH
- DHL Solutions Fashion GmbH
- DHL Solutions GmbH
- DHL Solutions Großgut GmbH
- DHL Solutions Retail GmbH
- DHL Supply Chain (Leipzig) GmbH
- DHL Supply Chain Management GmbH
- DHL Supply Chain vas GmbH
- DHL Trade Fairs & Events GmbH
- DHL Vertriebs GmbH
- DHL Verwaltungs GmbH
- Erste End of Runway Development Leipzig GmbH
- Erste Logistik Entwicklungsgesellschaft MG GmbH
- European Air Transport Leipzig GmbH
- FIRST MAIL Düsseldorf GmbH
- Gerlach Zolldienste GmbH
- interServ Gesellschaft für Personal- und Beraterdienstleistungen mbH
- nugg.ad AG predictive behavioral targeting
- Werbeagentur Janssen GmbH
- Williams Lea & TAG GmbH (vormals: Williams Lea GmbH)
- Zweite Logistik Entwicklungsgesellschaft MG GmbH

Folgende Gesellschaften aus Großbritannien nehmen die Regelung zur Prüfungsbefreiung nach 479A Companies Act (Aktiengesetz) in Anspruch:

- Applied Distribution Group Ltd.
- DHL Exel Supply Chain Ltd.
- Exel Investments Ltd.
- Exel Overseas Ltd.
- Fashion Logistics Ltd.
- Freight Indemnity & Guarantee Company Ltd.
- Joint Retail Logistics Ltd.
(vormals: Tibbett & Britten Group Ltd.)
- Ocean Group Investments Ltd.
- Ocean Overseas Holdings Ltd.
- Power Europe Development Ltd.
- Power Europe Development No 3 Ltd.
- Power Europe Operating Ltd.
- RDC Properties Ltd.
- T & B Applied Ltd.
- Trucks and Child Safety Ltd.

58 Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Der Vorstand und der Aufsichtsrat der Deutsche Post AG haben gemeinsam die nach §161 AktG vorgeschriebene Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex für das Geschäftsjahr 2013 abgegeben. Die Entsprechenserklärung ist im Internet unter www.corporate-governance-code.de und auf der Internetseite unter www.dpdhl.com/de/investoren.html im Wortlaut abrufbar.

59 Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Deutsche Post DHL hat Ende Januar bekannt gegeben, dass die Zusammenarbeit mit der US-amerikanischen Fluggesellschaft Southern Air durch einen neuen Vertrag ausgeweitet und verlängert wurde. In diesem Zusammenhang werden sich Leasingverpflichtungen in Höhe von 640 Mio US-\$ ergeben.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2014 wird das bestehende nationale Paketgeschäft in Polen, Tschechien, Belgien und Niederlanden, das bisher den Unternehmensbereichen EXPRESS und GLOBAL FORWARDING, FREIGHT zugeordnet war, im Unternehmensbereich BRIEF gebündelt.

Am 20. Februar 2014 hat der Vorstand unter Vorbehalt der Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, eine ordentliche Kapitalerhöhung (genehmigtes Kapital 2013) in Höhe von 656.915 Stückaktien für die Bedienung der am 1. April 2014 fälligen Tranche 2009 des aktienorientierten Vergütungssystems für Führungskräfte (Share Matching Scheme) durchzuführen. Damit wird sich die geplante Dividendenzahlung um ca. 0,5 Mio € erhöhen.

Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Bilanzstichtag lagen nicht vor.

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Bonn, 20. Februar 2014

Deutsche Post AG
Der Vorstand



Dr. Frank Appel



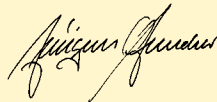
Ken Allen



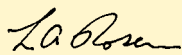
Roger Crook



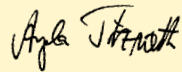
Bruce Edwards



Jürgen Gerdes



Lawrence Rosen



Angela Titzrath

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Deutsche Post AG

Vermerk zum Konzernabschluss

Wir haben den Konzernabschluss der Deutsche Post AG, Bonn, und ihrer Tochtergesellschaften – bestehend aus Gewinn- und -Verlust-Rechnung und Gesamtergebnisrechnung, Bilanz, Kapitalflussrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung und Anhang für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013 – geprüft.

VERANTWORTUNG DES VORSTANDS FÜR DEN KONZERNABSCHLUSS

Der Vorstand der Deutsche Post AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung dieses Konzernabschlusses. Diese Verantwortung umfasst, dass dieser Konzernabschluss in Übereinstimmung mit den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften aufgestellt wird und unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Der Vorstand ist auch verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage unserer Prüfung ein Urteil zu diesem Konzernabschluss abzugeben. Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung sowie unter ergänzender Beachtung der International Standards on Auditing (ISA) durchgeführt. Danach haben wir die Berufspflichten einzuhalten und die Abschlussprüfung so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernabschluss frei von wesentlichen falschen Darstellungen ist.

Eine Abschlussprüfung umfasst die Durchführung von Prüfungshandlungen, um Prüfungsnachweise für die im Konzernabschluss enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben zu erlangen. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemäßen Ermessen des Abschlussprüfers. Dies schließt die Beurteilung der Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Abschlussprüfer das interne Kontrollsystem, das relevant ist für die Aufstellung eines Konzernabschlusses, der ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt. Ziel hierbei ist es, Prüfungshandlungen zu planen und durchzuführen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems des Konzerns abzugeben. Eine Abschlussprüfung umfasst auch die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden und

der Vertretbarkeit der von dem Vorstand ermittelten geschätzten Werte in der Rechnungslegung sowie die Beurteilung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses.

Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

PRÜFUNGSURTEIL

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernabschlusses zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2013 sowie der Ertragslage für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr.

Vermerk zum Konzernlagebericht

Wir haben den Konzernlagebericht der Deutsche Post AG, Bonn, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Der Vorstand der Deutsche Post AG, Bonn, ist verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 2 HGB und unter Beachtung der für die Prüfung des Konzernlageberichts vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Danach ist die Prüfung des Konzernlageberichts so zu planen und durchzuführen, dass hinreichende Sicherheit darüber erlangt wird, ob der Konzernlagebericht mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung des Konzernlageberichts zu keinen Einwendungen geführt hat.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung des Konzernabschlusses und Konzernlageberichts gewonnenen Erkenntnisse steht der Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 20. Februar 2014

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Gerd Eggemann
Wirtschaftsprüfer

Dietmar Prümm
Wirtschaftsprüfer